

Ihr seid nicht mein Vater!

30.04.2013 · Der Rapper, der sich „Haftbefehl“ nennt und aus Offenbach stammt, spricht im Interview über Schutzgeld, Drogen und die Frage, wann Integration gelingen kann.



© Julia Zimmermann

Im Januar ist das dritte Album des Rappers Haftbefehl erschienen. Außerdem kocht er gerne

Sie haben mal gesagt: „Ich hab’ meine eigene Sprache erfunden. Kanakisch. Das war auf jeden Fall sehr viel Arbeit.“ Erzählen Sie von der Arbeit!

Es sind verschiedene Sprachen aus verschiedenen Ländern und Straßenslang. Das habe ich in einen Topf geschmissen und daraus eine Sprache gemacht. Kanakisch. Hafti Abi Babi, zum Beispiel. Heißt: Hafti, der große Bruder. Und statt Baby, sage ich Babi. Straßenstyle International, verstehen Sie?

Mögen Sie die deutsche Sprache?

Ja, die ist cool. Aber als Rapsprache hört sich das zu abgehackt an. Langweilig. Es gibt ja Rapper, die betonen wie Deutschlehrer. So: „Ich stei-g-ee in das Au-tooooo“. Deswegen betone ich anders.

Welche Sprachen sprechen Sie noch?

Türkisch und Englisch.

Wie wäre es, auf Türkisch zu rappen?

Vielleicht ist Türkisch ein bisschen gedichtmäßiger. Aber gerappt hört sich das gar nicht gut an. Meine Mutter hat mir auch schon gesagt, ich solle auf Türkisch rappen. Zur Seite mit dir, habe ich da gesagt. Auf keinen Fall. Der deutsche Markt für Rap ist viel größer als der türkische, deswegen würde ich niemals auf Türkisch rappen.

Mögen Sie Gedichte?

Ich kenne keine deutschen. Nur ein paar türkische, die kann ich aber nicht auswendig.

Eigentlich wollten Sie mal studieren. Was?

Egal. Irgendwas. Hauptsache, mein Vater wäre stolz gewesen. Er hätte sich gewünscht, dass ich Oberhauptkommissar von Frankfurt werde.

Was hat Ihr Vater gemacht?

Der war Zocker. Er hat ein Café in Frankfurt gehabt.

Vor einigen Monaten erschien ein großer Artikel über Ihre Heimatstadt Offenbach in der „Süddeutschen Zeitung“, in welchem die gelungene Integrationsarbeit der Stadt gelobt wurde.

Wie bitte? Kommen Sie nach Offenbach! Da stehen 70 Bulgaren an der Straßenecke und gucken, wie sie an Geld kommen. Es ist ekelhaft da, jeder zweite Laden ist ein Dönerladen oder ein Wettbüro. Ist das Integration? Spielotheken? Kanaken - ich darf das sagen -, Kanaken sitzen drin, Kanaken sitzen draußen, nehmen Drogen, sind besoffen, gehen nach Hause, weil sie kein Geld mehr für Drogen haben, hauen ihrer Frau in die Fresse - ist das Integration? Frauen werden ekelhaft angemacht. Ich kann Sie gerne mal einladen, dann gehen wir einen Döner essen, und Sie gucken mal eine halbe Stunde lang auf die Straße. Das ist nicht schön.

Sie mögen die Stadt nicht?

Für mich ist es kein Problem. Aber ich würde da niemals meine Kinder großziehen.

Wo würden Sie hingehen?

Nach München. Mein Kind würde in die Schule gehen, und ich würde auf seine Bildung achten.

Sie haben die Schule abgebrochen.

Mein Vater ist gestorben, als ich vierzehn war. Das hat meinen Kopf gefickt. Und den meiner Familie. Und das war der Grund, aus dem ich die Schule abgebrochen habe und irgendwann kein Polizist mehr werden wollte. Mein Vater ist ja nicht an irgendeiner Krankheit gestorben. Er hat sich das Leben genommen. Da konnte ich nicht mehr. Es war ja alles kaputt. Die Mutter, die Familie.

Warum war Ihr Vater unglücklich?

Er hatte Depressionen. Zu viel Nachtleben. Nachts Zocken, drei Tage nicht nach Hause kommen, Alkohol, bestimmt auch Drogen. So halt. Deswegen bin ich auf der Straße gewesen und habe getan, was ich tun musste, aus meiner Sicht. Drogen vertickt, die Fickt-euch-alle-Sicht. Ich weiß, dass das nicht richtig ist, und sage das auch den Kindern, auf der Straße.

Hatte Ihre Mutter Autorität?

Nein. Ich habe gelacht, wenn sie mich geschlagen hat. Sie hat bei mir, als ich 15 Jahre alt war, 6000 Mark gefunden und 400 Gramm Hasch, ein Jahr nachdem mein Vater gestorben war. Damals ist alles zusammengefallen. Aber für mich ist irgendwann eine Tür aufgegangen, die Rap-Tür. Daran habe ich mich so mit 21 festgehalten und irgendwie nicht mehr losgelassen. Ich habe in der Türkei angefangen zu schreiben und nicht aufgehört. Ich weiß nicht, ob das Glück war, oder viel Arbeit, oder Talent. Ich will aber jetzt auch nicht jedem Kind raten, dass es Musik machen soll. Das wird ja nicht funktionieren.

Heute geht es Ihrer Mutter gut?

Ja, wir wohnen zusammen, und ich kümmere mich um sie. Heute lacht sie über früher. Wir leben gut.

Worüber rappt man eigentlich, wenn es einem gut geht? Dann kann man doch nicht mehr von der Straße erzählen, was eigentlich alle hören wollen.

Deswegen habe ich viele Lieder gemacht, bei denen es ums Feiern geht, ein bisschen amerikanischer. Nicht mehr dieses Ich-bin-krass-und-laufe-nachts-um-zwei-mit-der-Schrotflinte-durch-die-Gegend.

Befürchten Sie, dass die Lieder über das Feiern und Reichsein irgendwann langweilig werden?

Solange Gucci immer neue Sachen rausbringt, habe ich auch etwas, worüber ich rappen kann. Es verkauft sich halt. Was soll ich denn jetzt machen? Wieder auf die Straße gehen, damit ich wieder etwas zu erzählen habe? Oder nach Afrika reisen, den armen Menschen helfen und darüber rappen? Mal gucken, ob sich das verkauft. Ich glaube nicht.

Warum müssen manche Rapper Schutzgeld bezahlen?

Weil sie Schutz suchen.

Aber ich muss ja zum Beispiel kein Schutzgeld bezahlen.

Sie sind ja auch kein Gangsterrapper. Wenn ich in Hamburg oder sonst wo unterwegs bin, kommen vier, fünf Kanaken und sagen: „Moment mal, ich bin hier der Babo.“ Dann wollen die auf dich losgehen. Und wenn du dann einen Rückzieher machst, weil du keinen dabei hast, der auf dich aufpasst, heißt es irgendwann, du bist eine Muschi. Und das ist unpassend, wenn man in der Gesangskabine dauernd behauptet, man sei der King. Das ist nicht gut für das Image. Also sucht man sich eine Gruppe, an die man Geld abdrückt. Aber was heißt Schutzgeld? Wenn man zu einer Sicherheitsfirma geht, muss man ja auch bezahlen.

Haben Sie einen Bodyguard?

Nein, ich habe meine Brüder und ein paar Freunde. Ich habe auf jeden Fall Leute dabei, die, wenn ich angegriffen werden würde, zustechen würden. Aber nur dann.

Haben Sie Angst?

Ja, ein paar Mal war es schon ernst. Ich bin ja auch manchmal alleine unterwegs. In München standen mal 15 ziemlich große Kurden vor mir und wollten meine Auftrittsgage nicht bezahlen. Man muss schon Eier haben, um dann zu sagen, dass man nicht auftritt, wenn man kein Geld sieht. Ich habe mich hingesetzt und habe gesagt: Fickt euch, ihr seid nicht mein Vater. Als sie gesehen haben, dass ich keinen Rückzieher mache, haben sie mir mein Geld gegeben. Natürlich nicht alles, aber dafür bin ich auch kürzer aufgetreten.

Bushido hat einen Integrations-Bambi bekommen, weil er gezeigt hat, was die Menschen gerne glauben möchten, nämlich, dass es in Deutschland jeder schaffen kann. Stimmt das?

Wenn man sich Mühe gibt vielleicht. Man hat auf jeden Fall mehr Möglichkeiten als in der Türkei. Aber wenn man nur säuft und deswegen depressiv wird und dann auf die Straße geht, um Leute abziehen und Deutschland scheiße zu finden, dann schafft man natürlich nichts. Trotzdem habe ich bestimmt nicht die gleichen Chancen gehabt wie der Charles aus München, der morgens ein Brot geschmiert bekommen hat, bevor er zur Schule ging.

Haben Sie Vorurteile gegenüber anderen Nationalitäten oder Religionen?

Nein. Aber Sie spielen bestimmt auf etwas an.

Ihnen wurde vielfach die Zeile „ticke Kokain an die Juden von der Börse“ vorgeworfen.

Oh Gott, das wieder. Ich habe damals Kokain an Juden verkauft, die an der Börse spekuliert haben. Ist es schlimm, das zu sagen? Es war einfach so, daran kann ich doch nichts ändern! Und deswegen habe ich doch nichts gegen Juden! Ich habe viele jüdische Freunde. Die Leute verstehen das falsch. Ich bin selber Kurde, wir werden heute noch verfolgt, da wird mir doch nicht einfallen, etwas gegen Juden zu haben. „Mensch ist Mensch. Ich sah schlechte Menschen in schönen Klamotten, sah gute Menschen, die nichts anhatten.“ So geht eine andere Zeile von mir. Warum wird die nicht zitiert?

Das Gespräch führte **Antonia Baum**.

Lithuanian President

'Brussels Was Target Before, Now It's Merkel'

The Baltic countries have already moved on from their debt crisis, and are exhibiting healthy growth. In an interview with SPIEGEL ONLINE, Lithuania's President Dalia Grybauskaite explains that austerity is merely a question of political will -- and why her country wants to join the euro zone despite the crisis.

SPIEGEL ONLINE: In spite of the ongoing crisis, Lithuania wants to join the euro zone in January 2015. Why?

Grybauskaite: This is not a crisis of the euro zone, but a debt crisis. Some states, inside and outside the euro zone, have difficulties because of their irresponsible economic and fiscal policies.

SPIEGEL ONLINE: Still, this crisis does not seem to be going away. Have you considered not joining the euro?

Grybauskaite: No. For a small open economy that trades mostly with the euro zone it makes absolute sense to be part of the currency union. Our currency has already pegged to the euro since 2002. We don't have an independent monetary policy. We are regulated by the European Central Bank in Frankfurt, but we are not able to reap all the profits. Our businesses want to save the transaction costs.

SPIEGEL ONLINE: But why not wait a little longer to see how the situation develops? What if the euro zone implodes?

Grybauskaite: It is our duty not to allow it to implode.

SPIEGEL ONLINE: Really? Are Lithuanians looking forward to bailing out other countries?

Grybauskaite: Lithuania is a small country, so our contribution would not be that large. We are not afraid of our responsibility. **We receive 25 percent of our national budget from the European Union. We understand the value of solidarity.**

SPIEGEL ONLINE: It is one thing to receive money, but quite another to give money to others.

Grybauskaite: I don't think this would change our attitude to the EU. **Some 70 percent of our people are pro-European.**

SPIEGEL ONLINE: **A new poll in six big EU countries shows that trust in the EU is declining rapidly.** Are EU leaders taking this growing unease seriously enough?

Grybauskaite: This is the consequence of the crisis in Europe and people's reaction to the inability of the politicians to tackle the challenges.

SPIEGEL ONLINE: **The president of the EU commission, José Manuel Barroso, said this week that austerity in Europe had reached its limit. The political and social acceptance is not there any longer. Is it time to relax the efforts?**

Grybauskaitė: There is not one rule you can apply to every state. In the Baltic states, after 2009 we had to implement very radical austerity measures. **In Lithuania, we consolidated 12 percent of GDP in two years. We cut public salaries by 20 percent and pensions by 10 percent. Our adjustment was a lot deeper than what we see now in Southern Europe. And we saw growth return after 2 years.**

SPIEGEL ONLINE: So Barroso is wrong?

Grybauskaitė: Some countries need extra stimulus in specific areas. Something has to be done against high youth unemployment in Greece and Spain, for example. **But in the end, there is no way around it: The debt levels have to come down.**

SPIEGEL ONLINE: You **say that reducing public debt is mainly about political will.** Where do you see this will lacking in Europe?

Grybauskaitė: I won't name countries, **but reforms could be quicker in many parts. There are different mentalities and different ideas about political responsibility in the North and the South.**

SPIEGEL ONLINE: Austerity is often seen as a **diktat from Germany.** From the perspective of a small country, is Berlin too powerful?

Grybauskaitė: We need to understand the situation of the German people. They are largely responsible for paying for these bailouts. **I cannot imagine a head of government whose country is paying for something not asking for certain conditions. It is legitimate that Berlin leads the way.**

SPIEGEL ONLINE: How would you describe Chancellor Angela Merkel's leadership in the crisis?

Grybauskaitė: In the council meetings where I see her there is no one around the table who knows the European facts better. She is interested in everything and feels responsible for everything. She knows exactly how much every policy move costs for Germany. For these critical times, she is very well placed. Also, in four years in the council, I have never felt she was ignoring the interests of the smaller states. That's how she works. She tries to find a consensus.

SPIEGEL ONLINE: Still, anti-German sentiment is on the rise everywhere in Europe, Merkel is pictured at demonstrations with a Hitler moustache.

Grybauskaitė: **I think the mood is not anti-German. It is anti-EU. Germany is now representing the EU, because it pays for the bailouts and sets the conditions.** Before, institutions in Brussels were the target. Now it is Merkel. **It is easier for local politicians who are themselves responsible for a national crisis to blame somebody from the outside. But one has to remember: If it wasn't for Germany, these countries would be bankrupt.**

SPIEGEL ONLINE: **This rift between North and South threatens to tear the EU apart. How can it be overcome?**

Grybauskaitė: During turbulent economic times, it is inevitable that these contradictions will appear. They will fade away once the economy recovers.

SPIEGEL ONLINE: On May 9, will be awarded the Charlemagne Prize for your contributions to European integration. You were budget commissioner in Brussels from 2004 to 2009. Will we see you again on the EU stage?

Grybauskaitė: I am of an age where I don't plan my life. I will do whatever I have to do. In 2009, I came back from my commissioner job in Brussels to help my country in crisis. My term as president ends in summer 2014. I will decide in spring of 2014 whether to run for a second term.

SPIEGEL ONLINE: Would be ready for an offer next year, when Barroso and EU president Herman Van Rompuy retire from their posts?

Grybauskaitė: I am focused on my job now and not yet thinking about 2014.

SPIEGEL ONLINE: Would Angela Merkel make a good EU president?

Grybauskaitė: She would be good anywhere.

SPIEGEL ONLINE: President Grybauskaitė, we thank you for this interview.

Interview conducted by Carsten Volkery in Vilnius.

Until Elections Do Us Part

A Deep Frost in Franco-German Relations

By SPIEGEL Staff

Progress in the European Union is stalled at the moment because France and Germany can't get along. Paris is hoping for a change of government in Berlin after elections this fall, but even that would do little to bridge growing differences between the countries.

The ambassadors who gathered in the library of the German Foreign Ministry the Thursday before last knew the situation was unusually serious. These diplomats are accustomed to seeing images of Chancellor Angela Merkel with a Hitler mustache drawn on her face, hearing vitriolic tirades about Germany's enforcement of austerity policies in Europe and experiencing tense diplomatic talks. For some time now, German diplomats have watched anti-German sentiment increase dramatically in many countries in the European Union.

Under these circumstances, the ambassadors who converged at the Foreign Ministry certainly didn't expect the meeting to be any kind of laid-back reunion, but what they encountered still caught them by surprise. Nikolaus Meyer-Landrut, Merkel's EU policy advisor, gave the diplomats an unvarnished picture of the Chancellery's concerns that matters may not improve any time soon. Merkel's advisor left the diplomats with a clear impression that the German government has given up hope of any appreciable progress in European policy before Germany's federal elections this September.

Officials in the Chancellery consider the culprit here to be neighboring France, the country that is meant to function together with Germany as the motor driving the EU as a whole. Paris, Meyer-Landrut said, isn't interested in reaching agreements with Germany on fundamental questions before September. The meaning behind his words was clear -- French President François Hollande is counting on the German elections putting a new government in place in Berlin, one he hopes will be more willing to compromise. Hollande no longer expects anything from the current German government.

Relations Worse than Pessimists Predicted

A year into Hollande's term, Franco-German relations are even worse than pessimists in both countries predicted. Berlin and Paris are at odds on almost every issue when it comes to tackling the current crisis, disagreeing on everything from a banking union to a bailout for Cyprus to eurobonds. It's common knowledge that nothing happens in the EU without these two neighbors agreeing on a course of action, yet they continue to block one another.

The issues at stake are not trivial ones. At the core of the Franco-German conflict is no less a matter than the question of how Europe can shake off the current crisis. Merkel is convinced this can only be achieved by implementing reforms -- austerity, liberalization of the labor market and restructuring of social welfare systems.

But Hollande is unwilling to let Germany impose its model on France. He fears the European recession will only worsen if Berlin succeeds in implementing its austerity plans. Since Hollande announced in March that France must reduce government spending, the faction within his party pushing for confrontation with Germany has gained traction.

Hollande believes his viewpoint is gaining traction around Europe to the point that Germany will eventually be under such pressure, it will no longer have any alternative to making concessions. He sees proof in an about-

turn on the part of European Commission President José Manuel Barroso, who stated last week that although he believes the austerity policies are fundamentally correct, he also thinks they have reached their limits.

The political differences between Berlin and Paris are further exacerbated by personal antipathies. Chancellor Merkel and President Hollande have never warmed to one another. That in itself isn't necessarily a problem, since politicians can work together well without becoming instant friends. Helmut Kohl and François Mitterrand found common ground only with great effort, and Merkel's relationship with Hollande's conservative predecessor Nicolas Sarkozy got off to a rocky start as well. But at this point the mutual trust that once existed between France and Germany has been lost, and the chemistry between Merkel and Hollande is so poor that the two risk causing serious harm to the EU as a whole.

Willful Obstinacy

Some of this comes across as willful obstinacy. Hollande, for example, still hasn't forgiven the German chancellor for her failure to receive him in Berlin during his electoral campaign. He also makes no bones about how little connects him and Merkel.

Relations seemed to reach a nadir late last week after a draft policy paper introduced within Hollande's leftist Socialist Party got leaked to the French daily *Le Monde*. The paper threatened a "showdown" with the "chancellor of austerity" and derided Merkel's "selfish intransigence," saying her policy positions exclusively serve "the savings of depositors in Germany, the trade balance recorded in Berlin and her electoral future." The paper, drafted for a party conference on Europe in June, created a [furor](#) in France and Germany over the weekend. Bowing to pressure from the government in Paris, the Socialists apparently removed the most strongly worded and "stigmatizing" language ahead of the conference.

Even though the paper may reflect the president's privately held opinions, it was not clear whether he was aware of the exact wording in advance. The French satirical newspaper *Le Canard Enchaîné* reported on Monday that one of Hollande's personal advisors had given the green light in advance, but when the attacks on Merkel caused a stir, Prime Minister Jean-Marc Ayrault sent out conciliatory tweets in German. On Wednesday, asked during a press conference with Italian Prime Minister Enrico Letta if he had been aware of the text, he responded by saying he was not the party leader and that the "text didn't need to incriminate a European leader to make a point."

Merkel, meanwhile, makes little effort to extend personal courtesies to her French counterpart. Two weeks ago, she invited euroskeptic British Prime Minister David Cameron and his family for an intimate tête-à-tête at her guest residence in Meseberg, northwest of Berlin. If Hollande had been hoping to receive a similar gesture of friendship, then his wait so far has been in vain.

Leaders Give Up on Franco-German Project

It seems both leaders have given up on the Franco-German project for the time being. The chancellor is frustrated that she is no longer able to influence French policy. Her suggestions found a willing listener in Sarkozy, but with Hollande they fall on deaf ears. Merkel is also annoyed with the constant calls for greater solidarity. From a German perspective, this amounts primarily to demands for more money -- from Berlin's coffers.

German Finance Minister Wolfgang Schäuble of Merkel's center-right Christian Democratic Union (CDU) is similarly dissatisfied with the discord between Berlin and Paris. At a meeting between CDU parliamentary representatives and their counterparts from the conservative French party Union for a Popular Movement (UMP), held at the Konrad Adenauer Foundation a few days ago, Schäuble acknowledged he has considerable differences of opinion with his French counterpart Pierre Moscovici.

Germany blames Paris for Europe's standstill, seeing France's lack of willingness to undertake reforms as the issue at the core of the euro crisis. Officials at the Chancellery believe France must implement fundamental reforms along the lines of those Germany undertook with former Chancellor Gerhard Schröder's Agenda 2010

program -- which made painful cuts to longterm unemployment benefits and reduced unit labor costs among other things to make the country more competitive -- and that there is not much time left to do so.

Germany and France initially wanted to use this period of relative calm in the euro crisis to advance important reforms, and to take an important step toward a common economic and monetary policy at the EU summit this June. Now it's unlikely they will manage even a tiny step.

Bickering over Money

The two nations' disputes always seem to be about money. It was Germany that last year suggested pooling funds within the euro zone through a special joint euro-zone budget, but now the country has given up on the idea again. Merkel had used the initiative in an effort to prevent a renewed discussion about eurobonds at the time. The chancellor initially proposed a figure in the low billions that would go to support, for example, universities in highly indebted euro zone countries. She saw this as a sign of solidarity.

But the idea didn't go far enough for France and the Southern European members of the monetary union, who would prefer a euro-zone budget of over €100 billion that would also fund economic stimulus programs. This counterproposal only served to reinforce Germany's preconceptions about the French. The proposed project won't play a role at the summit this June.

A proposed banking union, which France has pushed for, is likewise failing to move forward. Berlin insists such a union would require amendments to EU treaties, a step Paris opposes. German Finance Minister Schäuble has based Germany's position on the new functions the euro zone states want to transfer to the European Central Bank (ECB). If the ECB takes over responsibility for regulating banks, Schäuble argues, shifting that authority from a national to a European level should be backed up legally by a treaty. Otherwise, national courts -- especially the German Constitutional Court -- could overturn the new rules. France and other countries want to avoid amending the treaties, a burdensome process they say would take too much time.

Nor is the debate concerning eurobonds over. France favors these joint government bonds, for which all euro zone members would share liability, but Germany strongly opposes the idea.

A Tense Feud

At the German Savings Banks Conference last Thursday, Merkel brought up another source of tension within the euro zone, describing the predicament the ECB faces. "When it comes to Germany, most likely the best course of action would be for the ECB to raise interest rates somewhat," the chancellor said, referring to her country's comparatively robust economy. At the same time, she explained, the ECB needs to make more liquidity available for countries that are not doing as well -- in other words, it needs to lower interest rates.

What many people took as interference in the ECB's autonomy actually serves to describe precisely the European dilemma as a whole -- the euro zone is divided not only on the question of what approach to take in tackling the crisis, but also in terms of each country's economic situation.

At this point relations between Berlin and Paris are so tense that anything has the potential to turn into another battlefield in the feud. A joint Franco-German exhibition of German art currently being staged at the Louvre, for example, met with criticism in German newspapers, which accused the exhibition of reviving old anti-German clichés. Meanwhile, the German government fails to understand one of the steps France wants to take to fight its debt crisis: the closure of its symbolically important and long-standing cultural center in Berlin, the Maison de France.

France's sensitivity also has to do with its continuing weak economy, which is damaging its self-image as an important nation. Additionally, many in France believe that Germany, with its high trade surpluses, is not only benefiting from the crisis, but in fact bears some of the responsibility for it. And France isn't willing to take orders from the same entity that landed it in this situation.

The French government also suspects Germany of taking secret pleasure in its neighbor's current weakness. Leaders in Paris expected Merkel to vigorously refute any talk within her coalition of France as a crisis case, but the chancellor has kept quiet.

France fosters an image of Germany as the bad guy that is only interested in obtaining advantages for itself. "To do politics, you need an enemy, and if that enemy is Germany, that doesn't bother me," *Le Monde* quoted one leading member of the country's Socialist party as saying.

Demonstrative Disinterest

Meanwhile, France has started showing demonstrative disinterest in European matters. Hollande sent only a low-ranking official without the authority to make decisions to a meeting of negotiators representing euro-zone country leaders last Thursday, an event that ended without results.

Participants in that gathering did little more than express previously established positions. The German representatives refused to discuss the possibility of more money for the countries in crisis. "They had euro signs in their eyes," one participant complained afterward. It was clear to all involved where France's sympathies lay.

Hollande hopes Germany's upcoming elections will bring about a new government that will be more open to his suggestions. Paris knows an electoral victory for a coalition of Germany's Social Democratic Party (SPD) and Green Party is unlikely as things stand now, but believes a grand coalition of the center-left SPD and center-right CDU would be beneficial for France.

There France may be mistaken. Yes, the SPD might well take a friendlier approach toward Paris. Frank-Walter Steinmeier, the party's parliamentary group leader, has said it isn't good "to keep speaking in catchphrases, saying what deadbeats the French are." The Social Democrats are also unlikely to push for austerity as fiercely as the current government has.

At its heart, though, the SPD's position on these issues differs little from Merkel's. When the crisis hit Cyprus, it was primarily Germany's Social Democrats who warned against using German funds to help Russian oligarchs. Similarly, eurobonds as Hollande envisions them will find few supporters among SPD leaders. The SPD also considers reforms in France inevitable, just as Merkel does. "France is in the same situation we faced in 2001," Steinmeier believes.

Hollande will have a chance to find out personally what issues separate German Social Democrats from French Socialists when he speaks at the SPD's 150th anniversary celebration in Leipzig on May 23. Hollande also may find he doesn't enjoy the company at the podium so much -- he's scheduled to appear side by side with Merkel.

REPORTED BY HORAND KNAUP, RALF NEUKIRCH, CHRISTIAN REIERMANN AND MATHIEU VON ROHR

Translated from the German by Ella Ornstein

La Bundesbank attaque la BCE



Copyright Reuters

78,11

Romaric Godin | 26/04/2013, 13:24 - 424 mots

Dans un document publié par le Handelsblatt, la banque centrale allemande fait un réquisitoire de la politique de la BCE. Un document qui prouve combien Mario Draghi est sous pression.

Pour ceux qui en doutaient encore, [le Handelsblatt de ce vendredi publie la preuve formelle de l'opposition de principe de la Bundesbank](#), la banque centrale allemande, avec la BCE. Le quotidien allemand rend ainsi public une prise de position datant du 21 décembre dernier et destinée au tribunal administratif de Karlsruhe dans lequel la Bundesbank critique très durement la politique de l'autre institution de Francfort.

L'OMT : une déviation du rôle de la BCE

La Bundesbank conteste d'emblée l'argument de Mario Draghi pour justifier le programme OMT de rachat illimité de titres souverains : l'absence de transmission de la politique monétaire de la BCE compte tenu des écarts de taux entre les pays. Selon la Bundesbank, il ne revient pas à la BCE de combattre ces écarts de taux qui sont « les suites des politiques financières nationales. » La banque centrale ne doit pas corriger ces erreurs de politiques budgétaires.

Ne pas empêcher la sortie de la zone euro

Par ailleurs, la Bundesbank estime que le rôle de la BCE n'est pas d'empêcher la sortie d'un pays de la zone euro, ceci relevant encore, selon la banque centrale allemande, des « Etats souverains. » La volonté de Mario Draghi de se présenter comme le garant de l'intégrité de la zone euro est donc fortement contestée, en dépit du fait que cette politique a permis, depuis août dernier, de ramener un calme relatif sur les marchés.

Critique du programme ELA

La Bundesbank, enfin, critique fermement le programme OMT lui-même qui conduirait à accepter dans le bilan de la BCE des titres de mauvaise qualité. Enfin, l'institution allemande fait le procès du programme d'accès d'urgence des banques à la liquidité ELA qui a permis de maintenir en fonctionnement les banques grecques à l'automne alors même que le gouvernement d'Athènes n'avait pas encore eu l'accord de ses partenaires pour une nouvelle aide. « La BCE a ainsi agi à la limite du financement direct d'un Etat », ce qui est formellement interdit par les traités.

Opposition au sein du conseil des gouverneurs

Avec ce règlement de comptes, la Bundesbank montre son opposition de principe à la politique de la BCE. Le document est important, car il montre que Mario Draghi doit compter avec une forte opposition au sein de son conseil des gouverneurs. Une opposition qui explique peut-être aussi le durcissement de la position de la BCE dans l'affaire chypriote, où Francfort avait clairement posé un ultimatum à Nicosie, et le manque d'entrain de la BCE à baisser ses taux ou à faciliter le financement des entreprises des pays périphériques comme beaucoup l'y invitent.

BCE : une baisse des taux, pour quoi faire ?

Romarc Godin | 02/05/2013, 07:07 - 1336 mots

78,12

La BCE va sans doute assouplir sa politique monétaire ce jeudi. Un geste peu utile sur le plan économique, et qui sera surtout une décision politique.

Ce jeudi, lors de la conférence de presse mensuelle de la BCE qui se tiendra exceptionnellement à Bratislava, tous les regards se porteront sur la décision sur les taux des grands argentiers de la zone euro. Tenue pour acquise voici encore une semaine, la baisse du taux directeur de 25 points de base (0,25 point de pourcentage) à 0,5 % est désormais un peu moins certaine. [Il est vrai qu'en fin de semaine, le membre allemand du directoire Jörg Asmussen et surtout Angela Merkel ont mis en doute l'intérêt de cette baisse](#) des taux. La chancelière a même exprimé ouvertement sa préférence pour un resserrement monétaire. Néanmoins, la plupart des observateurs tablent pour une baisse des taux ce 2 mai. Mais, concrètement, à quoi servira cet assouplissement monétaire ?

Un mouvement logique sur le plan théorique

La réponse qui sera sans doute apportée par Mario Draghi sera simple et intuitive. La zone euro est en récession, les signes de reprise sont faibles. Parallèlement, l'inflation s'éloigne un peu plus chaque mois de l'objectif de la BCE, un taux « inférieur, mais proche de 2 % » et, dans certains pays, la déflation menace. Ce mardi, le taux d'inflation des 17 pays qui partagent l'euro a reculé à seulement 1,2 %, son plus bas niveau depuis trois ans, [tandis que le chômage atteignait 12,1 % de la population active](#), là aussi du jamais vu depuis 2010. Dans ces conditions, rien de plus logique pour la BCE que d'assouplir sa politique monétaire pour favoriser la diffusion du crédit, tenter de relancer la croissance et relever les anticipations d'inflation.

Une baisse inutile ?

Voici pour la théorie. Mais voilà. Comme le résume justement Bruno Cavalier, économiste chez Oddo, « personne ne croit que la baisse des taux est de nature à relancer le crédit. » En réalité, le niveau actuel des taux de la BCE est déjà fort peu élevé. Entre juillet 2011 et juillet 2012, la BCE a réduit de moitié son taux directeur. Le taux de dépôt au jour le jour auprès de la BCE est de 0 %, ce qui évidemment devrait inciter les banques à ne pas déposer leurs fonds auprès de la banque centrale et donc les inciter, en conséquence, à prêter à l'économie.

Les banques ne sont pas davantage bridées par les taux du marché interbancaires. Lundi, le taux Eonia au jour le jour sur ce marché était de 0,085 %. A 12 mois, ce taux n'est que de 0,513 %. Autrement dit, il n'y a en zone euro aucun problème de coût de refinancement des banques.

La baisse des taux aura certes pour effet d'alléger le coût pour les banques du programme de prêt à long terme mis en place fin 2011 et début 2012 par la BCE, le LTRO. Mais l'effet sera extrêmement réduit. Là encore, Bruno Cavalier estime à 1,8 milliard par an l'économie qui sera réalisée par l'ensemble des banques européennes. Une somme qui, évidemment, n'est pas de nature à modifier sensiblement la situation conjoncturelle de la zone euro.

Un effet faible sur l'euro

Dernier effet : la baisse de l'euro. Une baisse du loyer de l'argent devrait mécaniquement conduire à un affaiblissement de la monnaie unique, ce qui sera une bonne nouvelle pour la compétitivité des entreprises de la région. Mais l'effet devrait faire long feu. D'abord, les marchés ont anticipé cette baisse de 25 points de base et l'euro est resté quasi stable depuis le début du mois. L'effet d'annonce pourrait peser sur la monnaie unique, mais de façon temporaire seulement. D'autant que l'assouplissement monétaire est mesuré.

Enfin, le contexte international n'est guère favorable à une telle stratégie. Certes, avec un taux de 0,5 %, la BCE pratiquera désormais le même taux que la Banque d'Angleterre. Mais cette dernière expérimente depuis longtemps des mesures non conventionnelles bien plus ambitieuses que l'institution de Francfort. [Elle vient, du reste, d'élargir son programme de soutien aux crédits aux PME](#). Sans parler des cas américain ou japonais où l'on pratique des taux zéros depuis longtemps et où l'on imprime massivement de la monnaie. Une baisse d'un quart de point du taux directeur risque donc, au final, de ne guère affaiblir l'euro.

Le nœud de l'offre de crédit

Le problème de la zone euro est d'une autre nature. Les banques ont réduit leur offre de crédit pour deux raisons. La première, c'est la baisse de la demande qui s'explique par le ralentissement économique lui-même. Pour que les entreprises redemandent des fonds, elles doivent disposer de perspectives de croissance. La situation actuelle en offre peu. L'Europe va poursuivre sa politique de désendettement public, de dévaluations internes et les perspectives de rebond de la demande externe, notamment asiatique, semblent bien peu solides. Il n'est donc pas certain qu'un assouplissement du taux de la BCE change quoi que ce soit de ce point de vue.

La deuxième raison de cette atonie de la demande de crédit, c'est que les banques redoutent le risque de crédit en raison de la récession et des contraintes réglementaires plus lourdes. Ce problème est particulièrement lourd dans les pays périphériques de la zone euro.

Le « nein » allemand aux mesures non conventionnelles

Pour agir sur cette situation, deux moyens sont nécessaires : redonner confiance en l'économie de la zone euro et agir directement pour soutenir le crédit aux PME. [Beaucoup d'économistes ont ainsi préconisé, comme l'économiste de Deutsche Bank Gilles Moec, un programme de rachat direct de crédits de PME de pays périphériques.](#) L'ennui, c'est qu'aujourd'hui, l'Allemagne ne veut ni de l'un, ni de l'autre moyen de relancer l'économie européenne. En refusant de revenir sur la stratégie de dévaluations internes, en mettant la pression sur des pays comme la France, Berlin contribue bien peu à redonner la confiance nécessaire à court terme à une reprise des dépenses.

De même, le gouvernement allemand et la Bundesbank semblent refuser désormais toute mesure non conventionnelle. [En faisant publier dans le Handelsblatt de ce vendredi un rapport très critique sur ces mesures non conventionnelles, la Bundesbank a envoyé un message clair](#) : elle n'est pas disposé à accepter de nouvelles mesures qui mettraient en danger le bilan de l'Eurosystème et conduirait à une création monétaire importante. D'autant que soutenir la conjoncture des pays périphériques pourrait entraver le processus de dévaluation interne jugé nécessaire par l'Allemagne en incitant ces Etats à ralentir leurs baisses de dépenses publiques et leurs réformes.

la BCE coincée

La BCE en est donc réduite à ne pouvoir que baisser ses taux, puisque la Bundesbank, voici un peu plus d'une semaine a, indirectement, donné son feu vert à un tel mouvement, ce qui a été le point de départ des spéculations sur le sujet. Mario Dragi espérant que le message serait suffisant pour redonner un peu de confiance aux agents économiques de la zone euro. Cette baisse des taux est donc avant tout politique que financier et en dit surtout long sur la situation difficile où se trouve la banque centrale, coincée entre les impératifs de la situation économiques et les exigences allemandes.

Une baisse des taux risquée ?

Le risque, c'est cependant que cette baisse des taux soit finalement plus négative que positive. Et elle peut l'être de deux façons. D'abord, par une fragmentation accrue du marché du crédit entre un nord où cette baisse sera transmise à l'économie (et où, en passant, elle pourra alimenter des « bulles » pas forcément productive comme le marché immobilier allemand) et un sud qui restera privé de crédits. La gestion de la zone euro en serait alors encore plus difficile.

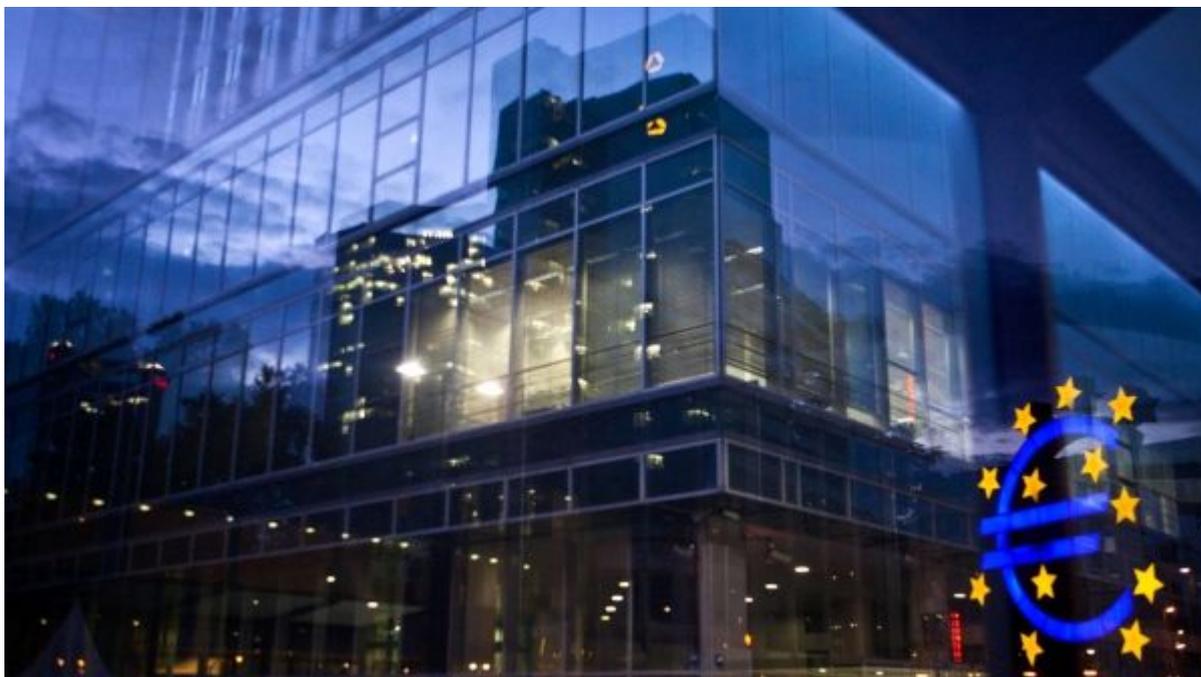
Ensuite, en envoyant le message qu'elle agit pour la relance, la BCE pourrait donner « un prétexte à l'inaction » aux gouvernements, comme le souligne Bruno Cavalier. Ces derniers pourraient y trouver une raison de ne rien faire, alors qu'il faut agir vite. C'est du reste pour cela que Jörg Asmussen et Benoît Coeuré, deux membres du directoire de la BCE, ont, la semaine dernière, insisté sur le fait que la BCE « ne pouvait pas tout. » Mais alors qui peut agir en zone euro ?

Zinssenkung Die Grenzen der Geldpolitik

02.05.2013 · Wie mächtig sind Zentralbanken? Hilft eine expansive Geldpolitik mit der Gießkanne? Und was bringt die aktuelle Leitzinssenkung der EZB? Wenig! Sie wird weder Nutzen noch Schaden anrichten.

Von [Gerald Braunberger](#)

[Artikel](#) [Bilder \(1\)](#) [Lesermeinungen \(10\)](#)



© Hannes Jung / F.A.Z. Der geldpolitische Handlungsspielraum ist weitgehend erschöpft. Das weiß auch die EZB.

Die Entscheidung der Europäischen Zentralbank (EZB), ihren [Leitzins von 0,75 auf 0,5 Prozent zu senken](#), wird weder großen Nutzen stiften noch großen Schaden anrichten. In einem Währungsraum mit einer mancherorts hohen Arbeitslosenquote, einer Inflationsrate von 1,2 Prozent und wenig erfreulichen Konjunkturprognosen ist es für eine Zentralbank naheliegend, ihre Geldpolitik noch ein wenig zu lockern. Der Zentralbankrat der EZB weiß aber selbst, dass der noch vorhandene geldpolitische Handlungsspielraum weitgehend erschöpft ist.

Nicht nur in Europa meint eine wachsende Zahl von Ökonomen, eine schwache Konjunktur sei ein untrügliches Zeichen für eine nicht ausreichend aktive Geldpolitik. Mit einer Senkung des Leitzinses auf Null, der Ankündigung von Inflationszielen deutlich über 2 Prozent und aggressiven Käufen von Staatsanleihen und anderen Wertpapieren soll die gesamtwirtschaftliche Nachfrage so weit belebt werden, dass die Konjunktur wieder in Gang kommt. Nach Auffassung dieser Schule kann an der Fähigkeit einer Zentralbank, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, keinerlei Zweifel bestehen. Die Zentralbank muss nur wollen.

Wunschvorstellungen und Trugschlüsse

Die Vorstellung von der Allmacht der Zentralbank beruht jedoch auf Trugschlüssen. Leitzinsen nahe Null und umfangreiche Käufe von Anleihen in den Vereinigten Staaten, in Großbritannien und in Japan haben bisher wenig zur Belebung der Wirtschaft beigetragen. Die expansive Geldpolitik kommt nicht in der Wirtschaft an, weil Banken und Finanzmärkte in ihrer Leistungsfähigkeit beeinträchtigt sind und viele Unternehmer und Konsumenten wenig optimistisch in die Zukunft schauen.

In einer solchen Situation hilft keine Geldpolitik mit der Gießkanne. Vielmehr müssen energische Schritte unternommen werden, um Banken und besonders die Kreditmärkte leistungsfähiger zu gestalten, damit sich

produktive Unternehmen leichter finanzieren können. Die Bilanzen vieler im Prinzip zukunftsfähiger Banken in Südeuropa, aber auch anderswo, brauchen eine Stärkung durch zusätzliches Eigenkapital.

Es muss darüber hinaus aber auch möglich sein, Banken ohne nachvollziehbares Geschäftsmodell abzuwickeln. Hier sind Regierungen gefordert, nicht aber die EZB. Ein Staat, der die Unternehmenstätigkeit fördern will, verfügt auch in einer Rezession über Spielraum. Er kann nicht nur den Ordnungsrahmen verbessern. Er kann auch einfach einmal seine offenen Rechnungen gegenüber Unternehmen bezahlen.

Zinssenkung

Die Grenzen der Geldpolitik

02.05.2013 · Wie mächtig sind Zentralbanken? Hilft eine expansive Geldpolitik mit der Gießkanne? Und was bringt die aktuelle Leitzinssenkung der EZB? Wenig! Sie wird weder Nutzen noch Schaden anrichten.

Von [Gerald Braunberger](#)

78,16

Die Entscheidung der Europäischen Zentralbank (EZB), ihren [Leitzins von 0,75 auf 0,5 Prozent zu senken](#), wird weder großen Nutzen stiften noch großen Schaden anrichten. In einem Währungsraum mit einer mancherorts hohen Arbeitslosenquote, einer Inflationsrate von 1,2 Prozent und wenig erfreulichen Konjunkturprognosen ist es für eine Zentralbank naheliegend, ihre Geldpolitik noch ein wenig zu lockern. Der Zentralbankrat der EZB weiß aber selbst, dass der noch vorhandene geldpolitische Handlungsspielraum weitgehend erschöpft ist.

Nicht nur in Europa meint eine wachsende Zahl von Ökonomen, eine schwache Konjunktur sei ein untrügliches Zeichen für eine nicht ausreichend aktive Geldpolitik. Mit einer Senkung des Leitzinses auf Null, der Ankündigung von Inflationszielen deutlich über 2 Prozent und aggressiven Käufen von Staatsanleihen und anderen Wertpapieren soll die gesamtwirtschaftliche Nachfrage so weit belebt werden, dass die Konjunktur wieder in Gang kommt. Nach Auffassung dieser Schule kann an der Fähigkeit einer Zentralbank, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, keinerlei Zweifel bestehen. Die Zentralbank muss nur wollen.

Wunschvorstellungen und Trugschlüsse

Die Vorstellung von der Allmacht der Zentralbank beruht jedoch auf Trugschlüssen. Leitzinsen nahe Null und umfangreiche Käufe von Anleihen in den Vereinigten Staaten, in Großbritannien und in Japan haben bisher wenig zur Belebung der Wirtschaft beigetragen. Die expansive Geldpolitik kommt nicht in der Wirtschaft an, weil Banken und Finanzmärkte in ihrer Leistungsfähigkeit beeinträchtigt sind und viele Unternehmer und Konsumenten wenig optimistisch in die Zukunft schauen.

In einer solchen Situation hilft keine Geldpolitik mit der Gießkanne. Vielmehr müssen energische Schritte unternommen werden, um Banken und besonders die Kreditmärkte leistungsfähiger zu gestalten, damit sich produktive Unternehmen leichter finanzieren können. Die Bilanzen vieler im Prinzip zukunftsfähiger Banken in Südeuropa, aber auch anderswo, brauchen eine Stärkung durch zusätzliches Eigenkapital.

Es muss darüber hinaus aber auch möglich sein, Banken ohne nachvollziehbares Geschäftsmodell abzuwickeln. Hier sind Regierungen gefordert, nicht aber die EZB. Ein Staat, der die Unternehmenstätigkeit fördern will, verfügt auch in einer Rezession über Spielraum. Er kann nicht nur den Ordnungsrahmen verbessern. Er kann auch einfach einmal seine offenen Rechnungen gegenüber Unternehmen bezahlen.

Central Bank Takes Step as Europe's Downturn Drags On

By [JACK EWING](#)

BRATISLAVA, Slovakia — The European Central Bank cut its benchmark interest rate to a record low on Thursday, but remained unwilling to deploy more powerful weapons that many economists say are needed to jolt the Continent out of recession.

The central bank, meeting in Bratislava, trimmed its main rate to 0.5 percent from 0.75 percent. The move was seen by many as mostly symbolic, to avoid the impression that the bank and its president, Mario Draghi, were sitting on their hands as recession spread across the euro zone.

Mr. Draghi promised to continue letting banks borrow as much as they wanted at the benchmark rate for “as long as needed,” and at least until mid-2014. That was a longer time commitment than the E.C.B. has offered in the past.

And he said the bank was exploring ways to increase the supply of credit by reviving the moribund market in Europe for asset-backed securities — ones in which mortgages or other loans are bundled and resold to investors. Mr. Draghi suggested that the European Investment Bank could be a vehicle for stimulating demand for asset-backed securities, but did not give details.

Analysts said the investment bank might provide partial guarantees to packages of small-business loans, which commercial banks could then use as collateral for European Central Bank loans at 0.5 percent.

But Mr. Draghi said the central bank would not buy such securities itself, thereby ruling out any equivalent of the so-called quantitative easing form of stimulus practiced by the United States Federal Reserve or the Bank of England.

The E.C.B. remains hamstrung by a charter that obliges it to defend price stability above all else and forbids it from providing financing to governments. Mr. Draghi has been willing to stretch that mandate, as he did last summer with his promise to buy government bonds in unlimited amounts to keep borrowing costs under control. So far, his expression of resolve has been enough to keep speculators at bay without any actual bond purchases by the bank.

But despite his pledge at that time to do [“whatever it takes”](#) to save the euro, Mr. Draghi does not appear willing to risk an outcry in Germany by throwing out the rule book altogether. And he must contend with the European Central Bank’s 23-member Governing Council, which includes the heads of all 17 national central banks in the euro zone.

“There are 17 governors of 17 member states with completely opposing views,” said Zsolt Darvas, a research fellow at Bruegel, a research organization in Brussels. “There are major disagreements. Probably they try to err less by being more cautious rather than being more aggressive.”

In addition, Mr. Darvas said, the European Union lacks a central treasury that would stand ready to provide financial backup if central bank investments went wrong, as the United States Treasury implicitly backs the Fed.

“That probably makes the E.C.B. more reluctant to take risks,” Mr. Darvas said.

Mr. Draghi insisted that the rate cut, which takes effect May 8, would stimulate growth, especially now that the economic slump that has afflicted Spain and Italy for more than a year is spreading north to countries like

Germany, Austria and Finland. Bank loans are still readily available in those countries, so it is easier for an official rate cut to trickle down to borrowers.

The rate cut “is going to be more effective today than it would have been a few months ago,” Mr. Draghi said during a news conference, sitting beneath a large crystal chandelier in the same building that houses the Slovak Philharmonic. Twice a year the E.C.B.'s Governing Council ventures out of Frankfurt to hold its monthly monetary policy meeting in the capital cities of euro zone members.

It was the first change in interest rates since July 2012 and the bank’s fourth cut since Mr. Draghi took over as its president in November 2011.

Even at its new low of 0.5 percent, though, the benchmark rate remains higher than the 0.25 percent rate the Federal Reserve has had in place since late 2008. On Wednesday, [the Fed said it would maintain its stimulus campaign](#), buying \$85 billion a month in Treasury and mortgage-backed securities. The Fed added that it would consider adjusting its efforts to spur growth and reduce unemployment.

A cut by the European Central Bank was widely expected after a series of economic indicators in recent weeks foreshadowed an extended downturn in the euro zone, with recession threatening even the seemingly unstoppable German economy. On Thursday, two stalwarts of corporate Germany, BMW and Siemens, warned of lower profits for 2013 because of the weakness in European markets.

While acknowledging that the slowdown was spreading to Germany, Mr. Draghi also listed a series of indicators he said were signs that the euro zone was healing, including big gains in Italian and Spanish stock markets and lower market interest rates on their government bonds.

Many economists argued that the central bank was practically obliged to cut rates. Inflation in the euro zone was just 1.2 percent in April, well below the E.C.B.'s target of about 2 percent. The central bank’s mandate is to maintain price stability above all else. That includes heading off deflation, the downward spiral in prices that can be even more destructive than inflation.

Investor reaction to the rate cut was muted. European markets initially rose after the announcement, but then gave up most of those gains before closing slightly higher.

Many European banks, whose reluctance to lend is something the European Central Bank is trying to address, may regard the cut with mixed feelings. While it will lower the cost of raising money, it may also reduce the profit margin on mortgages or other forms of lending. Many banks in Europe are barely profitable and can ill afford more problems.

Some economists argue that there is little the central bank can do to force-feed credit to small businesses in countries like Greece and Portugal that are suffering prolonged downturns. Banks’ reluctance to make loans reflects the sad fact that many businesses and consumers are poor credit risks.

The rate cut may, however, aid some exporters by helping to reduce the value of the euro compared with the dollar and other major currencies. A lower official interest rate tends to make it less attractive to hold euros, driving down the exchange rate and making European products more affordable in foreign markets.

A rate cut “would be a sign that policy makers understand it is time to find a way to compete,” Marco Tronchetti Provera, chief executive of the Italian tire maker Pirelli, said during an interview last week.

The central bank also cut the higher rate it charges for overnight loans, the so-called marginal lending facility, to 1 percent from 1.5 percent. But the benchmark rate of 0.5 percent, known as the main refinancing rate, is what banks pay to borrow for a week or more and is the rate that normally has the most powerful effect on the economy.

The E.C.B. left the rate it charges banks to park money at the bank, the deposit rate, at zero. There had been speculation in the past that it would impose a negative deposit rate, in other words charging banks to store their

money. That step might discourage lenders from hoarding cash rather than issuing loans, but could also have unintended consequences.

At the news conference Thursday, Mr. Draghi indicated that a negative interest rate was still a possibility, and that the central bank was prepared to deal with any consequences.

But for now, the European Central Bank remains unwilling to take that bold step or others.

“The bright minds in the Eurotower are still working hard to come up with a new magic bullet,” Carsten Brzeski, an economist at ING Bank, said in a note to clients, referring to the E.C.B. headquarters in Frankfurt. “In the meantime, the only thing Draghi found in his tool kit was an old tool and a chill-pill to keep markets happy in the waiting room.”

Economy

There is no euro crisis [Pavel Kohout](#)

3 May 2013

78,20

[Lidové noviny](#) Prague



Don't believe this "modern myth" that the single currency is teetering on the edge of disaster. The real problem is that the losers – the less competitive countries – are growing in number day by day

The crisis has become part of everyday life. It can also be looked on benevolently: behold, fellow citizens, the worst economic crisis in history – and the euro is holding firm, our superb politicians are capable of decisive and effective action: they are saving us! Let us all respond to their urgent cries and give them more power: more Europe, more Brussels, more European Commission, more European Parliament and even more institutions. Only a United Europe is able to stand up to the challenge posed by the euro crisis. We must see the integration through!

But all of this is nothing more than contemporary myth-making to justify the expansion of state power both for unelected authorities in Brussels and for elected governments of the nation states alike. A modern-day fairy tale to justify the continued centralisation of power.

The euro crisis, though, is no fairy tale, some may argue. Or is it?

Yes, it is: the euro crisis is 100 per cent pure synthetic fabrication in crystalline form. In the first place, the currency itself is not suffering from the crisis. It could suffer from high inflation, but that is not the case for the euro, and it never has been. It may suffer currency rate fluctuations on international markets, which, far from signifying a crisis, is merely normal. All modern currencies in a free-floating regime show volatility, from the US dollar to the Japanese yen, from the British pound to the Swedish krona and the Czech crown.

There are no signs of crisis in inflation rates, nor in the evolution of the euro exchange rate, which has been strong and steady in recent years – for the layman, surprisingly strong and steady. No mystery there: a robust balance of trade for Germany, the superpower of world trade, keeps the euro in fine form. Crisis? Nonsense.

Euro death rumours are exaggerated

Is the euro at risk of disintegration, then? Haven't eurosceptics been warning of the collapse of the single currency for years? Is it not vital that we all join forces, to turn the I-told-you-so smiles on the faces of the killjoy doomsayers into scowls?

No. The Eurozone is not threatened with break-up. It never has been, not even for a second. We have to look at how the mechanism of the Eurozone actually works. No country can be excluded from it, and no member state can be evicted against their will. Not even if they faked the statistics, not even if they go bankrupt, not even if their people paint a Hitler moustache on Angela Merkel (which already happened in Greece, and Greece is still using the euro). Eurozone member states may leave voluntarily, but none so far have grabbed the chance. Leaving the Eurozone would apparently be tantamount to departing the EU as such. That would mean shutting the doors on the zone of free movement of goods, persons and capital – that is, the loss of a few real and uncontested benefits of belonging to the union. No state will risk re-establishing tariffs against its exports to the EU countries. Who, after all, would voluntarily want to cope with the de facto trade sanctions?

Of course, one can argue that free trade and similar freedoms existed before the euro was introduced. At the moment, however, there is no way to withdraw from the Eurozone without exiting the EU entirely. We cannot expect Eurozone member states to allow an exit that would maintain the benefits of membership while getting rid of the drawbacks.

That's why not even Greece wanted to get out. Nor Cyprus.

Nothing to fear

No one wants to kick anyone else out of the Eurozone, and no one wants to leave. End of story. No collapse looms up over the horizon. Eurosceptics rejoice in vain, and the euro-optimists have nothing to be afraid of. The euro will still be in business for a long time yet. How long we cannot say, but monetary unions of the 19th Century worked for decades, until the First World War put an end to their normal existence.

The authors wanted it that way, but the story does not end there. The euro is not in crisis, but a good many of the EU member states who use it certainly are. Many, in particular the economies of the Latin states of the union, need a weaker currency to make their products more competitive and to attract more tourists. France's trade balance is sinking into the depths day by day. Its trade with the other Eurozone states last saw positive figures in March 2000. We could continue in this vein for some time.

Unlike the monetary unions of the past, the euro rules out the possibility for member states to devalue their currencies. The creators of the common European currency, after all, wanted it that way. The politicians that dominated their numbers saw currency devaluation not as a standard tool of economic policy, but almost as a tool of unfair competition for their neighbours with stronger currencies.

According to the vision of the fathers of the euro, member states should compete with each other in hard work, productivity, quality and innovation. It was a nice idea, but no one thought of what to do when someone loses.

And now most of the Eurozone is losing. The Germans, who are used to a strong currency and whose banks never blew a credit bubble, are the winners. The same is true for Austria, and for Luxembourg, the financial centre of the continent. Malta, another financial centre, is doing well. For Slovakia, which joined the Eurozone recently, it is too early to say. But with that, the list of winners is practically exhausted. Not even Finland is in great shape these days.

Democracy:

Dare to be a little more Swiss!

1 May 2013

78,22

[Frankfurter Allgemeine Zeitung Frankfurt](#)



[Burki](#)

The EU would do well to take on a little more direct democracy. Switzerland's example shows that more citizen involvement in deciding on and control the country's policy can make for a leaner state and lower debt. An EU-wide referendum on euro bonds, however, would be a mistake.

[Michael Wohlgemuth](#) | [Lars Feld](#)

Across the left end of the political spectrum, the cry “dare to be more like Switzerland!” can be heard. It's new, and it's original. The cause of all the enthusiasm for Switzerland is the Swiss referendum on the “Minder Initiative”—commonly called the “fat-cat pay initiative” in Germany, since hardly anyone here knows the initiator, Thomas Minder, owner of a Swiss family business and independent lawmaker.

The purpose of the latest Swiss initiative doesn't need weighty analysis: if it leads to shareholders being able to directly decide the salaries their CEOs take home, it will amount to the correction of an institutional framework that could bring together ownership and control.

Political representation and how to exercise control over it

Political representation and responsiveness is a matter of the structure that binds citizens and policy-makers. In a democracy, politicians ought to act on behalf of the people, and theoretically, the citizen is the true ruler. In practice, however, mirroring the relationship of the small shareholder to the giant corporation, it is difficult and unproductive for democratic voters to effectively control their governmental and parliamentary representatives in all the possible areas where decisions are made.

There are two fundamental questions: what effects does direct democracy have in general in Switzerland? And can direct democratic procedures like referenda and popular initiatives be recommended for other European countries, not least when it comes to European policy issues?

Direct democracy in Switzerland

Nowhere is direct democracy as pronounced as it is in Switzerland. Something similar holds true for the financial federalism, which in its Swiss form means relatively strong autonomy for municipalities and cantons. In Switzerland, mandatory or discretionary financial referenda are held at the local level several times per year. Political decisions can also be both prompted and revoked through citizens' initiatives, if the citizens so desire. And any transfer of sovereignty to a higher level must be confirmed directly by the people.

The results are rather clear and robust: when the citizens have a direct voice in how their own money is spent, regional authorities spend less on government. They spend more prudently, and the fiscal and social security burden is lower. Their indebtedness also tends to be smaller when citizens instead of governments determine the financial management of the public sector through financial referenda.

“Solidarity” does not fall by the wayside, either. In direct-democracy cantons, there is less overall redistribution, but that does not mean that the poor receive too little. In cantons where direct democracy is practised, social inequality is not greater, and much evidence suggests social transfers are even better targeted.

All of this leads to greater economic productivity, with better state services and fiscal policies more solidly grounded than they are in purely representative democracies.

Felix Helvetia! Popular opinion as debt brake, promoter of tax compliance and efficiency, as well as support for subsidiarity: is this not exactly what Europe needs today?

Is the Swiss model transferable?

An EU-wide referendum on the introduction of eurobonds, the expansion of the bailout funds or further tax harmonisation would not contribute towards overcoming the “democratic deficit” in the EU. For one thing, democracy requires a *demos*, a European people that can create and express a European “solidarity” and a European public opinion. This is not on the horizon for the moment. For another thing, such voting could easily lead to majorities shifting costs onto others through transfers or the gaining of special advantages, in fidelity to the motto “We decide, you pay.”

The European democratic deficit starts at the level of the member states. This is where direct democracy has an important role: the defense of decentralised decision-making and individual responsibility. Government and parliament are there to represent the people. There's a great risk that heads of state and government will make decisions in the European Council that transfer the sovereignty of the member state to the European level and thus fail to reflect the interests of their citizens.

That is why substantial transfers of powers and sovereignty to a supranational level must not be decided only by governments in crisis meetings held late into the night, but must be legitimised directly – that is, by referenda.

The right thing to do would be to apply direct democracy as it is traditionally and successfully practised in Switzerland: the citizens must be able to decide at a local level what is to be done with their own money. And they must also say how much liability they want to assume for the debts of others.

“More Switzerland” is thus worth recommending as an ambitious reform of political institutions for the whole European Union.

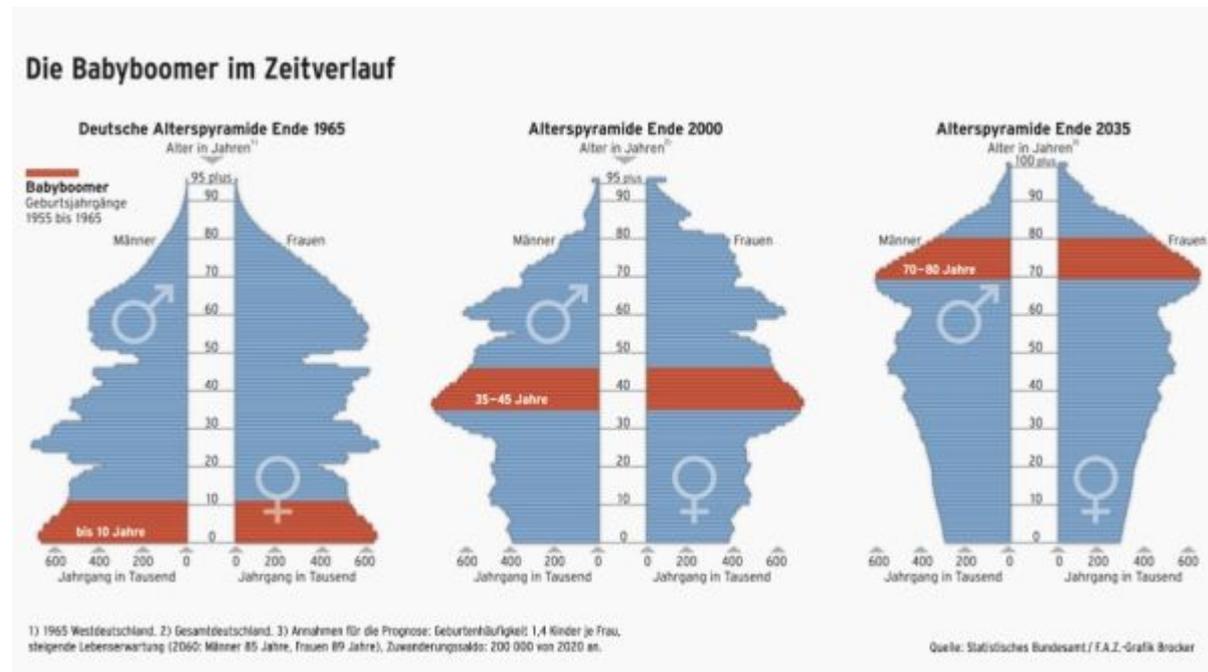
Babyboomer

Wir sind viele

04.05.2013 · Sie wuchsen im Paradies der Vollbeschäftigung auf - aber daraus wurden sie vertrieben, als sie erwachsen wurden. Jetzt stehen sie wieder vor dem Grundproblem ihrer Generation: der Vielzahl.

Von [Rainer Hank](#)

78,24



© F.A.Z. Alterspyramide 1965, 2000 und 2035.

Eigentlich waren sie grundanständige, tiefmoralische Menschen. Im Geiste christlicher Werte und des entschlossenen Wiederaufbaus nach dem Krieg erzogen, zeigten sie sich hoffnungsfroh und zukunftsgläubig - nicht nur als metaphysische Träumer, sondern als Generation, der es von Kindesbeinen an materiell unvergleichlich viel besser ging als den Eltern und Großeltern.

Sie, die „Babyboomer“, die ihr Chronist, der Publizist Reinhard Mohr, auf diese Weise als Wohlstandsgeneration charakterisiert, sind bis heute die dominante Kohorte der deutschen Nachkriegszeit. Nicht, dass sie besonders Bedeutendes geleistet hätten: Es ist ihre schiere Zahl, die sie auszeichnet. „Wir waren ja immer die vielen“, sagt der Volkswirt Reiner Braun, Erforscher und selbst Angehöriger der Kohorte: Auf dem Spielplatz, in der Klasse, im Hörsaal, auf dem Arbeitsmarkt - und demnächst auch in der Rente. Die anderen sind immer in der Minderheit. Bei den vielen zu sein stärkt das Selbstbewusstsein aber auch die Ellenbogen. Denn die Plätze, um die die Babyboomer sich rangeln, waren stets knapp.

Zwischen 1955 und 1965 waren die Deutschen besonders fruchtbar

Auf die Welt gekommen sind die „geburtenstarken Jahrgänge“ in den goldenen Jahren Konrad Adenauers, von dem der Spruch stammt: „Kinder kriegen die Leute immer.“ Besonders fruchtbar waren die Deutschen in der Dekade zwischen 1955 und 1965: Den schlechten Jahren der Nachkriegszeit folgte das Wirtschaftswunder und damit einher die Zuversicht, dass es von nun an nur noch aufwärtsgeht. „Geh'n Sie mit der Konjunktur“ spielte das Hazy Osterwald-Sextett 1961. Und weil die Konjunktur gut ging, gab es auch viele Kinder.

Der „Peak“ wurde im Jahr 1964 erreicht, als die Geburtenzahlen mit 1,3 Millionen Lebendgeborenen, wie die Statistiker sagen, ihren absoluten Höhepunkt erreichten. Schon im Jahr darauf lässt die Antibabypille die

Aufwärtslinie einknicken; sexuelle Lust und Fertilität sind von nun an entkoppelt: Familie wird planbar und die Deutschen planen, fürderhin immer weniger Kinder zu kriegen.

Ölkrise und ihre schiere Zahl rissen sie aus dem Paradies der Vollbeschäftigung

Als die Generation der vielen Mitte der siebziger Jahre ihr Abitur macht - es war auch die Zeit des großen Bildungsaufstiegs -, hatten Eltern und Lehrer ihr in Gelassenheit vermittelt: Einen Beruf kriegt ihr immer. Das ließ die Studienwahl zur Neigungsentscheidung werden. Nur die geistig Minderbemittelten oder habituell Ängstlichen wählten Jura oder BWL, um sich auf jeden Fall einen auskömmlichen Platz in der Arbeitswelt zu sichern. Die anderen machten es wie der junge Michael Diekmann (Jahrgang 1954) und studierten erst einmal Philosophie. Getreu dem Motto: „Allianz-Chef kannst du hinterher immer noch werden.“

Dass dann doch nicht alle von ihnen Allianz-, Daimler- (Jürgen Zetsche, Jahrgang 1953) oder Telekom-Chef (René Obermann, Jahrgang 1963) geworden sind, liegt nicht nur abermals an ihrer großen Zahl (es gibt schlicht nicht für jeden Babyboomer einen Dax-Konzern), sondern an ein paar unvorhergesehenen Ereignissen, zu denen vor allem der sogenannte Ölpreisschock zählt. Ende 1973 stieg der Preis von rund drei auf fünf Dollar je Fass Öl, weil die Opec das so wollte. Die Deutschen verhängten sich ein Sonntagsfahrverbot auf den Autobahnen, und die ganze Welt schlitterte in eine Stagflation: wirtschaftlicher Stillstand bei gleichzeitiger Inflation, eine ziemlich ungemütliche Gemengelage.

Aufgewachsen im Paradies der Vollbeschäftigung, ging die Nachfrage nach arbeitenden Menschen genau in jenem Moment dramatisch zurück, als die Babyboomer (nicht nur die Männer, immer mehr auch die Frauen) auf den Arbeitsmarkt drängten. Noch nicht einmal Lehrerstellen gab es für die vielen Germanisten und Anglisten, denn der Pillenknick hatte auch den Bedarf an Erziehern geschrumpft. Ein akademisches Proletariat der promovierten Taxifahrer war das Schreckgespenst dieser Generation, die seither zu einer gewissen Überhöhung ihrer Erfahrungen neigt: Mit allerlei metaphysischen Theorien, dass der Menschheit die Arbeit ausgehe (geraubt von Maschinen, Asiaten oder bösen Mächten) und dass das Überleben die 35-Stunden-Woche sichere, suchte man sich zu trösten. Man fand sich plötzlich in Rückzugsgefechte verwickelt und suchte das Heil in der Umverteilung von Arbeit und Geld.

„Erste Generation mit prekären Berufsbiographien“

“Die Babyboomer sind die erste Generation, die mit prekären Berufsbiographien fertig werden musste“, sagt der Soziologe Heinz Bude: Das lebenslange Normalarbeitsverhältnis kam in die Krise. Kein Wunder, dass sie, die selbst dem sozialen Aufstieg so viel verdanken, permanent von Abstiegsängsten geplagt werden und nicht mehr glauben wollen, dass es ihre Kinder einmal besser haben.

Nein, zu kurz gekommen sind die Babyboomer nie: In Wahrheit haben sie es zu ordentlichem Reichtum und Wohlstand gebracht. Dass sie eine schicksalslose Generation sind (kein Krieg, keine kollektive Schuld), ist ihre Gnade der späten Geburt. Dabei übersehen die westdeutschen Boomer gerne, dass ihre Altersgenossen in der DDR ein viel böseres Schicksal erleiden mussten. Als der Sozialismus unterging, waren die schon 35 Jahre oder älter, zu spät, um dem Leben einen neuen Dreh zu geben. Den Babyboomern der DDR fehlte der revolutionäre Elan der aus der Emigration zurückgekehrten Salonmarxisten; um aber mit dem Kapitalismus neu anzufangen, waren sie damals schon zu alt. Es bleibt ihnen der Weg von „Kurzarbeit null“ über Hartz IV in die Frühverrentung. Sie sind wirklich eine verlorene Generation.

Melancholie auf hohem Niveau

Und heute? „Wer in der zweiten Hälfte seiner Fünziger angekommen ist und sich noch an Flipper, den klugen Delfin, die bezaubernde Jeannie, Fred Feuerstein und Barney Geröllheimer erinnert, verfällt zuweilen schon mal ins Grübeln über den Stand der Dinge“, schreibt Reinhard Mohr, immer noch Chronist seiner Generation in seinem neuen Buch „Bin ich jetzt reaktionär?“.

Als „Zaungäste“ hat Mohr seine Altersgenossen porträtiert, eingekeilt zwischen den bewunderten Achtundsechzigern und den ihnen wesensmäßig Fremden aus der „Generation Golf“. Wenn Mohr jetzt

fremdelt, womöglich reaktionär zu sein, dann ist das mehr als die Erfahrung, dass, wer mit 20 kein Kommunist sei, kein Herz, wer es aber mit 40 immer noch sei, keinen Verstand habe. Links waren die Babyboomer weniger aus Überzeugung als aus Rebellion gegen die Eltern und aus Bewunderung für die Achtundsechziger.

Die nächste Phase des Lebens, die Jahre der „Sechzig plus“, konfrontiert sie, die gerne den Kult der Jugend zelebrieren, jetzt ohnehin wieder mit dem Grundproblem ihrer Generation: ihrer Vielzahl. Sie ernten die Früchte des medizinischen Fortschritts und erweisen sich als außerordentlich langlebig. Um so mehr beschleicht sie die Angst, die Jüngeren könnten die Lust oder die Kraft verlieren, sie auskömmlich durchzufüttern (anspruchsvoll waren die Babyboomer schon immer).

Es genügt die Kenntnis der Grundrechenarten, um herauszufinden, dass ihre Geburtenstärke den „Altenquotienten“, der die Zahl der über Fünfundsechzigjährigen und darüber ins Verhältnis setzt zur Arbeitsbevölkerung, von derzeit gut 30 Prozent bis 2030 auf 50 Prozent angewachsen sein wird. Wenn die Jungen weniger Rente zahlen und die „finanzielle Repression“ negativer Realzinsen das vorzeigbare Vermögen schmelzen lässt, könnte es für die nächste Toskana-Reise eng werden. Melancholie auf hohem Niveau eben.

Der Autor ist Jahrgang 1953 und hat damit die Babyboomer knapp verfehlt.

May 4, 2013

78,27

Corruption in Southern Europe

Small-Town Mayor's Millions as Exhibit A on Graft in Spain

By [SUZANNE DALEY](#)

LA MUELA, Spain — In the good times, the former mayor of this small, wind-swept village of 5,000 in northern Spain was busy building: the olive oil museum, the wind museum, the museum of life. If that were not enough, there was the new bullring, the sports center with 25,000 seats and the zoo with the exotic-bird park.

The former mayor, María Victoria Pinilla, seemed to be prospering personally, as well. Three stately houses took shape on her family plot. There was an apartment in Madrid, a beach house and a vacation home in the Dominican Republic next to Julio Iglesias'.

Now, however, the fence outside the former mayor's family compound is in disrepair and half-built housing developments lie abandoned on the outskirts of the village. And last month, Ms. Pinilla, 57, became just one more in a growing throng of political officials in Spain to face corruption charges.

Investigators calculate that she and other family members accumulated about \$24 million, mostly from shady land deals during Spain's boom years. Searching her property, the police had to borrow a bill-counting machine from a local bank to help total up all the cash: \$485,000.

For decades, corruption was accepted in Southern Europe as a fact of life, a way to distribute the spoils, and few people — including, in many cases, prosecutors — gave it a second thought. But the grinding economic crisis, which stalled projects and ended the flow of cash, has helped lift the veil on corrupt officials, exposing graft, bribery, payoffs, secret favors and other misdeeds on a scale that few imagined.

At a time when Spain, Italy, Greece and Portugal are imposing deficit-cutting austerity plans on their hard-pressed citizens, these revelations of widespread political corruption are stoking bitter resentment, destabilizing governments and undermining the credibility of the political class as a whole.

Corruption did not cause the euro zone crisis. But the economic problems will persist, regional experts say, until these countries remake themselves into modern societies with efficient, competitive economies.

"It's the key challenge," said Miklos Marschall, the deputy managing director of Transparency International. "The political class has no respect in Southern Europe. The public institutions need to be rebuilt, step by step, so the government can be a credible actor."

Spain is by no means Europe's most corrupt nation — Greece and Italy are considered more so. But the sheer volume of political corruption cases here is proving deeply embarrassing.

Judges here are now investigating about 1,000 officials ranging from small-town mayors like Ms. Pinilla to former cabinet ministers. Even the country's conservative prime minister, Mariano Rajoy, [has turned up on a list](#) of his party's stalwarts who were supposedly taking payments under the table.

[Nor has the royal family been immune](#). King Juan Carlos's son-in-law and daughter have been subpoenaed in a corruption inquiry that began with the investigation of officials in the Balearic Islands.

There are so many scandals that some newspapers have taken to organizing all but the biggest developments in a quick-list format, rather than writing whole articles.

Some experts believe there is still far more to come, the result in Spain of a political structure that puts huge power in the hands of local officials. Many of them can grant procurement contracts or rezone land with little or no consultation.

“Over a lunch, they can decide that you are going to make 100 million euros,” around \$131 million, said Manuel Villoria, a professor of political science at the University of Juan Carlos in Madrid, who is writing a report on Spanish corruption for the European Union. “So, they could ask for what they wanted. It often wasn’t for them. It was an apartment for a daughter or for a sister’s children.”

No political party seems immune. Last month, an investigating judge jailed seven people, including one member of the Spanish Socialist Workers’ Party, in a scandal involving the use of regional development funds to pay fake early retirement pensions to up to 100 individuals. But many of the cases are more like La Muela’s, where local officials enriched themselves while planning vast developments. Some of this money was funneled into their political parties, experts say.

Unlike in Greece, corruption is not a way of life in Spain. Most Spaniards go about their daily business without ever paying a bribe. But experts say that the concentration of power in the hands of regional and municipal officials and their ties to the local savings banks created ideal conditions for corruption in the construction boom years.

The danger is not over, they say. New sectors of commerce may soon take its place. For instance, Mr. Villoria writes in his draft paper, the health care system, now undergoing privatization, could easily take the place of construction in future scandals unless changes are made.

Already there is talk of overhauling the country’s party financing and transparency laws, increasing sentences for corruption and strengthening the independence of auditors. At the same time, many experts say more needs to be done to bolster an underfinanced judicial system, which allows many corruption cases to go unresolved for years.

One case in the Valencia region, involving allegations that a provincial governor, Carlos Fabra, tried to sell government approval of pesticides, was under investigation for nine years. The case passed through more than a half-dozen judges, as each was promoted or moved on. Such cases are not considered good for one’s career.

Few politicians under investigation resign or even step aside temporarily. Spanish columnists have had a field day recently noting that in Germany [a politician resigned merely for plagiarism](#).

While he stayed in office, Mr. Fabra, who now faces trial, was the driving force behind a project that has become [a symbol of wasteful spending](#) — the \$183 million airport in Castellón that has never managed to attract a single flight since it was inaugurated in 2011. A statue there, meant to honor Mr. Fabra, cost taxpayers about \$500,000.

Justice has not moved swiftly in the La Muela case either. The town’s current mayor, María Soledad Aured de Torres, remembers the day in 2009 when 200 police officers surrounded Ms. Pinilla’s compound and her City Hall office, shutting down village business for hours.

But soon enough, Ms. Pinilla was back at work serving out her term as mayor over the next two years. The investigating judge in the case, Alfredo Lajusticia, wrapped up the investigation only last month, concluding that Ms. Pinilla should be tried over embezzlement of public funds, tax evasion and money laundering, among other charges. More than 40 people are likely to face charges in the case, including family members, civil servants, property developers and contractors.

La Muela feels a bit like a ghost town these days. In the surrounding fields, fading billboards announce developments that were never built. An unfinished hotel looms grimly over one end of the village center, the nearly empty zoo bookends the other.

Ms. Pinilla, who served as mayor for 25 years, has maintained her innocence throughout. Outside her home recently, her son, Víctor Embarba Pinilla, who is also likely to face trial over money laundering, use of privileged information and tax evasion, said his mother had been told by her lawyers not to speak to reporters. But he said she had done nothing wrong.

He also said that reports of his family's wealth were greatly exaggerated, but Mr. Lajusticia's 70-page report painted a damning picture. He has impounded 127 properties from the various defendants in the case, including about 80 that belong to the mayor's former husband. Her cousin is next on the list with about 25.

The current mayor said that Ms. Pinilla and her family made a lot of their money buying land in the village, then reselling it after she had rezoned it for development. She noted the numerous bronze statues of horses, lions and bulls scattered about the village, all purchased from one of the businesses of Ms. Pinilla's son.

Some residents say they were stunned to hear the extent of the former mayor's family fortune. But some shrugged it off.

"Yes, it's incredible what happened here," said Alfonso Guirao, 42, who bought his home in La Muela in 2006 and now owns a bar here. "But it's all incredible. Look at what is going on all over Spain."

Rachel Chandler contributed reporting.

Kommentar

Niedrigzins-Diktat

05.05.2013 · Warum soll ein normaler Mensch heute sein Geld zur Bank bringen? Der Zins wird gefressen von der Inflation.

Von [Winand von Petersdorff](#)

78,30

Die Europäische Zentralbank fährt mit ihrer rigorosen Niedrigzinspolitik seit langem ein Programm, das die Sparer bestraft. Die jüngste [Leitzinssenkung auf jetzt 0,5 Prozent](#) verschärft die Sanktionen sogar noch. So tief stand der Leitzins nie seit Einführung der Gemeinschaftswährung 1999.

Was aus Niedrigstzinsen folgt, ist eine Form der Sparer-Enteignung. Die deutsche Versicherungswirtschaft meldet, dass im vergangenen Jahr die Kunden der Lebensversicherer zinsbedingte Mindereinnahmen von vier Milliarden Euro erlitten haben. Und Kapital-Lebensversicherungen sind nur eine von mehreren als sicher angesehenen Anlageklassen. Die **entgangenen Erträge aus anderen Sparformen dürften noch viel höher sein.**

Mit dem Niedrigzinsdiktat der Europäischen Zentralbank verschwindet der Anreiz zum Sparen. Warum soll ein normaler Mensch heute noch sein Geld zur Bank bringen? Der kümmerliche Zinsertrag wird gefressen von Inflation und Transaktionskosten. Das durchschnittliche Zinsniveau beim Tagesgeld beträgt derzeit 0,73 Prozent bei einer Preissteigerungsrate von 1,2 Prozent. Die [finanzielle Repression](#) ist längst zum Alltagsphänomen geworden.

Niedrigzinsphasen sind Gift für Banken

Dazu kommen neue Unsicherheiten, was die Stabilität von Geldinstituten selbst angeht. Niedrigzinsphasen sind Gift für Banken. Das hat man aus zahllosen historischen Beispielen gelernt. Seit Zypern weiß man auch, dass die Sparer im Spiel sind, wenn es künftig kippende Banken in Europa zu stützen gilt. Im Fall der Bankinsolvenz sollen künftig deren Eigentümer, deren Anleihenbesitzer und eben auch die Sparer haften. Die EU-Kommission will das so, die Bundesregierung ist ganz offensichtlich damit einverstanden.

Die Sparer reagieren: Sie schichten ihr Geld um in Sparformen, die ihnen erlauben, das Geld sofort flüssig zu machen. Die Bundesbank spricht von einem „Trend zu liquideren Anlageformen“. Sparbriefe dagegen werden aufgelöst. Die Leute halten ihr Pulver trocken, damit sie es schnell abziehen können, sobald neue Banken Krisen drohen.

Ein neues Phänomen: das Angst-Konsumieren

Gleichzeitig gibt es ein neues Phänomen: das Angst-Konsumieren. Der Konsumklima-Index der Nürnberger Konsumforscher GfK ist im Mai so hoch wie seit fünf Jahren nicht mehr. Die Leute gehen einkaufen, statt das Geld für kümmerliche Zinsen zu fragilen Banken zu tragen. Klingt auch irgendwie nachvollziehbar. Aber ist das Geld damit gut ausgegeben?

Nein. **Die europäische Rettungspolitik entmutigt die Sparer, die eigentlich beflügelt werden müssten, Geld fürs Alter zurückzulegen. Deutschland teilt mit den meisten EU-Ländern das Los, dass die Gesellschaft altert. Die Notwendigkeit privater Vorsorge ist deshalb ungebrochen. Das gilt vor allem für die jungen und mittleren Generationen, die sich weniger auf die gesetzliche Rente verlassen können als die Älteren.**

Niedrigzinspolitik animiert Wirtschaftsakteure nicht nur, das Sparen zu unterlassen, sondern auch zum Schulden machen. Denn Kredite sind zumindest in Deutschland wahnsinnig billig geworden. Erfahrungen

lehren, dass in Phasen des billigen Geldes auch in den größten Unsinn investiert wird. Die zyprischen Banken etwa hatten vor dem Crash ein vergleichsweise günstiges Zinsniveau genutzt, um sich mit griechischen Staatsanleihen vollzusaugen. Das ist dann nicht so gut gelaufen für alle Beteiligten.

Man muss ja nicht viel von den ganzen Finanzkrisen der letzten Jahre verstanden haben, um doch wenigstens eine Ursache klar identifizieren zu können: zu viele Schulden bei Unternehmen einschließlich Banken, bei Privatleuten und bei den Staaten. Eine Geldpolitik, die eine solche Verschuldungslage begünstigt, ist ziemlich schwer zu schlucken.

„Ende des Austeritäts-Dogma“

05.05.2013 · Frankreich soll zwei Jahre mehr zum Sparen bekommen. Frankreichs Finanzminister Pierre Moscovici triumphiert: „Wir erleben das Ende einer finanzpolitischen Orthodoxie.“



© REUTERS

Pierre Moscovici

Die Ankündigung der EU-Kommission, Frankreich mehr Zeit zur Haushaltssanierung zu geben, bedeutet nach Ansicht des französischen Finanzministers Pierre Moscovici das Ende des „Austeritäts-Dogma“ in der EU.

„Dies ist entscheidend, dies ist eine Wende in der Geschichte des europäischen Projekts seit der Einführung des Euro“, sagte der Sozialist am Sonntag, zwei Tage vor seinem Treffen mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble. „Wir erleben das Ende einer bestimmten Form der finanzpolitischen Orthodoxie und das Ende des Dogmas der Austerität“, sagte er dem Radiosender Europa 1.

Deutsche Koalition: Keine Nachsicht zeigen

EU-Wirtschaftskommissar Olli Rehn hatte am Freitag angedeutet, dass die französische Regierung zwei Jahre mehr Zeit bekommen könnte, um die im EU-Stabilitätspakt erlaubte Obergrenze eines Haushaltsdefizits von drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) wieder zu erreichen. Schäuble hatte Verständnis für die Verschiebung gezeigt. In der schwarz-gelben Koalition wurde aber am Wochenende gefordert, angesichts fehlender Strukturreformen in Frankreich keine Nachsicht mit sozialistischen Regierung zu zeigen.

Frankreichs Präsident Francois Hollande steht innenpolitisch enorm unter Druck, weil die Arbeitslosigkeit und die Gesamtverschuldung des Landes auf neue Rekordwerte gestiegen sind. In Meinungsumfragen ist seine Popularität so niedrig wie bei keinem Vorgänger nach einem Jahr Amtszeit.

Druck bekommt Hollande nicht nur vom linken Flügel seiner Partei, sondern auch von den radikalen Linken. Diese wollten unter Führung des Viertplatzierten bei der Präsidentenwahl 2012, Jean-Luc Melenchon, am Sonntagabend rund 100.000 Menschen zu einer Protestkundgebung in Paris auf die Straße bringen.

Un étudiant coûte en moyenne 11.630 euros par an à l'État

- Par Quentin Blanc
- Publié le 03/05/2013 à 18:10

78,33

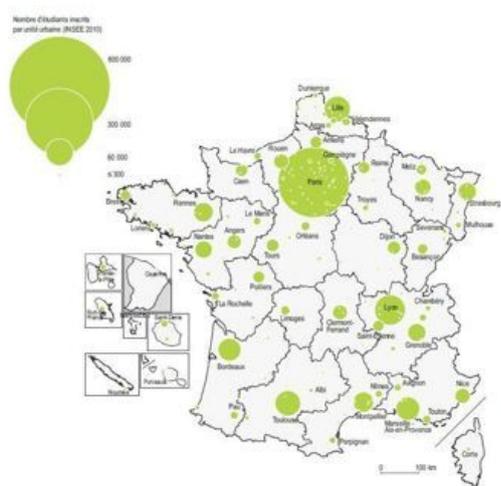
Les élèves des classes prépas sont ceux qui coûtent le plus cher. Plus d'un jeune sur deux accède à l'Enseignement supérieur, et 650.000 d'entre eux bénéficient d'une bourse.

Tout, vous saurez tout sur [les universités](#). Le coût des étudiants pour la collectivité, leur origine sociale, le nombre de professeurs ou même le nombre de jeunes souffrant de dépression, le copieux rapport sur «L'état de l'Enseignement supérieur et de la Recherche en France» publié cette semaine par le gouvernement dresse un portrait relativement complet de la France académique. Un secteur qui pèse tout de même 28 milliards d'euros en 2011. 2.347.800 étudiants étaient inscrits dans l'enseignement supérieur cette année-là, un nombre qui «[n'a jamais été aussi important](#)», alors que les jeunes en âge d'étudier sont moins nombreux qu'il y a quelques années.

À 11.630 euros, la dépense annuelle moyenne par étudiant [baisse légèrement par rapport à l'an passé](#), l'hexagone se classant dans la moyenne des pays de l'OCDE. La France reste néanmoins loin des États-Unis, champions en la matière avec plus de 22.000 euros dépensés par étudiant. Une générosité qui trouve peut-être son explication dans l'origine des fonds. Alors que l'argent public représente plus de 80 % des financements en France ou en Allemagne, les pays anglo-saxons n'hésitent pas à recourir massivement à l'argent privé: près de 55 % du total en Australie, 61 % aux États-Unis et 70 % au Royaume-Uni.

650.000 bourses au total, dont... 273 bourses au mérite

Toutes les formations ne coûtent pas la même chose à l'État. De 10.770 euros en moyenne par an pour un étudiant d'université publique, il grimpe à 15.080 euros pour un élève de classe préparatoire aux grandes écoles. La différence s'explique «en grande partie par le taux d'encadrement pédagogique», éclaire le document, c'est à dire le nombre de professeurs. Ces vingt dernières années ont aussi été marquées par la croissance du secteur privé. Le nombre d'étudiant inscrits dans ces établissements a pratiquement doublé depuis le début des années 90, et représente aujourd'hui 18 % des effectifs totaux.



Répartition des étudiants inscrits dans l'Enseignement supérieur en France en 2011-2012. Source: MESR

Plus d'un jeune sur deux (55 %) accède à l'enseignement supérieur, indique le document, «que ce soit immédiatement après leur baccalauréat ou un an après». Cependant, [tous ne bouclent pas leur cursus](#). Environ «19 % des bacheliers entrés dans le supérieur en sortent sans diplôme», soit environ 69 000 jeunes par an. Ils sont encadrés par 97.900 enseignants au total, plus de la moitié d'entre eux étant des enseignants-chercheurs.

650 000 étudiants ont bénéficié d'[une bourse](#), ce qui représente un montant de 5,9 milliards d'euros. C'est en STS qu'ils sont le plus nombreux (46 %), devant l'université (35 %). Avec 27 % de boursiers, [les classes préparas](#) ferment la marche mais continuent progressivement à s'ouvrir. Le chiffre était de 20 % il y a encore 5 ans. À noter que les bourses en France sont presque toutes attribuées sur critères sociaux. Sur l'ensemble des bourses accordées, seules 273 l'ont été au mérite en 2011-2012.

La souffrance des élèves des classes préparas

Ces aides sociales étudiantes ne représentent que 7,4 % des dépenses publiques dans l'Enseignement supérieur, contre 20 % en moyenne dans les pays développés, l'Australie et l'Angleterre dépassant même les 30 % grâce à leurs systèmes de prêts. Même en prenant en compte les aides au logement et [les réductions fiscales](#), non incluses dans le calcul, la France reste à la traîne dans ce domaine.

Enfin, le rapport reprend quelques éléments d'une enquête réalisée en 2010 sur les conditions de vie des étudiants. Les résultats sont alarmants. Plus d'un jeune sur trois serait déprimé, et près d'un sur quatre souffre d'isolement. Et si ils auraient sans doute préféré ne pas arriver en tête de ce classement là, ce sont bien les élèves [des classes préparas](#) qui souffrent le plus psychologiquement. 88 % d'entre eux ressentent de la fatigue, 61 % de la nervosité, et 45 % tombent dans la déprime...

Slovenia Falls From Economic Grace, Struggling to Avert a Bailout

By [DAN BILEFSKY](#)

LJUBLJANA, SLOVENIA — Only a few years ago, Bine Kordez was feted as Slovenia's star entrepreneur. After transforming a home-improvement chain, Merkur, into a regional giant, he drew on easy credit from state-run banks to help orchestrate a €400 million management buyout of the company, the largest in the country's history.

The rewards of success included an imposing mountainside retreat and frequent mention of his name as a possible future finance minister of this small, idyllic Alpine country.

Now, though, Mr. Kordez stands convicted of forgery and abuse of office for financial dealings as Merkur struggled under a mountain of debt.

"My mistake and the mistake of the banks was to vastly underestimate the risk," Mr. Kordez, 56, said in a recent interview at his home near the picturesque town of Bled, with a view of Slovenia's highest peak. He awaits a decision later this month on an appeal of his conviction, which could send him to prison for five years.

As fears grow that Slovenia could follow Cyprus and become the sixth euro zone country to seek a bailout, his rise and fall have come to symbolize the way easy and cheap credit, combined with Balkan-style crony capitalism and corporate mismanagement, fueled a banking crisis that has unhinged a country previously praised as a regional model of peaceful prosperity.

The recent bailout of Cyprus at a cost of €10 billion, or \$13 billion, which included stringent conditions forcing losses on bank depositors, has focused minds in Ljubljana, the Slovenian capital. Slovenia's struggling banking sector is saddled with about €6.8 billion worth of nonperforming loans, about one-fifth of the national economy. Slovenia is now in recession, and the gloom across the euro zone shows little sign of abating. A European Commission [forecast released Friday](#) said that France, Spain, Italy and the Netherlands — four of the five largest euro zone economies — will be in recession through 2013.

Last Thursday, Slovenia bought time by borrowing \$3.5 billion on international markets. That was two days after Moody's Investors Service cut the country's credit rating to junk status, citing the banking turmoil and a deteriorating national balance sheet. Analysts said the bond sale would probably enable the government of the new prime minister, Alenka Bratusek, to stay afloat at least through the end of the year.

The Cypriot debacle has shown how bailing out even a small country can damage the credibility of the euro currency union. But Slovenia, with two million people, insists that it is not Cyprus and will not seek emergency aid.

"For the time being, I have a sound sleep," Ms. Bratusek, the 42-year-old prime minister, said in a recent interview.

This week, on Thursday, Ms. Bratusek, only a little more than a month in office, is expected to present a financial turnaround plan to the European Commission, the executive arm of the [European Union](#). She said that privatizing Slovenia's largely state-owned banking sector was a priority, along with creating a "bad bank" to take over nonperforming loans.

Her government, she said, will also unveil plans by July to sell the country's second-largest bank, Nova Kreditna Banka Maribor, along with two large state companies that she declined to specify. The sales could raise up to €2 billion, she said.

Ms. Bratusek, who once headed the state budget office at the Finance Ministry, said Slovenia's government debt, which analysts say rose from about 54 percent of gross domestic product to around 64 percent with last week's bond sale, still ranked at the lower end of that scale in the euro area.

But the 6 percent interest rate Slovenia offered on the 10-year bonds in last week's debt sale, at a time when some euro zone countries are enjoying historically low borrowing costs — Germany's equivalent bond is trading below 1.2 percent — might only add to the country's financial problems.

Mujtaba Rahman, director of Europe at Eurasia Group, a political risk consulting firm, said the new financing could backfire if it lulled the government into laxity about making vital structural changes.

“The new financing was not a vote of confidence in the Slovenian government or in the economy, but rather reflects investors attracted by high bond yields,” Mr. Rahman said. “A bailout could still prove inevitable.”

What went wrong in Slovenia? The country, wedged between Italy, Austria, Hungary and Croatia, was considered the most promising among the 10 new European Union entrants when it joined in 2004. That was 13 years after it declared independence from Yugoslavia, avoiding a bloody Balkan war that had swept up other countries in the region.

When Slovenia was admitted to the euro club in 2007, the single currency helped fuel easy credit and a construction boom. It was the same sort of heady access to cheap money that led to economic disasters in Ireland and Spain. But economists say the Slovenian variety of euro-euphoria hangover can be traced to a failed transition from communism to a fully functional market economy.

After gaining independence in 1991, Slovenia — conditioned by centuries of foreign subjugation — was determined to retain local control of its prized assets. It embarked on a spree of management buyouts of partially state-owned companies, overseen by executives who in many cases were uncomfortably close to people running the government and the state banks.

“After the transition in Slovenia, the state retained a stranglehold over the economy,” Mr. Rahman said, “and the country today is suffering the consequences.”

Bine Kordez at Merkur was not the only head of big Slovenian company whose involvement in a bank-aided management buyout ended badly, or whose access to easy credit backfired. Two of Slovenia's biggest construction companies, Vegrad and SCT, are now in bankruptcy proceedings. Istrabenz Holding, a sprawling food, tourism and energy conglomerate that once owned a vast swath of Slovenia's economy, is undergoing a court-mandated debt restructuring.

Igor Bavcar, Istrabenz's former chief executive, was charged with money laundering, and Bosko Srot, former chief of the big brewing company Pivovarna Lasko, with abuse of authority, in connection with a 2007 deal. Prosecutors say Mr. Bavcar attempted to buy a stake in Istrabenz from Lasko through a series of shady intermediaries. Both deny any wrongdoing.

A big provider of buyout loans was Slovenia's largest state-owned financial institution, Nova Ljubljanska Banka, or N.L.B. The government installed new management late last year, as the bank's lending portfolio turned increasingly sour.

Janko Medja, N.L.B.'s new chief executive, said that the rush to privatize Slovenian state-controlled companies, combined with the money coursing through Europe before the 2008 financial collapse, had prompted banks like N.L.B. to practically give money away “for free.”

In the case of Merkur, which Mr. Kordez joined as finance director in 1988, the advent of the euro sent the home-improvement company's profit soaring, as newly prosperous Slovenians rushed to renovate their apartments and houses. By 2008, the once modest group of neighborhood hardware stores had €1.3 billion in annual revenue, and the number of employees had more than doubled to 5,000.

Mr. Kordez decided to consolidate his grip. He recounted recently how he convinced a group of 10 banks, including 4 foreign ones and N.L.B., to lend him more than €350 million.

“I had no real collateral for a deal of that size,” he said. “Just my house , a few hundred thousand euros, a smart business plan and my reputation.”

So he offered as collateral the assets of Merkur, a company he did not yet own.

The trouble intensified in 2009 when, with the global economic downdraft in full force, Slovenia’s construction bubble burst. As home improvement projects fell idle, Merkur sales dropped by about 20 percent.

Mr. Kordez described taking out fresh loans to repay the outstanding ones, even as Merkur paid dividends to Mr. Kordez’s investment vehicle, Merfin, which he then used to help pay off spiraling debts.

“In some countries this could be called a [Ponzi scheme](#),” said Primoz Cirman, a leading economic writer for Dnevnik, a Slovenian newspaper. “But here it was called financial engineering.”

By 2010, the banks had lost patience and Mr. Kordez was pushed out. An audit later revealed that the buyout had destroyed €200 million of Merkur’s value. The company is now majority owned by the banks and undergoing a court-mandated debt restructuring.

In 2011, prosecutors accused Mr. Kordez of embezzling €9 million from Merkur in 2008 through a byzantine deal in which his investment firm, Merfin, bought a shopping center with an improper €10 million loan from Merkur. A few days later, Merfin sold the property to a construction company for €21 million, an artificially high price.

Merfin, prosecutors said, then used the profits to help pay back its soaring loan costs.

Last September Mr. Kordez was found guilty of forgery and abuse of office. He said he was trying to save the company and had not broken any laws. Prosecutors counter that he abused his position to save himself from financial ruin.

As he awaits a ruling on his appeal, Mr. Kordez has been riding his mountain bike throughout the country, and he says he refuses even to contemplate a possible prison term that he compares to a diagnosis of cancer. He would leave behind his wife, and an adult daughter and son.

The country’s financial disease, he said, is hardly his fault.

“Someone needed to be blamed for this mess,” he said, “And I have become the sacrificial lamb.”

A Billionaire Who Breaks the Mold

By [KEVIN J. O'BRIEN](#)



PARIS — Xavier Niel is not what you would expect in a billionaire.

Mr. Niel, the French Internet entrepreneur, is a slightly disheveled 45-year-old fond of jeans and open-collared shirts. He is a high school graduate from a working-class Paris suburb who rails bluntly against the country's established classes and a business elite culled from a handful of *grande écoles* — elite educational institutions.

But over the past two decades, Mr. Niel has amassed a net worth estimated by Forbes in March at \$6.6 billion, emerging as France's most influential technology entrepreneur, an opportunistic, controversial visionary whose low-cost Internet service provider and mobile network have made the Internet affordable for millions of French consumers.

To many struggling in France's stagnant economy, Mr. Niel is a hero. But to a French business establishment grappling with the competitive disruptions of the Internet — not to mention the same stagnant economy — he is an unwelcome threat, a destroyer of profit margins.

"He represents the Internet world and the Internet economy, something that is not really appreciated in France," said Cedric Manara, a law professor at Edhec, a business school in Paris. "He is not one of them. He represents what scares them — the big battlefield between the old and new economy."

Mr. Niel says his goal is no less than to instill a Web-based entrepreneurial culture in France.

"If people like us don't start to change things in France, nothing is ever going to change," Mr. Niel said. "Today France is the fifth-largest economy in the world. But if we don't change things, we will be the 25th biggest in just 10 years."

The role of new economy evangelist did not come naturally to Mr. Niel, who grew up as an introvert in a middle-class home southeast of Paris, not far from where the Marne and Seine rivers meet. His father worked as a patent consultant for a French pharmaceutical maker. His mother was a bookkeeper. Mr. Niel said he was coaxed out of his shell by his younger sister, Véronique.

When he was 13, his father bought him his first computer, a Sinclair ZX81, which had no monitor and 1 kilobyte of memory. The gift would change his life.

"It was the only thing in the world where I could ask it to do something, and it would do it," he said.

Mr. Niel's audience has grown since.

In 1993, when he was 25, Mr. Niel created France's first Internet service provider, WorldNet, which he sold seven years later, just before the dotcom bubble burst, for more than \$50 million. In 2002, his second Internet

service business, Free, sold the world's first triple-play package of phone, television and Internet. The Freebox service cost just €29.99 a month, or about \$40 at current exchange rates, about a third less than the going rate. The triple-play would not arrive in the United States until three years later.

Free has since added a Blu-ray disc player, a digital recorder and unlimited domestic mobile calls to the Freebox package, but it still has not raised the basic price. The company is France's second largest Internet service provider, behind Orange, owned by the former telephone monopoly, France Télécom.

But the ISP business was only a warm-up. In January 2012, he created Free Mobile, which became France's fourth cellphone network operator. In another break with convention, Free sold a no-strings-attached SIM card service with unlimited calls, text and Internet for €19.99 a month, less than half what the other three — Orange, SFR and Bouygues Télécom — had been charging.

This came after the three bigger operators had tried unsuccessfully to persuade the European Commission to block Free's mobile license. Since its inception, Free Mobile is estimated to have cost the top three operators millions in profit, as all created new, lower-cost plans to compete.

That does not bother Mr. Niel too much. In December, the French competition regulator, Autorité de la concurrence, fined Orange and SFR, which together have about three-quarters of France's mobile users, €183 million for abusing their size by offering free on-network calls to their own customers since 2005.

The operators are appealing the ruling. But for Mr. Niel, who spoke during a wide-ranging interview on the top floor of his headquarters in central Paris, the case was another example of the cartel-like relationship among industry leaders that pervades the French economy and in which profit trumps the needs of consumers.

Free Mobile signed up 5.2 million customers during its first year of business, grabbing almost 8 percent of the French mobile market. Sales reached €844 million but the business generated a €46.1 million loss in 2012 before interest, taxes, depreciation and amortization. The new enterprise increased annual revenue at Mr. Niel's holding company, Iliad, by 49 percent to €3.2 billion last year. Iliad had a market capitalization Friday of €10 billion.

“Our goal is to bring Internet to everyone in France,” he said, speaking in a heavily accented English.

But in parts of France, Mr. Niel remains controversial. In the 1990s, his company created services like reverse phone directories, which allow users to search by phone number, for the Minitel, a forerunner to the Internet. His decision to start a sex chat service rankled the French, most of whom are Catholic.

In 2004, he was arrested on charges of aggravated procuring — the French equivalent of pimping — in connection with his part ownership of a chain of French peep shows. One of the businesses, in Strasbourg, was found to be a front for prostitution. Mr. Niel, as a shareholder in the business, was taken in by the police.

The procuring charges were dropped, but Mr. Niel was convicted of concealing the misuse of corporate funds in connection with €200,000 in income from the peep shows. He received a two-year sentence that was suspended, but not before he spent four weeks in La Santé Prison in central Paris and paid a €250,000 fine.

“I have done a lot of stupid things in my life,” Mr. Niel said, adding that he had subsequently sold his interests in the peep shows. “This was the stupidest.”

Jean-Louis Missika, the deputy mayor of Paris and a longtime friend of Mr. Niel who served on Iliad's board from 2005 to 2008, said the experience — the police had led Mr. Niel away in front of his children — had changed him profoundly.

“It made him more careful about what he was doing, but it also made him want to get involved positively to change French society,” said Mr. Missika, who is in charge of innovation, research and universities for the city. “Before, he was only interested in computers and the Internet. Now he is interested in giving something back.”

For 10 years, Mr. Niel has been investing tens of millions of euros in technology startups. Each week, his venture capital company, Kima Ventures, invests in two more. Some of the money goes to French companies like Deezer, the streaming music service, but much has also gone to U.S. start-ups, like Square, a maker of free credit card readers for the iPhone, iPad and Android devices that is based in San Francisco.

Last month, Mr. Niel announced plans to open a tuition-free Web developer academy for 1,000 students. He has received 10,000 applications from students, each of whom spent four hours filling out a test of computer logic posted on the Web.

Tellingly, the test did not ask applicants for their academic credentials. Mr. Niel said he was looking for people like himself — qualified, but unprivileged and lacking the right connections — to give them a leg up.

“We are not just trying to change business,” he said. “We are trying to change the mentality in France.”

Despite Free’s fast start, success is far from guaranteed. In July, Free will lose a financial advantage over its competitors — a preferential interconnection charge that it levies on rivals when they connect callers to customers on Free’s third generation mobile network.

When it awarded Free a mobile license, the French government let Free charge 2.4 cents for the service, three times what competitors could charge Free. In July, Free must begin charging what its rivals charge.

Another test for Free Mobile will come at the end of 2017, when France Télécom, which owns the nation’s largest landline grid, an essential low-cost transmission link for all mobile operators, will no longer be bound to connect Free’s calls across France.

By then, Free must build out its own infrastructure or negotiate a new agreement that will allow it to continue to use the Orange network. By that point, Free hopes to have 20 million customers, allowing it the best chance to negotiate an acceptable deal with Orange.

François Godard, an analyst in Naples with Enders Analysis, said he thought that Free Mobile would eventually be forced to raise prices, which could undermine its low-cost image.

Mr. Niel said Free Mobile, like his landline ISP, had no plans to raise prices.

“You know, the French mobile market, it is €23 billion to €25 billion in France,” he said. “It is a very big market. You don’t have a problem earning money in such a market. In our first year of operation, we had almost €1 billion in revenue. So it is going to work.”

As Mr. Niel’s influence and public stature grows, some are worried he may become a part of what he hates — the establishment. They point to the fact that in 2010, Mr. Niel was one of three investors who bought a controlling interest in Le Monde, the country’s flagship daily newspaper.

“I think secretly he wants to become part of the establishment,” said Mr. Godard, the Enders analyst.

Mr. Manara, the Edhec professor, said he was not so sure.

“In France, we like to burn our idols,” Mr. Manara said.

Mr. Niel said he had no desire to join the establishment. He ruled out pursuing a political career.

“I like being an outsider,” he said. “It is better in France on the outside.”

05. Mai 2013, 11:17 Uhr

Papierlose Schule

Abi am Rechner

Auf Schloss Neubeuern haben Hefte und Bücher weitgehend ausgedient. Seit Jahren setzt die bayerische Privatschule im Unterricht auf Tablet-Rechner statt auf Papier. Nun legt erstmals ein Abiturjahrgang seine Prüfungen am Computer ab.

Neubeuern - Antonia Kilger vertraut der Technik. "Da kann nichts schiefgehen", sagt die 18-Jährige. Die Gymnasiastin der zwölften Klasse an der Internatsschule Schloss Neubeuern gehört zu den ersten in Deutschland, die ihr Abitur nicht auf Papier schreiben, sondern auf Tablet-Rechnern. 28 weitere Abiturientinnen und Abiturienten der noblen Privatschule tun es ihr gleich, wenn am kommenden Freitag in Bayern die schriftlichen Abiturprüfungen beginnen.

Keine Tafel, keine Kreide, keine Hefte, keine Bücher - stattdessen futuristisch anmutende Schreibtische mit Dockingstation für den PC: Das Klassenzimmer der Zukunft ist in dem Schloss nahe Rosenheim längst Alltag. Lehrer und Schüler verzichten hier von der neunten Klasse an auf Tinte und Papier, stattdessen haben alle Schüler einen Tablet-PC. Auf dem Display schreiben sie mit einem Stift elektronisch. Die Software erkennt die Handschrift des Schülers. Arbeiten werden vom Lehrer digital eingesammelt.

Erprobt wird dieses Prinzip im Unterrichtsalltag auf Schloss Neubeuern schon seit Jahren - jetzt steht mit dem ersten papierlosen Abiturjahrgang der nächste Schritt an. Nach Angaben der Schule soll es sich deutschlandweit um die ersten Prüfungen dieser Art handeln.

Elektronisches Spicken ist unmöglich

Erst habe die Kultusbürokratie in München dem Ansinnen skeptisch bis ablehnend gegenübergestanden, erinnert sich Schulleiter Jörg Müller. "Doch dann konnten wir auch die Juristen im Kultusministerium überzeugen." Geschlossene Netzwerke sorgen dafür, dass die Abiturienten keinen Zugriff auf Daten von außerhalb haben, also nicht elektronisch spicken können. Sie bekommen für die Prüfungen neue Laptops von der Schule gestellt, auf denen nur ein einziges Programm installiert ist.

Beim ersten Abitur auf dem Tablet-PC dürfen die Schüler allerdings nur mit den Eingabestiften schreiben - die ebenfalls vorhandene Tastatur ist tabu. "Wir sind noch nicht da angekommen, wo wir hinwollen", sagt Müller. Das Problem: Mit der Tastatur schreibt es sich wesentlich schneller als mit dem Kugelschreiber, und die Zeit für die Abi-Klausuren ist vom Gesetzgeber vorgeschrieben. Müllers Vorschlag, wie sich das Dilemma lösen ließe: "Wie wäre es, wenn wir statt fünf Stunden Zeit für das Deutsch-Abitur nur viereinhalb Stunden bekämen?" Der Schulleiter ist sich sicher, dass seine Schützlinge das akzeptieren würden.

Vorerst bedeutet das Tastaturverbot, dass 65 Prozent der Schüler ihre Deutsch-Abiturprüfung - und nur diese - doch noch auf Papier schreiben. Ohnedies werden alle Prüfungsaufgaben nach der elektronischen Abgabe ausgedruckt und mit Tinte korrigiert sowie mehrere Jahre archiviert. Auch das will Müller aber noch abschaffen.

"Es war aufregend und lief holprig an"

Antonia Kilger lernt bereits seit vier Jahren nur noch mit ihrem Tablet-PC. "Anfangs fand ich es cool, doch dann kamen Zweifel auf", erinnert sich die zierliche junge Frau, die später BWL oder Jura studieren will. "Nach einem Jahr waren aber alle Bedenken verflogen."

Auch Mitschüler Christopher Hardy war in den ersten Wochen mit dem Tablet-PC verunsichert. "Es war aufregend und lief holprig an", sagt der 18-Jährige. "Aber wenn Neubeuern etwas macht, dann ganz." Alle Vorbehalte seien nach kurzer Zeit ausgeräumt gewesen.

Englischlehrer Sebastian Görlitz ist dann auch zuversichtlich, dass bei den ersten digitalen Abiturprüfungen alles gut geht. "Die Schüler haben die allerwenigsten Probleme damit", sagt der 31-Jährige. Manche der älteren Lehrer taten sich schwerer mit der Umstellung. "Aber wir jüngeren akzeptieren das."

Das Kultusministerium beobachtet die Premiere genau. "Wir sammeln erstmals Erfahrungen, wie das Abitur vor dem Hintergrund der Gleichbehandlung aller Schüler auch auf PC geschrieben werden kann", sagt Ministeriumssprecher Ludwig Unger.

Das Alleinstellungsmerkmal als erste papierlose Schule Deutschlands kommt anscheinend gut an. Auf dem Schlossberg von Neubeuern entsteht gerade ein Erweiterungsbau mit 35 neuen Internatsplätzen. 180 Heim- und 50 Tagesschüler sollen dann in dem Schloss mit den pittoresken Türmchen Platz haben. Wer sein Kind nach Neubeuern schicken will, muss allerdings ein gut gefülltes Girokonto haben: Allein die Internatsgebühr beträgt 2840 Euro im Monat, Kautions- und Aufnahmegebühr kommen hinzu.

Paul Winterer, dpa

Interview mit Hans-Werner Sinn

"Deutschland kann auch ohne den Euro existieren"

Top-Ökonom Hans-Werner Sinn hält die meisten politischen Entscheidungen in der Euro-Krise für falsch. Er sagt: Griechenland wäre lange über den Berg – wenn es im Frühjahr 2010 pleitegegangen wäre.

6. Mai 2013 Von [Andrea Seibel](#)

78,43



Foto: M. Lengemann Professor Hans-Werner Sinn: Die Krisenpolitik in der Euro-Zone gefällt ihm nicht

Hans-Werner Sinn ist, davon spricht er auch im Interview, gerade unterwegs in Amerika. Da kommt man auf neue Gedanken, sieht Europa und die [Euro-Krise](#) mit anderen Augen. Sinn macht sich Sorgen um das Ansehen der Deutschen bei ihren Nachbarn. Ökonomen, das merkt man diesem per Mail geführten transatlantischen Gespräch an, sind eben auch nur Menschen.

Die Welt: Ökonomen denken systemisch, ja puristisch. Die Politik muss beraten und Kompromisse finden in der widersprüchlichen Realität. Können Ökonomen Politiker verstehen oder muss es da nicht per Se zum Vorwurf kommen, der Politiker denke oberflächlich und nur an seine Wiederwahl?

Hans-Werner Sinn: Dass ein Politiker an die Wiederwahl denkt, ist nicht grundsätzlich falsch. Das Problem ist nur, dass die häufigen Wahlen in Deutschland kurzfristigen Populismus zu stark belohnen und die Politik zu taktischen Manövern veranlassen. Der Effekt wird durch die wöchentlichen Meinungsumfragen noch verstärkt. Längere Wahlperioden wären besser. Auch, Eltern für ihre Kinder ein Wahlrecht zu geben, damit die langfristigen Konsequenzen der Politik bei den Abstimmungen mehr Gewicht erhalten. Zugleich kann ich mir bei konkreten Einzelfragen direkte Volksabstimmungen vorstellen wie in der Schweiz. Die inhaltsleeren Personality Shows, die wir bei Wahlen veranstalten, sind kontraproduktiv.

Die Welt: Wir segeln weiter durch die Euro-Krise. Was ist der Euro anderes als eine ganz normale Währung? Und gehören Sie zu jenen, die glauben, man könne sich aus ihm verabschieden?

Sinn: Natürlich kann Deutschland auch ohne den Euro existieren. Die Horrorszenarien, die für einen Austritt gemalt werden, sind allesamt übertrieben. Insbesondere stimmt es nicht, dass die Exportindustrie dann kaputt ginge. Ein bisschen Aufwertung täte Deutschland gut, weil der Vorteil der Verbilligung der Importe den Nachteil eines schlechteren Exportgeschäfts mehr als aufwiegen würde. Stärkere Aufwertungen könnte die Bundesbank jederzeit verhindern, indem sie ausländische Wertpapiere gegen eigene Währung erwirbt, ähnlich wie die Schweizer Notenbank es tat. Diese Wertpapiere träten dann an die Stelle ihrer ziemlich wertlosen Target-Forderungen im heutigen System. So gesehen gäbe es technisch gesehen allerlei Vorteile. Allerdings sollte Deutschland den Euro aus politischen Gründen nicht verlassen, weil der Euro ein zentrales europäisches Integrationsprojekt ist, und auch, um nicht die Auslandsforderungen unserer Banken und Versicherungen, nicht zuletzt die alten Target-Forderungen der Bundesbank zu entwerten. Wenn ein Land mit dem Euro nicht zurechtkommt, weil es nicht mehr wettbewerbsfähig ist, sollte es besser selbst austreten. Deutschland sollte

aufhören, solche Länder künstlich mit immer mehr öffentlichen Krediten, die nie zurückgezahlt werden, im Euro zu halten.

Die Welt: Wie wird Europa in fünf Jahren aussehen? Liegen die begangenen Fehler wie Steine schwer auf allem?

Sinn: Die Steine, die man auf uns wirft, werden immer größer werden, je länger wir die jetzige Politik fortsetzen. Es war ein Riesenfehler, den Maastrichter Vertrag zu brechen und Griechenland mit öffentlichen Krediten von mittlerweile 160 Prozent des BIP, die nie bedient werden, im Euro zu halten. Das hat unseren und den französischen Banken geholfen, auch so manchen Reichen in Griechenland, doch für die Bevölkerung hat es nur Arbeitslosigkeit und Siechtum bedeutet. Griechenland wäre inzwischen schon lange über den Berg, wäre es im Frühjahr 2010 in Konkurs gegangen und ausgetreten. Es wäre von seiner Schuldenlast weitgehend befreit worden und hätte mit einer abgewerteten Drachme seine Wettbewerbsfähigkeit wieder erreicht. Die Jugendarbeitslosigkeit wäre ganz bestimmt nicht 60 Prozent wie heute. Was wir in Griechenland zulassen, ist eine Katastrophe für die Menschen dort und man lastet uns Deutschen die Fehler dieser Politik an, obwohl wir das meiste Geld geben. Wir werden durch eine solche Politik ärmer und ziehen zugleich immer mehr Hakenkreuzfahnen auf uns. Sollten sich die Schwierigkeiten der großen Länder vergrößern, könnten wir den bei Griechenland eingeschlagenen Kurs mangels Kasse ohnehin nicht durchhalten.

Die Welt: Deutschland erscheint das ungeliebte Land in Europa: zu groß, um sich in Deckung zu halten, aber auch zu schwach zur Führung. Eine Rolle, die Historiker schon immer der Mittellage zuschrieben. Hat ein Ökonom hierfür ein Sensorium?

Sinn: Ja natürlich, diese Frage treibt mich permanent um. Ich bin gerade in Washington. Die europäische Krise ist hier allgegenwärtig. Deutschland sollte seiner Verantwortung gerecht werden und nach wirklich tragfähigen Lösungen für die Euro-Zone suchen, die nur in einer flexibleren Gestaltung des Währungssystems zwischen einem Festkurssystem und einer nationalen Währung wie dem Dollar bestehen können. Mir schwebt eine offene Währungsunion vor, aus der man temporär austreten kann, wenn man nicht zurechtkommt und dabei auf Hilfen der Staatengemeinschaft für den Übergang rechnen kann. Ich bin für einen Marshall-Plan für Griechenland nach dem Austritt, den wir gegebenenfalls auch im Alleingang stemmen. Das ist besser und billiger, als alles Geld durch kollektive Rettungsinstitutionen wie die EZB verteilen zu lassen, bei denen wir kaum etwas zu sagen haben, am meisten zahlen und dann dennoch den Schwarzen Peter bekommen.

Die Welt: Wenn Sie Deutschland 1989 und heute vergleichen: Was hat sich Ihrer Meinung nach am meisten geändert?

Sinn: Die finanzielle Solidität unseres Landes ist verloren gegangen. Die versteckten Staatsschulden und Risiken sind durch die deutsche Vereinigung und eine fehlerhafte Euro-Politik gewaltig gewachsen, und zugleich nähert sich der Zeitpunkt, zu dem unsere Babyboomer, die jetzt Ende Vierzig sind, in die Rente wollen, ohne dabei auf die Unterstützung der nachfolgenden Generation rechnen zu können, die ja nur dünn besetzt ist. Ich erkenne an, dass die Politik mit der Schuldengrenze im Grundgesetz dagegen anzuhalten versucht hat, auch dass die Situation in anderen Ländern noch viel schlimmer ist. Doch sehe ich viel zu viel kreative Buchhaltung beim deutschen Staat und in der europäischen Währungsunion. Dadurch werden die Lasten, die unsere Kinder zu tragen haben, verschleiert.

Die Welt: Wir bewegen uns auf die Vollbeschäftigung zu, werden in Europa ob unserer Flexibilität und unseres Arbeitsmarktes bewundert und beneidet. Aber hierzulande reduziert sich politischer Elan in erster Linie auf Krisengeraune und Steuererhöhung, um, wie die Grünen offen sagen, den "Umbau" der Gesellschaft voranzutreiben. Hat diese Geisteshaltung in den letzten Jahren zugenommen?

Sinn: Deutschland ist um drei Millionen Stellen von der Vollbeschäftigung entfernt. Die Arbeitslosigkeit ist heute mehr als sechs Mal so groß als zur Zeit, da ich studierte. Insofern erlauben Sie mir bitte, Zweifel an Ihrer Aussage zu äußern. Dennoch ist es richtig, dass der Arbeitsmarkt wesentlich besser läuft als fast überall sonst in Europa. Wir haben Jobs, verlieren durch die Euro-Politik aber immer mehr von unserem Vermögen, ohne es zu merken. Die Euro-Krise ist kein Krisengeraune, wie Sie sagen, sondern eine bittere Lebenserfahrung in den

südeuropäischen Ländern, die auf uns zurückschlagen wird. Wir müssen nicht die deutsche Gesellschaft umbauen, sondern das europäische Haus.

Die Welt: Fehlt der Politik mittlerweile der ökonomische Sachverstand? Sie wird dominiert von Juristen.

Sinn: Ich möchte niemandem zu nahe treten. Nur, wenn ich sehe, welcher geballte ökonomische Sachverstand in den USA in der Politik vertreten ist, dann erkenne ich schon gewaltige Defizite. Dies wird Deutschland teuer bezahlen müssen.

Die Welt: Sie sind ein großer Kritiker der Energiewende. Welcher Fehler ist der gravierendste in Ihren Augen und wie wird das Ganze weitergehen?

Sinn: Die deutsche Vorstellung, wir würden den Weltverbrauch an fossilen Brennstoffen verringern und so den Klimawandel verlangsamen, indem wir auf Ersatztechnologien umsteigen, ist naiv. Die Mengen, die wir nicht verbrauchen, werden dann halt zu niedrigeren Preisen anderswohin geliefert und dort verbraucht. Wir kasteien uns, indem wir den Strompreis gegenüber Frankreich verdoppeln und gegenüber den USA vervierfachen, und doch hilft es dem Klima nicht. Die Windmühlen in Norddeutschland sind Sakralbauten zur Befriedigung grüner Glaubensbekenntnisse, doch nicht das Ergebnis einer rationalen Energiepolitik für die Bevölkerung und die Wirtschaft. Die Deindustrialisierung, die wir gerade im Bereich der Energiewirtschaft betreiben, indem wir funktionierende Kraftwerke verschrotten, gehört zu den Sünden, die wir gegenüber unseren Nachkommen begehen.

Die Welt: Wir zehren noch immer von den enormen positiven Folgen, auch den psychologischen, von Hartz IV, obwohl die Politik, egal welcher Couleur, das meiste davon schlechtredet. Könnten Sie sich einen neuen Wurf vorstellen, der beispielsweise die Bildungspolitik innoviert?

Sinn: Deutschland hinkt in den Pisa-Tests noch immer hinterher, weil wir Begabungsreserven nicht heben. Unser Schulsystem ist zwischen den Wegen nicht durchlässig genug und trennt die Schüler viel zu früh in verschiedene Zweige. Die Schüler verbringen zudem zu wenig Zeit in der Schule, und die Lehrer sind zu schlecht bezahlt. Wir tun zu wenig, um die vielen Ausländerkinder schon im Kleinkindalter in die deutsche Gesellschaft zu integrieren und lassen zu, dass sich Parallelgesellschaften entwickeln. Es bedarf einer Bildungsoffensive, um die Begabungsreserven in der Bevölkerung insbesondere auch bei den Kindern der Migranten zu heben.

Die Welt: Wo besteht Ihrer Meinung nach größter Reformbedarf?

Sinn: Deutschland hat, gemessen an seiner Bevölkerungsgröße, die geringste Zahl von Neugeborenen unter allen entwickelten Ländern der Erde. Das gefährdet die finanzielle Stabilität unser Sozialversicherungssysteme und die Stabilität der Gesellschaft an sich. Es bedarf einer groß angelegten Änderung der Anreizsysteme, die Eltern wieder die Anerkennung zukommen lässt, die sie verdienen und benötigen, um ihr Leben mit Kindern als Bereicherung zu empfinden. Dazu gehört eine Rückbesinnung auf traditionelle Werte, aber auch ein Ende der finanziellen Diskriminierung der Familien in unserem Renten- und Steuersystem. Es gilt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken und das Rentensystem so umzugestalten, dass die Sozialisierung der Beiträge der Kinder zulasten der Eltern, die wir heute in riesigem Umfang betreiben, zumindest abgemildert wird.

Die Welt: Wieso sehen Sie Familien in Deutschland als Diskriminierte?

Sinn: Die Familien allein sorgen dafür, dass später überhaupt Renten gezahlt werden können, denn wir haben ein Umlageverfahren. Die Beiträge, die man im Arbeitsleben in die Rentenversicherung einzahlt, fließen ja nicht in einen Topf, sondern dienen der Ernährung der Generation der eigenen Eltern. Diese Beiträge stehen nicht mehr zur Verfügung, wenn man selbst in die Rente will. Vielmehr muss man dann von der nächsten Generation, also den heutigen Kindern ernährt werden. Damit dieses System funktioniert, müssen die Menschen in ihren gesunden Jahren zwei Lasten tragen. Sie müssen Rentenbeiträge zahlen und zusätzlich müssen sie Kinder großziehen. Dieser zweiten Last haben sich zu viele Menschen entzogen. Leider ist das deutsche System heute rechtlich so gestrickt, dass es den Versicherten das Gefühl gibt, die Beiträge zur Rentenversicherung würden reichen, einen Anspruch auf Renten zu sichern. Dieser Anspruch hängt aber in der

Luft, wenn es keine Kinder gibt. Weil das so ist, sollte man die Rentenformel umbauen, um Eltern sehr viel mehr Anerkennung für ihre Erziehungsleistung zu zollen, als es heute der Fall ist.

Die Welt: Frauen drängen auf den Arbeitsmarkt und wollen sich nicht länger mit Teilzeit abspesen lassen. Wie wird sich das Verhältnis zwischen den Geschlechtern ändern? Müssen nicht auch die Männer ihr Zeitmanagement ändern?

Sinn: Ja natürlich, die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern ändert sich. Aber das sollte man nicht durch die Politik zu steuern versuchen, sondern den Menschen selbst überlassen. Die Gesellschaft sollte offen sein für alternative Lebenswege. Politische Verhaltensdiktate, die darauf hinauslaufen, den neuen Menschen nach den Vorbildern irgendeiner Elite zu schaffen, halte ich für äußerst bedenklich.

Die Welt: Der Bundespräsident muss ausdrücklich betonen, er habe nichts gegen Reiche. Ist Deutschland, wie jüngst der Historiker Klaus Schroeder meinte, immer noch vom Sozialneid geprägt?

Sinn: Der Neid ist eine allgegenwärtige Triebkraft der Menschen. Deutsche sind gegenüber Menschen, die sich aus kleinen Verhältnissen hochgearbeitet haben, skeptisch, doch sind sie voller Bewunderung und Anerkennung gegenüber denen, die ihr Vermögen geerbt haben. Am meisten werden Adelige bewundert, die ihr Vermögen und ihren Status von Generation zu Generation weitergeben. In Amerika ist das ganz anders. Dort dominiert noch immer die Achtung vor dem Tellerwäscher, der sich durch eigene Anstrengung zum Millionär hochgearbeitet hat. Das bleibt wohl dauerhaft der Unterschied zwischen den Gesellschaften.

Die Welt: Steuervergehen werden zu Recht als kriminell betrachtet und enorm moralisch aufgeladen. Wer aber kontrolliert, wie der Staat mit den Steuergeldern seiner Bürger umgeht? Darüber wird wenig geredet.

Sinn: Steuerehrlichkeit ist eine Grundvoraussetzung für ein funktionierendes Gemeinwesen. Es ist richtig, das der Staat hier hart vorgeht. Ein Postchef, der erwischt wurde, hat aber das Recht, nicht schlechter behandelt zu werden als ein populärer Fußballstar. Was den Umgang der Politiker mit dem sauer verdienten Steuergeld der Bürger betrifft, teile ich Ihre Skepsis. Bei den Summen, für die die deutsche Regierung im Zuge der Euro-Rettungspolitik Haftung übernommen hat, kann einem schlecht werden. Politiker gehen viel zu leichtfertig mit dem Geld ihrer Bürger um. Müssten sie die kostenträchtigen Entscheidungen im Einzelnen dem Volk zur Abstimmung vorlegen, ähnlich wie es in der Schweiz der Fall ist, kämen mit Sicherheit ganz andere Entscheidungen zustande.

Die Welt: Der Ökonom Sinn ist auch ein ganz normaler Bürger. Was wäre sein größter Wunsch?

Sinn: Eine Fee würde kommen, das ganze Euro-Desaster in Luft auflösen und die Hakenkreuzfahnen einholen, die derzeit in den Köpfen so vieler Europäer gegen uns geschwungen werden. Dann könnte ich wieder ruhiger schlafen.

*Hans-Werner Sinn (65) ist Hochschullehrer und Präsident des Ifo-Institutes in München. Sein zentrales Forschungsgebiet sind Fragen der Risikotheorie und des längerfristigen Wachstums. Der international anerkannte Wissenschaftler bezeichnet sich als ordoliberal im Sinne von Ludwig Erhard und Walter Eucken. Kritiker nennen ihn einen "Boulevardprofessor". Im vergangenen Jahr hatte Sinn mit 270 Ökonomen einen Aufruf gegen die **Vergemeinschaftung** der Bankenschulden innerhalb der Euro-Zone unterschrieben. Er wurde von der Politik abgelehnt. Sinn ist Autor diverser Bücher: "Ist Deutschland noch zu retten?" (2003) oder "Kasino-Kapitalismus" (2009). In diesen Tagen erscheint sein neues Buch: "Verspielt nicht Eure Zukunft".*

Deutsch-französische Beziehungen

Ein unersetzliches Gespann für Europa

04.05.2013 · Die deutsch-französischen Beziehungen im modernen Europa sind ein Wechselbad von Weihestunden und Widerspruch. Doch die beiden Länder brauchen einander, und Europa braucht sie - gerade in ihrem ständigen Widerstreit.

Von [Günther Nonnenmacher](#)

78,47

Neuerdings ist es schick geworden, nach einigen Jahren oder Jahrzehnten Ehe noch einmal zu heiraten, zum Beispiel kirchlich, oder, falls bereits geschehen, wenigstens symbolisch und demonstrativ. Mit dieser Wiederholung scheinen Eheleute bekräftigen zu wollen, dass es nicht nur einen verankerten Alltag gibt, sondern etwas Wichtigeres, Wesentliches, das sie zusammenhält. Vergleichbares existiert in der Politik, und die deutsch-französischen Beziehungen sind dafür ein Exempel. Die Fünfzigjahrfeiern zur Unterzeichnung des Elysée-Vertrags waren, wie viele Anlässe davor, Weihestunden der deutsch-französischen Freundschaft, in denen mit großen Worten beschworen wurde, was im von Konflikten durchzogenen politischen Alltagsgeschäft verlorengelassen könnte: Das Wesentliche und Wichtige, das Frankreich und Deutschland zusammenhält, ist das Projekt Europa.

Es tut dabei wenig zur Sache, dass dieses Europa fast von Beginn an diesseits und jenseits des Rheins verschieden definiert wurde. Die deutschen Parteien mit der Union an der Spitze waren bis in die achtziger Jahre Anhänger eines europäischen Bundesstaates. Die französischen Politiker haben sich in ihrer großen Mehrheit und parteiübergreifend im Grunde nie etwas anderes als ein „Europa der Vaterländer“ (de Gaulle) oder im besten Fall eine Föderation von Nationalstaaten (Delors) vorstellen können.

Geschichte kleiner und großer Krisen

Der gegenwärtige Streit, in dem, salopp gesagt, Deutschland Sparsamkeit predigt und die französische Regierung Wachstum durch öffentliche Gelder ankurbeln will, ist letztlich eine Unterabteilung dieses Gegensatzes, allerdings interessenbedingt dieses Mal seitenverkehrt: Berlin will, dass zunächst die Nationalstaaten ihre Hausaufgaben machen; Paris fordert Geld aus der Gemeinschaftskasse, damit die südlichen Krisenländer (mit denen es geographisch wie wirtschaftlich auf Tuchfühlung ist) per Wachstum erst einmal in die Lage versetzt werden, ihre Hausaufgaben erledigen zu können. So oder so ähnlich war das immer; die deutsch-französischen Beziehungen der vergangenen 60 Jahre sind eine kontinuierliche Geschichte kleinerer und großer Krisen.

Dennoch ist es kein Wunder, dass das Pathos von Versöhnung und Freundschaft diese Konfliktstrecke fast unbeschadet überstanden hat. Frankreich braucht Europa (und die privilegierte Zusammenarbeit mit Deutschland), weil sonst die Ambition, eine weltpolitische Rolle zu spielen, trotz seines hervorgehobenen Status als Nuklearmacht und ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates keine materielle Grundlage hätte. Deutschland braucht Europa (und den Vorzugspartner Frankreich), weil es in der unangenehmen Lage ist, de facto europäische Zentralmacht zu sein, aber diese Rolle partout nicht spielen will - sie ist historisch kontaminiert und in der Gegenwart mit allerlei Unannehmlichkeiten verbunden. Europa ist, kurz gesagt, für beide Länder unersetzlich als Ausgleich nationaler Unzulänglichkeiten.

Ausgleich zwischen allen Gegensätzen

Es trifft sich, dass Deutschland und Frankreich für alle anderen Länder der EU als Führungspaar genauso unersetzlich sind. Das hat nicht nur mit Geschichte, politischer Bedeutung und wirtschaftlichem Gewicht zu tun. Ein politischer Deal zwischen Paris und Berlin ist auch immer ein Ausgleich zwischen dem Norden und dem Süden, dem Osten und dem Westen der EU; zwischen zentralistisch und föderal organisierten Staaten;

zwischen Dienstleistungsgewerbe, Industrie und Landwirtschaft; zwischen lateinischer Rhetorik und germanischer Direktheit - ein kultureller Gegensatz, dessen politische Bedeutung nicht zu unterschätzen ist.

Das alles hat mit der Bevölkerung in Frankreich und Deutschland eigentlich wenig zu tun. 2007, also noch vor dem Ausbrechen der Weltfinanz- und dann der europäischen Schuldenkrise, hatte der Philosoph Peter Sloterdijk Deutschen und Franzosen den Rat gegeben, sie sollten endlich von ihrer „pathogenen gegenseitigen Faszination“ lassen und zu einer „wohlwollenden gegenseitigen Nichtbeachtung“ finden. Schaut man auf die schwindenden Kenntnisse der Sprache des jeweils anderen oder die mangelnde wechselseitige Rezeption des Geisteslebens, so scheint dieser Rat schon seit längerem eifrig befolgt zu werden.

Folgsame Deutsche, widerständige Franzosen

Aber Geographie, Politik und Wirtschaft kommen der Gleichgültigkeit regelmäßig in die Quere. Die Franzosen sind immer wieder fasziniert von der wirtschaftlichen Dynamik Deutschlands; gleichzeitig staunen sie darüber, wie folgsam die Deutschen schmerzhaft Reformen à la Agenda 2010 über sich ergehen lassen. Die Deutschen ihrerseits schütteln zwar den Kopf über die wirtschaftliche Unvernunft der Franzosen; doch heimlich bewundern sie ein wenig den Widerstand, den ihre Nachbarn auf den Straßen gegen die ungeliebten Politiker leisten, wenn diese ihnen zumuten wollen, ihre Gewohnheiten zu ändern.

Es sind diese Gegensätze, die Europa in Spannung halten und manchmal sogar lähmen, die es aber auch entscheidend voranbringen, wenn es gelingt, sie zur Synthese zu bringen.

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung - Germany

Günther Nonnenmacher on the vital Paris-Berlin symbiosis

Until today the European project has been held together by the Paris-Berlin axis, co-editor Günther Nonnenmacher writes in the conservative Sunday paper Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung: "The German parties were supporters of a European confederation right up to the 1980s. The French politicians by contrast could never imagine anything more than a 'Europe of nations'. The [current dispute](#) in which, simply put, Germany is preaching austerity while the French government wants to boost growth with public spending, is ultimately a subdivision of these contrasting views. ... France needs Europe (and the privileged partnership with Germany) because otherwise, despite its elevated status as a nuclear power and permanent member of the UN Security Council, its ambition to play a key role in global politics would lack a material basis. Germany for its part needs Europe (and its privileged partner France) because it is in the unpleasant position of effectively being a central power in Europe but not wanting to play the part. ... A political deal between Paris and Berlin is always a tightrope walk between the North and the South, the East and the West of the EU; between centralised and federally organised states." (05/05/2013)

[» to the homepage \(Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung\)](#)

6. Mai 2013 11:02 Ehe und Familie Von der Liebe bleibt der moderne Mensch verschont

Ein Gastbeitrag von Norbert Blüm

78,49

Geheiratet wird nur noch auf Zeit, Kinder werden vom Staat betreut - und der Gesetzgeber fördert das. Der neue, erfolgreiche Mensch wird nie und nirgends von der Liebe berührt. Damit verliert die Gesellschaft ihren Zusammenhalt.

Ehe und Familie sind die großen Stabilisatoren der Evolution. Selbst den Katastrophen der Natur und in den revolutionären Umbrüchen hielt der familiäre Kern des Zusammenlebens stand. Weder Robespierre noch Hitler, Stalin, Mao oder Pol Pot schafften es, die Familien zu eliminieren, so sehr sie sich auch darum bemühten. Ehe und Familie haben alle Frontalangriffe überlebt.

Bedrohlicher als die gewaltsamen Versuche von gestern sind möglicherweise die lautlosen Unterminierungen von heute. Entfunktionalisierung durch Outsourcing lässt von Ehe und Familie nur noch eine ausgelaugte Hülle übrig. Für was aber sollen Ehe und Familie noch gut sein?

Familie: für den Zusammenhalt? Wenn jeder sich selbst genug und Selbstverwirklichung Alleinverwirklichung ist, bedarf es keines sozialen Zusammenhalts.

Familie: für den Nachwuchs? Kinder lassen sich auch außerhalb einer Ehe auf die Welt bringen. Die außereheliche Geburt lässt sich noch weiter treiben und durchperfektionieren. Der künstliche Mensch ist machbar, wie Ray Kurzweil in seinem Bestseller "Homo sapiens" kühn behauptet.

Er ließe sich sogar nach den Produktionswünschen der Wirtschaft optimieren. Jede und jeder wird dann für den Platz gentechnisch programmiert, auf dem er später produziert, so dass arbeitsmarktpolitische Fehlbesetzungen zukünftig ausgeschlossen sind: Jeder kommt auf den Platz, für den er vorgesehen ist. Das ergibt eine stabile Gesellschaft ohne Aufstiegssehnsucht und Abstiegsängste.

Familie: für die Erziehung? Die familiäre Erziehung, so hat sich in der Debatte über das Betreuungsgeld herausgestellt, gilt als überholt. So gesehen sind Eltern Dilettanten. Allein die professionelle Erziehung aller Kinder durch öffentliche Erziehungsanstalten wird als Voraussetzung für Chancengleichheit angegeben. Deshalb werden die Anstrengungen verstärkt, Kinder möglichst schon kurz nach der Geburt den Händen der Erziehungsexperten zu übergeben, um sie später ganztags schulisch zu "erfassen". Schulfreie Kindheitszonen soll es nicht mehr geben.

Die allgegenwärtige öffentliche Betreuung beseitigt auch die letzten Verstecke, die dem Abenteuer Kindheit zur Verfügung standen. Selbst die Ferienzeiten werden jetzt zunehmend mit schulischem Betreuungsangebot besetzt, damit auf keinen Fall Spielräume ohne staatlich professionelle Erziehungsaufsicht entstehen. Die Familie ist noch für Übernachtung zuständig.

Dauerhafte Ehen sind eine Einschränkung der Wahlfreiheit. Jede Festlegung engt sie ein. Wahlfreiheit wird als höchste Form der Freiheit ausgegeben. Ehen werden nicht auf Lebenszeit geschlossen, sondern nur noch, "bis etwas Besseres" kommt. Deshalb wandelt sich die dauerhafte Ehe "bis der Tod euch scheidet" in eine vorübergehende Lebensabschnittspartnerschaft mit relativ geringem Kündigungsschutz. Jedenfalls einem geringeren als im Miet- und Arbeitsrecht. "Zerrüttung" reicht als Auflösungsgrund. Dafür ist nur der Nachweis einer erfolgreich absolvierten Trennungszeit erforderlich. Unser Scheidungsrecht braucht also in Sachen Hemmungslosigkeit keinen Vergleich zu scheuen. Leichter geht's nicht mehr.

Die okzidentale Monogamie gleicht sich an die orientalische Polygamie an. Was in der orientalischen Variante zeitgleich organisiert ist, wird in der okzidentalen in einer Zeitreihe untergebracht. An die Stelle des morgenländischen Nebeneinanders der Ehepartner tritt das neue abendländische Nacheinander der Lebensabschnittsgefährten. Das westliche Modell ist überdies noch geschlechtsneutral, es steht auch Frauen zur Verfügung.

Der Ratio der vorübergehenden Ehe entspricht die Opportunität, die Güter der Partner in der Ehe getrennt zu halten. Dass Eheehinkommen vergemeinschaftete Einkommen sind, ist bei vereinten Ich-AGs nicht vorgesehen. Wer in der Ehe mehr für die Ehegemeinschaft als für den Erwerb gearbeitet hat, ist im Fall der Scheidung der oder die Dumme. "Fortschrittliche" Heiratswillige nehmen deshalb gescheiterweise vor der Ehe das Ende vertraglich voraus und sichern sich ihre wechselseitigen Ansprüche ab. Ohne Rechtsanwalt am Anfang und Ende läuft für den nutznießenden Homo oeconomicus auch in der Liebe nichts.

Im Zeitalter der ungehemmten Selbstversorgung ist Arbeit für andere und gar ohne Lohn, wie sie in jeder Familie geleistet wird, nicht mehr vorgesehen. Es zählt nur die Arbeit für Geld und für sich. Für die Ehefrau, die aus ehelicher Uneigennützigkeit zum Beispiel dem Mann das Studium bezahlte, mit dessen Hilfe sich dieser später ein Spitzeneinkommen verschaffte, bleibt nach der Trennung ein "Vergelt's Gott" als überirdischer Trost. Eheliche Nachhaltigkeit kennt Nachwirkung nach der Ehe nur im bescheidenen Maße an, gleichsam als Überbrückungshilfe "in das eigentliche Leben", das Erwerb heißt. Darauf zielt jedenfalls das neue gesetzliche Eherecht.

Die Ehe, in guten wie in schlechten Zeiten, verwandelt sich in die vorübergehende Arbeitsgemeinschaft zur gemeinsamen Nutzung der Freizeit. Für schlechte Zeiten ist die Lebensabschnittspartnerschaft nicht eingerichtet. Auf der Verlustliste dieses "Fortschritts" stehen die Kinder, die Eltern, die Frauen und die Liebe. Die Kinder werden ohne Mutter und Vater groß. Eltern erleben Kinder nur nebenbei. Im Finale dieser Entwicklung wird es gar keine Eltern mehr geben. Kinder werden Geschöpfe des Staates.

Zu den überraschenden Ergebnissen dieser Art von Emanzipation zählen mehr im Alter alleinstehende Frauen. Ehemänner bevorzugen im Alter jüngere Zweitfrauen. Das ist die bittere Rache des bornierten Patriarchats. Gibt es vielleicht eine Form des Feminismus, die ungewollt als Geheimagent der Männerherrschaft wirkte?

Der neue, erfolgreiche Mensch wird nirgendwo und nirgendwann von der Liebe berührt. Er lebt für sich als selbstgenügsame Monade. Emotionale Defizite lassen sich notfalls pharmakologisch beseitigen. Wenn es Gen-Manipulatoren gar gelingt, die Nachfrage nach dem Miteinander an der Wurzel des Menschwerdens schon in der Erbausstattung auszurotten, dann wird der Autismus zum amtlichen Gesellschaftsprogramm.

Ehe ist im modernen Verständnis die Addition von zwei selbständigen Individuen, während sie im alten Sinn eine Gemeinschaft bildet, die mehr als die Summe ihrer Teile ist (Aristoteles).

Von den Erschütterungen der Liebe, von ihrer Freud und ihrem Leid, bleibt der "neue Mensch" verschont, aber er erfährt auch nichts von dem Glück, das sich aus dem Erlebnis speist, dass teilen reicher und lieben paradoxerweise zugleich abhängiger und freier macht.

URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/ehe-und-familie-von-der-liebe-bleibt-der-moderne-mensch-verschont-1.1666123>

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ vom 06.05.2013/fran/bavo

Berlin widerspricht Moscovici

06.05.2013 · Frankreichs Finanzminister beschwört das Ende des „Austeritätsdogmas“ in der EU. Berlin widerspricht indirekt. **„Wenn man jedes Jahr mehr verbraucht als man einnimmt, ist irgendwas nicht in Ordnung“, sagte Kanzlerin Merkel.**

Die Bundesregierung hat indirekt der Darstellung von Frankreichs Finanzminister Pierre Moscovici widersprochen, der das Ende des „Austeritätsdogmas“ in der EU beschworen hatte. Ohne direkt auf Moscovici Bezug zu nehmen, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am Montag in Berlin: „Wenn man jedes Jahr mehr verbraucht als man einnimmt, ist irgendwas nicht in Ordnung“. Deshalb gehe es gar nicht um Sparen oder Nicht-Sparen. Wenn sich Europa weiter Wohlstand und Entwicklung leisten wolle, müsse es Schulden reduzieren und wieder wettbewerbsfähig sein. An diesen Punkten müsse angesetzt werden. Niemand in Europa komme daher um die Sanierung seines Haushalts und um die notwendigen Strukturreformen herum.

Moscovici hatte am Sonntag die Ankündigung der EU-Kommission, Frankreich zwei Jahre mehr Zeit zum Abbau seines Haushaltsdefizits zu geben, als eine Kursänderung in der EU begrüßt. „Dies ist entscheidend, dies ist eine Wende in der Geschichte des europäischen Projekts seit Einführung des Euro“, sagte der Sozialist. „Wir erleben das Ende einer bestimmten Form des finanzpolitischen Orthodoxie und das Ende des Dogmas der Austerität“, sagte der Minister, der an diesem Dienstag zu Gesprächen mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) in Berlin erwartet wird. Regierungssprecher Steffen Seibert wollte die Äußerung Moscovicis nicht direkt kommentieren, sagte aber: „Unsere Überzeugung“ sei, „dass die europäische Krise begründet ist in einer zu hohen Verschuldung in vielen Mitgliedstaaten, begründet ist in einer zu geringen Wettbewerbsfähigkeit“.

Ein Jahr nach der Wahl von François Hollande zum Präsidenten Frankreichs stellte derweil die konservative Opposition dem Sozialisten ein verheerendes Zeugnis aus. Die Wirtschaftspolitik Hollandes führe in „die Rezession“ und erhöhe „das Defizit und die Arbeitslosigkeit“, sagte der frühere Premierminister François Fillon von der UMP am Montag dem Sender RTL. Weiter sage Fillon, dass Hollande durch seine Europapolitik und seine Haltung gegenüber Deutschland eine „tiefe Spaltung zwischen den zwei Motoren des europäischen Aufbaus geschaffen“ habe. Dies sei „extrem gefährlich“ für die Zukunft. Hollande müsse unverzüglich die Initiative gegenüber Deutschland ergreifen und vorschlagen, gemeinsam an einer echten Steuerharmonisierung zu arbeiten.

FAZ.NET-Frühkritik: Hart aber fair

<http://www.wdr.de/tv/hartaberfair/>

Entscheidet die D-Mark-Partei die Wahl?

07.05.2013 · Frank Plasbergs Talkrunde streitet über die neue eurokritische Partei AfD. Deren Chef Bernd Lucke nutzt die Fernseh Bühne recht geschickt. Wem die AfD Stimmanteile wegnehmen könnte, wurde aber leider nicht besprochen.

Von [Philip Plickert](#)

78,52

36 Prozent der Bürger bejahen laut Umfrage der Satz „Deutschland braucht den Euro nicht“ – den Leitsatz der neuen eurokritischen Partei Alternative für Deutschland (AfD). 37 Prozent fänden es gut, wenn eine solche Partei im Bundestag säße. Diese beiden Ergebnisse einer neuen Infratest-Umfrage präsentierte Frank Plasbergs in seiner Talksendung mit dem Titel „Den Euro einfach abwählen – entscheidet die D-Mark-Partei die Wahl?“. Das „klingt wie eine Revolution“, meinte Plasberg über die neue Alternative. Deren Gründer Bernd Lucke erhielt viel Redezeit und nutzte sie recht geschickt.

Hart und spannend war die Sendung, weil sie neben ökonomischen auch politische Bruchlinien aufzeigte, zugleich aber auch fair: Denn die Vertreter der etablierten Parteien verzichteten weitgehend darauf, den Wirtschaftsprofessor und Euro-Rebellen Lucke als Europafeind zu diffamieren. Statt dessen versuchten sie es mit Argumenten. Nur Michel Friedman konnte sein Temperament schwer zügeln.

„Alternativlos als Vorschlaghammer“

Vor genau drei Jahre ist die Eurokrise offen ausgebrochen. Bis dahin hieß es laut Maastrichter Vertrag, dass kein Land im Euroraum für die Schulden anderer haften müsse. Dieses Versprechen ist gebrochen worden. Inzwischen gibt es dauerhafte Krisenfonds und große Risikoposten. Eine ganz große Koalition von CDU/CSU und FDP sowie SPD und Grünen hat im Bundestag stets für diese Eurorettungspolitik gestimmt. Eine wirkliche parlamentarische Alternative gab es für bürgerliche Wähler nicht, obwohl laut Umfragen Teile der Bevölkerung gegenüber den Rettungspaketen sehr skeptisch eingestellt sind.

Das ändert sich nun mit der AfD. Erstaunlich ist, wie sich der politische Diskurs, zumindest in solchen Talkshows, schon jetzt gewandelt hat. Das Wort „alternativlos“ über die Rettungspolitik – Plasberg nennt es den „Vorschlaghammer im politischen Werkzeugkasten der Kanzlerin“ – will keiner mehr in den Mund nehmen.

Auch Lucke will keinen abrupten Euro-Ausstieg

Lucke beklagte, dass in der Vergangenheit alle Diskussionen im Keim erstickt worden seien. Er versuchte klarzumachen, dass er keineswegs einen abrupten Ausstieg Deutschlands aus dem Euro oder zwingend eine Rückkehr zur D-Mark propagiere, wohl aber den Ausstieg der Südländer, die mit dem Euro ökonomisch nicht zurecht kämen. Wolfgang Bosbach, der in der CDU wegen seiner Kritik an der Euro-Rettungspolitik regelrecht gemobbt wurde, saß lächelnd neben ihm und nickte ihm freundlich zu. Er warnte vor Frust in der Bevölkerung, wenn kritische Stimmen mundtot gemacht werden.

Als Bosbach und Lucke dann von Plasberg an einen gesonderten Tisch gebeten wurden, wo sie über ihre guten und schlechten CDU-Erfahrungen plauderten, rückten sie erstaunlich nahe zusammen – räumlich und politisch. Bosbach verneinte zwar, dass er jemals zur AfD übertreten werde, doch die inhaltlichen Schnittmengen sind groß. Er lächelte auch, als ihm Lucke sagte, er werde als eurokritisches „Feigenblatt“ der Merkel-CDU missbraucht und sei eine „tragische“ Figur. Über die neue Konkurrenz von Lucke, die der CDU wichtige

Stimmen wegnehmen dürfte, sagte der rotbackige Rheinländer kein schlechtes Wort. Es sei falsch, die AfD zu beschimpfen oder sie zu diskriminieren.

Lindner: Werbeblock für die AfD

Die Sendung wird an dieser Stelle etwas sehr kuschelig. FDP-Mann Christian Lindner nörgelte über den zu langen „Werbeblock“ für die AfD und mockiert sich über einen „Flirt“ zwischen Bosbach und Lucke. Der smarte FDP-Vordenker ärgerte sich, dass sich Lucke als wirtschaftskompetent darstellen kann. Dabei seien Luckes Vorschläge gefährliche Ideen. Die europäische Währung „in die Luft zu sprengen“, hätte verheerende Konsequenzen für die Wirtschaft, zudem würde es Europa politisch schwer schaden und auf Deutschland zurückfallen. Aber auch die Alternative von Rot-Grün, warnte Lindner, mit Eurobonds die Schulden zu vergemeinschaften, würde Deutschland teuer zu stehen kommen.

Der Weg der Bundesregierung sei daher der einzig richtig und gangbare Weg. Zudem, betonte Lindner mehrfach, zeigten sich schon erste beachtliche Fortschritte und Erfolge. Die Krisenländer bewegten und reformierten sich. Es gäbe „Agenda 2010s“ in mehreren südeuropäischen Ländern. Die Löhne würden gekürzt, damit sie wettbewerbsfähiger werden. Griechenland habe – auf deutsche Verhältnisse hochgerechnet – 300 Milliarden Euro eingespart. Sie brauchten nur noch etwas Zeit.

Göring-Eckhardt: Merkel muss für Europa werben

Bosbach allerdings hat schon viele Versprechen in der Euro-Rettungspolitik gehört. Er glaubt nicht daran, dass es Griechenland gelingen werde, seinen Schuldenberg zu bedienen. Und er erinnerte an ein Detail: Als das zweite Hilfspaket für Griechenland beschlossen wurde, seien den Bundestagsabgeordneten in einer Vorlage 42 Milliarden Euro Privatisierungserlöse versprochen worden. Noch nicht mal ein Zehntel davon sei erzielt worden. „Darüber müssen wir mal bei einem Kölsch reden“, sagte Lindner flapsig zu Bosbach. Der will aber bei der Eurorettung nicht mehr mitmachen. Die Risiken würden mit jedem neuen Rettungspaket größer – das könne er nicht mehr verantworten.

Katrin Göring-Eckhardt, die Spitzenkandidatin der Grünen, wollte nicht auf sich sitzen lassen, dass die Opposition die Rettungspolitik „kritiklos“ mitgetragen habe. Ein Fehler sei gewesen, dass die Regierungschefs die Eurorettung in Hinterzimmern organisiert hätten, ohne die Bevölkerung besser zu informieren und einzubinden. Und es sei auch ein Fehler von Kanzlerin Merkel, dass sie „nicht für Europa wirbt“. Sie wünsche sich mehr Leidenschaft von der Kanzlerin. AfD-Chef Lucke, kritisiert Göring-Eckhardt, habe nichts zu bieten als ein „Zurück zum Nationalstaat“. Dabei brauche man mehr und ein besseres Europa, mit gleichen sozialen Standards. Ohne Euro aber hätte man heute eine neue „Weltwirtschaftskrise“, glaubt die Theologin.

Der Euro als Friedensprojekt oder Spaltpilz?

Michel Friedman, der Anwalt und Journalist, zeigt in der Sendung zweierlei: Dass er eine mit viel Pathos und Inbrunst vorgetragene Meinung „pro Europa“ hat, dass er aber mit ökonomischen Fakten und Zahlen schnell ins Schleudern gerät. So behauptet Friedman, der Euro stünde heute „50 Prozent höher gegenüber dem Dollar als bei seiner Einführung“. Das ist schlicht falsch. Der Euro wurde zu einem Kurs von 1,17 Dollar eingeführt, heute steht er bei 1,31 Dollar – also keineswegs 50 Prozent höher. Keiner in der Sendung wies ihn auf seine Fehler hin.

Ganz leidenschaftlicher warnte Friedman vor einer drohenden Aufwertung bei einem Euro-Ausstieg, die den deutschen Export schwerst beschädigen würde. Lucke antwortet mit einem Zahlenschwall aus der Exportstatistik: Obwohl der Euro gegenüber dem Dollar aufgewertet hat, ist der Export in die Vereinigten Staaten kräftig gestiegen. Und Lucke betonte, dass Deutschland mehr als fünfzig Jahre mit der D-Mark vielfach aufgewertet habe und trotzdem Exportweltmeister wurde.

Darauf reagierte Friedman beleidigt und wollte von Wirtschaftsstatistiken nichts mehr wissen. Stattdessen erklärte er den Euro nunmehr wieder beschwörend zum Friedensprojekt. Hier prallten zwei Ansichten unversöhnlich aufeinander: Für einen Großteil der politischen Klasse, deren Mantra Friedman wiederholte, ist

der Euro ein Mittel, um Europa zu einen und die Integration voranzutreiben. Lucke hingegen kritisiert, dass der Euro Europa eher spaltet.

„Schon wieder so ein Professor“

Zwei Einspielfilme zeigten, mit welchen Methoden die AfD in die Ecke gedrängt werden soll. Methode eins: Lucke wird als weltfremder Professor abgetan. Ein Einspielfilm erinnert an den „Fall Kirchhof“: Man hört Gerhard Schröders grölenden Wahlkampfesound, wie er über den Ex-Verfassungsrichter als abgehobenen „Professor aus Heidelberg“ herzieht. Viel leiser, aber auch boshaft, war kürzlich Edmund Stoibers Bemerkung über Lucke: „Schon wieder so ein Professor, der Schröder hat schon recht gehabt.“ Allerdings kam Stoibers abfällige Bemerkung beim bürgerlichen Publikum eher schlecht an.

Die zweite Methode zur AfD-Bekämpfung ist das Anbräunen. Plasberg zeigte ein unscharfes Youtube-Video, wo ein unbekannter NPD-Sprecher mit Kurzhaarschnitt und Hemd die AfD als „Eisbrecher und Türöffner“ lobte. Auch dieses Video kam nicht gut an, zu offensichtlich war der Versuch des NPD-Jünglings, sich einen Zipfel der Aufmerksamkeit zu erhaschen, welche die AfD gewinnt. Lucke wies das „ganz durchsichtige Manöver“ lächelnd zurück. Und fragte Plasberg, warum er der unbedeutenden Partei so viel Aufmerksamkeit gebe. Der sprach von „Informationspflichten“. Während Göring-Eckhardt die AfD mehrfach als gefährliche „Populisten“ angriff, hielt sich FDP-Mann Lindner auffällig zurück. Das Wort „rechtspopulistisch“, das ihm Plasberg anbot, wies er zurück. Er wolle „keine Stigmatisierung“ Luckes, sondern dessen falscher Alternative sachlich begegnen.

„Europa entbrüsseln“

Die Zuschauerreaktionen fielen gemischt aus. Im Studio bekamen beide Seiten, die Euro-Freunde wie die Euro-Kritiker, etwa gleichmäßig Applaus. Ebenso waren die Email-Wortmeldungen gespalten, die verlesen wurden. Ein Zuschauer schrieb, die Euro-Retter-Elite sei „in die Sackgasse“ gefahren, wolle aber nicht umkehren, sondern fahre im Kreis „wie besoffen“. Es sei höchste Zeit, Europa zu „entbrüsseln“. Andere Zuschauer konnten es sich nicht vorstellen, den Euro aufzugeben. Ein jüngerer Zuschauer monierte, die AfD bestünde überwiegend aus „Männern um die 50“, die nun in den Bundestag drängten.

Erstaunlich wenig wurde in der Sendung über politische Zahlenspiele geredet. Der potentielle Wähleranteil der AfD, welchen etablierten Parteien sie Stimmen wegnehmen könnte, ob damit die Wiederwahlchancen der Kanzlerin sinken oder gar steigen, weil die AfD auch Stimmen aus dem linken und dem Nichtwähler-Lager abziehen könnte – all das war kein Thema in der Sendung, die doch im Titel die Frage gestellt hatte, ob „die D-Mark Partei die Wahl“ entscheide.

„Es lohnt sich, den Euro zu verteidigen“

27.04.2013 · Starökonom Hans-Werner Sinn plädiert im Interview für eine Währungsunion der Starken und verlangt höhere Opfer von den Sparern und den Banken.



© Frank Röth „In Zypern wurden Sparer bis zu einem Guthaben von 100.000 Euro gerettet. Die Grenze war zu hoch“, sagt Hans-Werner Sinn, Wirtschaftsprofessor und Präsident des ifo-Instituts

Professor Sinn, in Deutschland fordert eine neue Partei den Ausstieg aus dem Euro. Zu Recht?

Die Argumente der Partei sind größtenteils vernünftig. Bernd Lucke und viele seiner Mitstreiter sind anerkannte Ökonomen, die wissen, wovon sie reden. Trotzdem gehöre ich der Partei nicht an und gebe dem Euro noch mehr Chancen, als die Kollegen es tun.

Halten Sie die Rückkehr zur D-Mark für unrealistisch?

Ich glaube, dass es sich lohnt, den Euro als solchen zu verteidigen. Ich halte es aber für einen großen Fehler, die schwachen Länder Südeuropas auf Biegen und Brechen im Euro zu halten. Damit hilft man diesen Ländern nicht, und man verringert die Überlebenswahrscheinlichkeit des Euro.

Beruhigt sich die Krise nicht gerade etwas?

Nur vordergründig, weil die Steuerzahler der noch gesunden Länder über die Europäische Zentralbank und den Hilfsfonds ESM gewaltige Kredit- und Haftungsrisiken eingehen. Das hilft den privaten Gläubigern der südlichen Länder, sich aus dem Staube zu machen, aber es macht die Staaten des Nordens an ihrer Stelle zu Gläubigern des Südens. Streit und Zwietracht zwischen den Völkern sind dadurch programmiert.

Inwiefern hilft man den Gläubigern, sich aus dem Staube zu machen?

Nehmen Sie Zypern. Die EZB hat zugelassen, dass die zyprische Notenbank den privaten Banken im vergangenen Jahr in großem Umfang Notkredite gab. Mit deren Hilfe konnten sie Einlagen auszahlen, obwohl sie eigentlich schon pleite waren. Das grenzte an Konkursverschleppung. Viele Großanleger konnten ihr Vermögen noch kurz vor Toresschluss in Sicherheit bringen. Wenn man Schuldenschnitte macht, dann lieber gleich. Je später man damit anfängt, desto mehr Verluste bleiben an den Steuerzahlern Europas hängen.

War Zypern die historische Wende in der Euro-Rettung?

Die Kreditgeber eines Staates haben wir im Fall Griechenlands schon vor einem Jahr zur Kasse gebeten. Dennoch war Zypern eine Wende. Die Europäische Union hatte noch im Juni vergangenen Jahres erklärt, dass es bis zum Jahr 2018 keine Gläubigerbeteiligung bei der Bankenrettung geben werde. Das war ein Skandal, gegen den 480 deutsche Ökonomen in zwei Aufrufen protestiert haben. Bei der Politik dauerte die Einsicht etwas länger.

So wie in Zypern macht man es jetzt immer?

Ja. Die Summen, um die es geht, sind für die Steuerzahler viel zu groß. Die Schulden der Banken in den Krisenländern liegen mit neun Billionen Euro bei fast dem Dreifachen der Staatsschulden, und es wird geschätzt, dass ein Zehntel davon toxisch ist. Nur eine Gruppe kann die anstehenden Lasten tragen, das sind die Gläubiger der Banken selbst.

Sie halten es also für richtig, dass auch in anderen Ländern Europas die Sparer künftig für die Bankenrettung bluten sollen?

Wenn die Banken pleite sind, natürlich. Wer denn sonst? Es soll künftig eine klare Hackordnung geben. Damit im Falle einer Bankenpleite jeder weiß, an welcher Stelle in der Reihenfolge der Gläubiger er steht.

Das verunsichert aber viele Sparer, die sich fragen, ob ihr Geld noch sicher ist.

Der liebe Gott steht leider nicht zur Verfügung, die gewünschte Sicherheit zu erzeugen. Es ist gut, wenn Kleinsparer zu Lasten der Großsparer durch eine Einlagensicherung geschützt werden. Aber auch die Einlagensicherung kann pleitegehen. Nichts ist völlig sicher. In Zypern haben ausländische Steuerzahler, die mit der ganzen Sache gar nichts zu tun hatten, Sparer mit Guthaben bis zu 100.000 Euro gerettet.

Halten Sie die Grenze für richtig?

Sie ist zu hoch. Wer hat denn 100.000 Euro auf dem Bankkonto? Das sind doch keine armen Leute. Die Steuerzahler der Rettungsländer besitzen zumeist viel weniger. Bedenken Sie, dass das mittlere Vermögen eines deutschen Haushalts nach der Erhebung der EZB nur bei der Hälfte dieses Betrages liegt. Ich halte es für schlichtweg unerträglich, dass normale deutsche Vermögensbesitzer herangezogen werden, um zyprische Bankguthaben im Umfang des Doppelten ihres eigenen Vermögens abzusichern. Das aber will Brüssel mit aller Gewalt in der Bankenunion durchsetzen. Deutschland hat indes bislang keinen Versicherungsvertrag vereinbart, nach dem wir die Bankenrisiken anderer Länder übernehmen. Und man kann keine Brandschutzversicherung abschließen, nachdem der Brand ausgebrochen ist.

Sind die Banken in Europa nach der Finanzkrise zu sanft angefasst worden?

Leider ja. In Amerika sind in der Finanzkrise Hunderte von Banken pleitegegangen. Ihre Gläubiger mussten auf viel Geld verzichten, das war ein heilsamer Prozess. In Europa ließ man fast keine Bank pleitegehen, bis auf Laiki jetzt in Zypern. Auch in Deutschland haben wir im Jahr 2010 für 280 Milliarden Euro marode Banken gerettet, vor allem die HRE und die Commerzbank. Noch nicht einmal das Hybridkapital der Banken, dessen Aufgabe es ja ist, Verluste abzufangen, wurde angetastet. Da haben normale Steuerzahler, Rentner und Hartz-IV-Empfänger reichen Anlegern aus der Patsche geholfen.

Nun geht in Deutschland das Leben trotz der Eurokrise ganz gut weiter. Bleibt das so, oder holt uns die Krise irgendwann ein?

Das Paradoxe ist: Es geht uns nicht trotz, sondern wegen der Eurokrise gut. Vor der Krise galt Deutschland als kranker Mann Europas. Beim Wirtschaftswachstum hatten wir lange Zeit die rote Laterne, weil wir unsere Ersparnisse ins Ausland getragen haben, anstatt sie im Inland zu investieren. Jetzt bleibt das Anlagekapital wegen der Krise im sicheren Heimathafen. Das hat in Deutschland einen Immobilienboom ausgelöst, die Wirtschaft angekurbelt und die Arbeitslosigkeit sinken lassen. Aber natürlich birgt die Krise gewaltige Zukunftsrisiken für Deutschland. Wir haben Arbeit, aber wir verlieren durch die Ausweitung der Haftungssummen immer mehr von unserem sauer verdienten Vermögen.

Sie haben die Salden aus dem sogenannten Target-System, über das die europäischen Notenbanken ihren Zahlungsverkehr abwickeln, als eine große Gefahr für Deutschland in die Debatte eingebracht. Gibt es da jetzt Entspannung?

Bei den Salden handelt es sich um Kredite, die die Deutsche Bundesbank anderen Zentralbanken einräumte, indem sie in ihrem Auftrag Zahlungen ausführte. Die Kredite gingen in letzter Zeit etwas zurück, weil den Steuerzahlern noch viel größere Haftungsrisiken aufgebürdet wurden. Die Europäische Zentralbank hat den Besitzern der Staatspapiere Südeuropas gesagt, sie sollen sich bitte keine Sorgen um ihr Geld machen: Vor einem Konkurs eines Landes werde die EZB die Papiere kaufen und die Abschreibungsverluste den Steuerzahlern der noch gesunden Länder Europas anlasten. Das Schutzversprechen der EZB hat die Target-Kredite der Bundesbank verringert, weil nun wieder mehr privates Geld an die Staaten Südeuropas verliehen wird. Die Notenbanken des Südens führen deshalb auch einmal wieder Zahlungen für die Bundesbank aus. Die Risiken der Steuerzahler wurden durch die Schutzversprechen aber nicht verringert, sondern vergrößert.

Wie groß sind die Target-Salden heute?

Die Deutsche Bundesbank hat immer noch Target-Forderungen in Höhe von knapp 600 Milliarden Euro in den Büchern. Sollte das Eurosystem zerbrechen, ist das Geld weg. Die Bundesbank ist dann mit ihrem Eigenkapital von rund 140 Milliarden Euro gleich mehrfach pleite. Dann muss der deutsche Steuerzahler dauerhaft auf Bundesbankgewinne verzichten oder die Bundesbank mit Steuergeldern rekapitalisieren. So oder so sind die 600 Milliarden weg, wenn man den Verlust versicherungsmathematisch richtig berechnet.

Im Augenblick fluten die Notenbanken vieler Länder die Märkte mit Geld. Ist Geld drucken eine Möglichkeit, um aus der Schuldenkrise zu kommen?

Die Zinsen sind in all diesen Ländern schon jetzt fast bei null. Da kommt man an eine starre Grenze, an der die Geldpolitik ihre Wirksamkeit verliert.

Warum gibt es im Augenblick trotz lockerer Geldpolitik keine Inflation in Deutschland?

In Europa hielt sich der Zuwachs der Geldmenge in Grenzen, denn bildlich gesprochen hat die Europäische Zentralbank das Geld, das sie in Südeuropa zusätzlich drucken ließ, in Nordeuropa wieder schreddern lassen.

Bleibt die Inflation so niedrig, wenn die Wirtschaft stärker anspringt?

Man kann nicht ausschließen, dass es irgendwann zu mehr Inflation kommt. Im Augenblick ist davon nichts zu spüren.

Der frühere Bundesbankvorstand Thilo Sarrazin will sein VWL-Diplom zurückgeben, wenn die lockere Geldpolitik nicht zu Inflation führt. Wird er seinen Titel verlieren?

Wir haben das Risiko, dass die EZB ihre ausstehenden Kredite an die Krisenländer nicht zurückbekommt und die Bundesbank in die Überschuldung gerät. Das ist die wahre Gefahr, nicht die Inflation. Die Inflation ist ein Nebenschauplatz.

Sie wollen trotz der von Ihnen beschriebenen Risiken am Euro festhalten. Was schlagen Sie als Krisenlösung vor?

Ich bin für temporäre Austritte schwacher Länder. Durch eine anschließende Abwertung würden diese Länder wieder wettbewerbsfähig und könnten später zum neuen Wechselkurs, also zu kleineren Preisen und Löhnen, wieder in den Euro zurück. Die Rückkehroption sollte man mit Reformauflagen versehen. Das würde die politischen Systeme der Austrittsländer, die heute durch die ausufernde Arbeitslosigkeit gefährdet sind, wieder stabilisieren. Im Ganzen ist der Euro-Verbund zu starr. Bis die staatliche Einheit Europas erreicht ist, sollten wir eine Lösung zwischen einem Festkurssystem à la Bretton Woods und einem festen Währungsgebiet wie dem Dollar anstreben. Nur so lässt sich der Euro noch halten.

An welche Länder denken Sie beim Austritt?

Allen voran an Zypern und Griechenland. Wenn Zypern heute aus dem Euro austreten würde, hätte das keine dramatischen Folgen. Die Kapitalflucht, die für einen solchen Fall an die Wand gemalt wird, haben wir dort ja schließlich schon hinter uns. Die Kapitalverkehrskontrollen und die Begrenzung der Entnahme von den Konten verhindern eine Fortsetzung der Flucht. Sobald Zypern ausgetreten ist, kann man alle Kontrollen aufheben.

Das Gespräch führte **Christian Siedenbiedel**.

Quelle: F.A.S.

May 6, 2013

A Carbon Trading System Worth Saving

By [THE EDITORIAL BOARD](#)

78,59

The European Union became a pioneer in tackling climate change by starting the first major cap-and-trade system designed to reduce carbon-dioxide emissions by putting a price on them. But analysts are [increasingly worried](#) that technical mistakes, Europe's prolonged recession and the failure of policy makers to strengthen the system is undermining its effectiveness.

Like all such systems, Europe's program caps the overall emissions that power plants, steel mills and other industries can put into atmosphere. The cap, which is regulated through permits, declines every year, forcing businesses to become more efficient or buy permits from another firm or on the open market.

Recently, the price of permits has [collapsed](#) to less than 4 euros (around \$5.25) per ton of carbon, down from nearly 30 euros in 2008. This is troubling because the low price discourages emitters investing in climate-friendly technologies and fuels. In Britain, for instance, electric utilities have cut back on cleaner-burning natural gas and are using more coal, which puts roughly twice as much carbon into the atmosphere.

There are several reasons for the sharp drop in carbon prices. European governments issued too many permits in the first place because they miscalculated how many would be needed to achieve their goals. And the recession, high unemployment and weak demand for electricity have cut industrial emissions to the point where companies simply do not have to buy allowances to meet their caps. European policy makers haven't helped either. Earlier this month, the European Parliament considered temporarily tightening the overall cap to boost the price of allowances. But opposition by several countries that rely heavily on coal torpedoed the measure.

What is most worrying about the drop in the price of carbon is that it could discourage policy makers elsewhere in the world, including Washington, from addressing climate change if they conclude that Europe's experience is a bust. Several national and state governments have started or are pursuing similar approaches.

But the news from Europe is not all bad. Emissions have fallen by 14 percent among sectors covered by the program in countries that have participated since 2005. Analysts attribute much of that reduction to the cap on emissions, not the recession. The system could work even better if Europe's leaders find the ingenuity to strengthen it and the political courage to weather the criticism that could result from higher electricity prices.

In addition to its trading scheme, Europe has made real progress in dealing with climate change through policies encouraging energy efficiency and renewable sources of power like wind and solar. But nothing would do more to drive down emissions than putting a meaningful price on them, either through a carbon tax or through a cap-and-trade system. Europe's job is to put that system on a sounder footing to make sure it doesn't undo the real progress it has made.

Daily chart

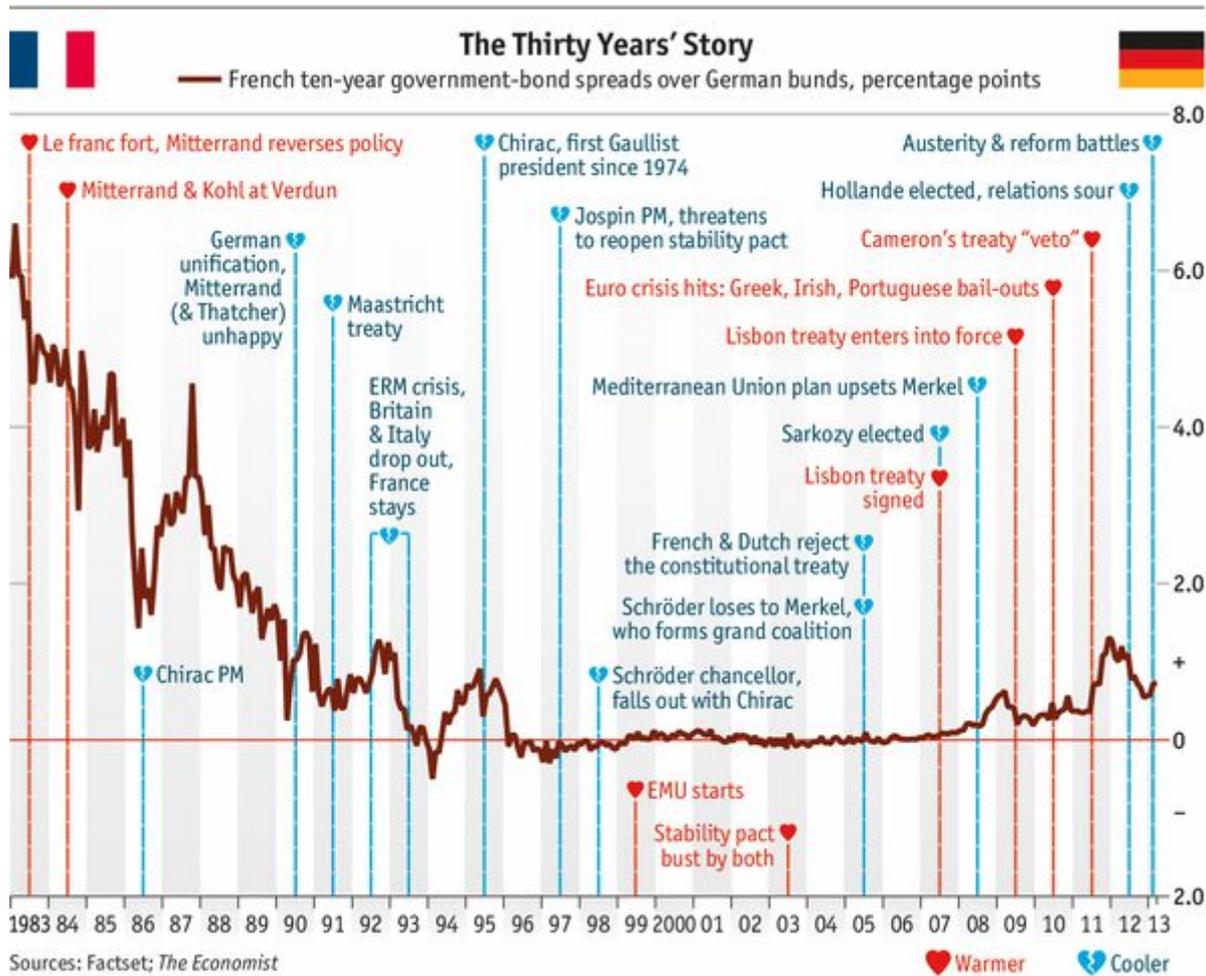
The 30-year itch

78,60

May 6th 2013, 14:48 by Economist.com

France and Germany: Charting Europe's key relationship

EVER since the creation of the European Steel and Coal Community in 1952, the key relationship when it comes to institution building in Europe has been between France and Germany. Like any long-lasting pact it has had its ups and downs. At the moment it is in a trough. A leak to *Le Monde* of some intemperate language used to describe Germany's chancellor, Angela Merkel, has not helped. [But the real problem is that the relationship between France and Germany is no longer one of equals, a state of affairs laid bare by the euro zone's economic troubles.](#)



Subject of Envy

Britain Discovers Germany as a Model

By [Carsten Volkery](#) in London

Britain, which has yet to recover from the 2008 financial crash, is peering enviously at Germany's economic structure with its focus on engineering, its medium-sized firms, apprenticeships, regional banks and long-term business approach. The opposition Labour Party, but also the Conservative-led government, are starting to embrace German ideas.

"Why can't we more like Germany?" center-left British weekly *New Statesman* asks on the cover of its latest issue. The cover image shows Chancellor Angela Merkel alongside Bastian Schweinsteiger, one of Bayern Munich's star players -- as role models in politics and football. Britain can prosper, the magazine suggests, if it understands Germany's success.

The author of the article, German-born Philip Oltermann, writes that British politicians and business people have the habit of talking about the "German model" every 20 years. That time has come again. The fact that two German teams, Bayern Munich and Borussia Dortmund, have reached the Champions League final which will be played in London's Wembley stadium on May 25 appears to have confirmed what a lot of people in Britain have been murmuring for months. The Germans are somehow getting it right.

Germany's top football league, the Bundesliga, whose clubs don't depend on the cash of oligarchs, sheikhs and business tycoons that own their top-flight English rivals, is often cited as an example of the successful, sustainable German business model. German clubs, many of which are majority-owned by their fans, are a microcosm of the structure of the German economy, the *New Statesman's* editorial states.

The British left has always admired Germany's concept of the social market economy, a principle that underpinned the West German post-war economic miracle, marrying free market economics with a focus on social progress. The system of giving workers a say in corporate decision-making, the state-owned savings banks whose purpose is to promote public welfare, the presence of strong, family-owned businesses that take a long-term approach in their decision-making -- this is very much in line with the social democratic traditions of the opposition Labour Party.

Government Backs Apprenticeships

But even the Conservative-Liberal coalition of Prime Minister David Cameron is resorting to German recipes to get the stagnant British economy growing again. It launched an apprenticeship scheme to encourage more businesses to train their own employees. A new state-owned business bank is to provide small and medium-sized businesses with credit. And state-backed credit guarantees are being used to help boost exports.

The *Financial Times* wrote in April that both the British government and the opposition were transfixed by German ideas. Even the Welsh nationalist party Plaid Cymru recently demanded an investment program to regenerate structurally weak parts of Britain -- similar to Germany's more than €1 trillion *Aufbau Ost* program to rebuild the former communist east of Germany.

The rethink began after the 2008 financial crash. The British economy, so heavily reliant on its banking sector, has yet to recover from the blow, while the German economy rebounded relatively quickly. Part of the reason

Britain had remained sluggish is that manufacturing only accounts for 11 percent of the country's gross domestic product. In Germany, the figure is almost twice as high at 21 percent.

The Confederation of British Industry (CBI) said back in 2011 that Britain needed its own version of the *Mittelstand* -- the small- and medium-sized German manufacturing companies often referred to as the backbone of the German economy. CBI chief John Cridland said Britain should boost its small business sector to promote innovation and growth. The government responded by setting up the business bank.

But the Labour Party is the most ardent supporter of the German model. Its leader, Ed Miliband, likes to talk about "responsible capitalism." He has put a stop to the close ties New Labour had with the big London banks under former Labour Prime Minister Tony Blair. Instead, Labour dispatched members to Germany to learn how the *Sparkassen* savings bank system operates. Shortly after that, Miliband announced that if he wins the next election in 2015, he will set up regional banks focused on promoting their local economies.

The *Independent* newspaper was only half-joking when it referred to "Neue Labour." Two of Miliband's advisers, Maurice Glasman and Stewart Wood, are experts on Germany. They are calling for the return to the "*Mitbestimmung*" system of codetermination, in which any company with a workforce of more than 2,000 people must have half its supervisory board made up of worker representatives. It was the British who introduced the system in Germany after World War II.

Even the current Golden Boy of British politics, Nigel Farage, the leader of the staunchly anti-EU United Kingdom Independence Party (UKIP), which just scored big in local elections, sees Germany as worthy of emulating -- at least in some respects. Instead of the strict smoking ban in force in British pubs, Britain should copy the Germans and allow pubs to designate smoking and non-smoking zones -- like they do in Germany.

Gastbeitrag von Hans-Werner Sinn

„Die Argumente von George Soros stechen nicht“

07.05.2013 · Deutschland kann Eurobonds nicht akzeptieren. Der Großinvestor Soros fordert also faktisch das Ende des Euro. Doch selbst wenn Deutschland austräte, hätten die südlichen Länder ein erhebliches Wettbewerbsproblem.

Von Hans-Werner Sinn

78,63



© Frank Röth Hans-Werner Sinn widerspricht George Soros

Großinvestor George Soros setzt Deutschland die Pistole auf die Brust. Es solle entweder Eurobonds zustimmen oder den Euro verlassen. Nur so könne der Euro funktionieren. Die lateineuropäischen Länder sollten den Widerstand gegen Deutschland organisieren.

Deutschland kann die Eurobonds nicht akzeptieren. Der Ausschluss jeglicher Schuldensozialisierung war Deutschlands Bedingung für die Aufgabe der D-Mark bei den Verhandlungen zum Maastrichter Vertrag (Artikel 125 AEUV). Das Bundesverfassungsgericht hat angedeutet, dass Deutschland eine Volksabstimmung brauchte, um Eurobonds einzuführen. Der Bundestag hat nicht das Recht, solch eine Entscheidung zu treffen, weil sie die verfassungsmäßigen Grundlagen der Bundesrepublik Deutschland verändern würde. Die Volksabstimmung würde auch keine Mehrheit für Eurobonds bringen, es sei denn, sie wäre mit der Gründung eines europäischen Staates verbunden, gegen den sich Frankreich mit Händen und Füßen wehrt. Angela Merkel, die mit hoher Wahrscheinlichkeit im September wiedergewählt wird, hat erklärt, dass Eurobonds in ihrem Leben nicht kommen werden. George Soros muss das alles wissen. Wenn er dennoch fordert, Deutschland solle zwischen Eurobonds und dem Austritt wählen, dann fordert er faktisch das Ende des Euro.

Selbst wenn Deutschland austräte, hätten die südlichen Länder immer noch ein erhebliches Wettbewerbsproblem im Vergleich zu den anderen verbleibenden nördlichen Ländern, und der Prozess der realen Abwertung durch Austeritätsprogramme bliebe ihnen nicht erspart. Die meisten Länder des Euroraums sind nach wie vor wettbewerbsfähig. Nur in einigen Ländern liegen die Löhne und Preise so weit über dem Gleichgewicht, dass eine Lösung durch ein Zurückbleiben bei der Inflation und nur moderate Preis- und Lohnsenkungen nicht mehr möglich ist.

Einem deutschen Austritt folgte wohl die Spaltung des Euro

Soros spielt das Wettbewerbsproblem herunter und konzentriert sich ganz auf die Lösung der Finanzkrise, die er in den Eurobonds sieht. Die Beruhigung der Finanzmärkte durch Eurobonds und andere öffentliche Garantien für Investoren löst das Wettbewerbsproblem aber nicht, ganz im Gegenteil. Sie erlaubt den betroffenen Ländern, auf die notwendigen Preis- und Lohnsenkungen zu verzichten, und stärkt den Außenwert des Euro, was das Wettbewerbsproblem verschlimmert.

Es ist freilich wahrscheinlich, dass Deutschlands Austritt die Austritte der anderen Länder des früheren D-Mark-Blocks provozieren würde (Niederlande, Österreich, Finnland und vielleicht Belgien). Als Frankreich 1993 vorschlug, dass Deutschland aus dem Europäischen Währungssystem austritt, das der Vorläufer des Euro war, erklärten Belgien und die Niederlande, dass sie dann auch austreten würden. Frankreich zog seinen

Vorschlag zurück. Daher ist davon auszugehen, dass ein deutscher Austritt die Spaltung des Euro in einen nördlichen und einen südlichen Euro zur Folge haben würde. **Die Frage wäre nur, welchem der beiden Währungsgebiete sich Frankreich dann anschliesse.**

Dessen ungeachtet ist der Vorschlag von Soros, eine Untergruppe der Euroländer möge sich zur Emission eigener Eurobonds zusammenschließen, nicht schlecht. Jedes Land sollte sich frei fühlen, einen Euroraum der zwei Geschwindigkeiten einzuführen, wenn es darin Vorteile sieht. **Ob es zur Verbesserung des Ratings der Staatspapiere der lateineuropäischen Länder käme, wenn sie gemeinsam Eurobonds einführen würden, wage ich zu bezweifeln. Ohne Deutschlands Beteiligung werden das Rohrkrepiere.**

Soros unterschätzt die Risiken einer Schuldensozialisierung

Soros' Anschuldigung, Deutschland betreibe eine Austeritätspolitik, ist falsch und unfair. Die Austerität, also der Zwang zum Maßhalten, kommt von den Märkten, nicht von jenen Ländern, die die Mittel zur Minderung der Austerität zur Verfügung stellen. Bis heute hat die Staatengemeinschaft einschließlich der Europäischen Zentralbank (EZB) den GIPSIC-Ländern **1,185 Billionen Euro Rettungskredite** gewährt: 707 Milliarden Euro Target-Schulden abzüglich der Forderungen aus einer unterproportionalen Ausgabe von Banknoten, 349 Milliarden intergouvernementale Rettungskredite einschließlich der Kredite des Internationalen Währungsfonds (IWF), 128 Milliarden Euro Käufe von Staatspapieren der GIPSIC-Länder durch die Notenbanken der Nicht-GIPSIC-Länder (www.CESifo.org).

Dabei sind die unbegrenzten Garantien der EZB für die Staatspapiere Südeuropas im Rahmen des OMT-Programms, die zu Lasten der Steuerzahler der bislang noch gesunden Länder Europas abgegeben wurden, noch nicht gerechnet. **Sollte der Euro zerbrechen und die GIPSIC-Länder in Konkurs gehen, verlöre Deutschland 545 Milliarden Euro**, also fast die Hälfte der genannten Summe, denn die Bundesbank hat die meisten der Nettozahlungen zugunsten der GIPSIC-Länder geleistet, die durch die Target-Forderungen gemessen werden. **Von allen Ländern, die sich an der Rettung der Euro-Krisenländer beteiligen, trägt Deutschland bei weitem den größten Beitrag; es mildert die von den Märkten verlangte Austerität der Südländer stärker als jedes andere helfende Land.**

Soros unterschätzt die Risiken, die eine Schuldensozialisierung für die Eurozone bedeuten würde. Als **Alexander Hamilton**, der erste amerikanische Finanzminister, im Jahr 1791 die Schulden der Einzelstaaten sozialisierte, indem er sie dem Bund zuschlug, glaubte er, er habe das neue Staatenbündnis „mit Zement“ verstärkt. Indes regte die Schuldensozialisierung die Einzelstaaten an, sich immer mehr zu verschulden. Es entstand eine Kreditblase, die 1837 platzte und bis 1842 die meisten amerikanischen Staaten in den Konkurs trieb. **Nichts als Zwietracht und Streit war die Folge.**

Der Euro ist ein zentrales europäisches Integrationsprojekt

Die Euro-Krise entstand, weil die Investoren die Risiken eines Engagements in Südeuropa unterschätzten und deshalb zu viel Kapital dorthin schickten, was zu einer inflationären Kreditblase führte und die Südländer ihrer Wettbewerbsfähigkeit beraubte. Eurobonds würden diese Unterschätzung der Risiken nur noch institutionalisieren und damit verhindern, dass die Märkte ihren Fehler korrigieren. Sie würden lockere Budgetbeschränkungen und riesige politische Moral-Hazard-Effekte implizieren, die zur Zerstörung des europäischen Modells führen würden.

Soros sagt, Länder, die nach der Einführung der Eurobonds die notwendigen Reformen versäumen, würden sich in eine dauerhafte Armut und Abhängigkeit begeben, ähnlich wie der italienische Mezzogiorno. Das wäre in der Tat so. Angesichts der billigen Kreditquellen würde es eine Reihe von Ländern dieser Art geben. Sie würden sich zu einer Art Mezzogiorno oder auch zu einer Art neuer Bundesländer entwickeln und dauerhaft unter der „holländischen Krankheit“ leiden und hätten damit eine chronische Arbeitslosigkeit und ein zu geringes wirtschaftliches Leistungsniveau bei einem akzeptablen, freilich teilweise von anderen Ländern finanzierten Lebensstandard.

Soros behauptet, Deutschland werde nach einem Austritt unter der Aufwertung seiner Währung leiden. Das stimmt nicht. Zum einen ist Deutschland zurzeit im Euro unterbewertet und würde deshalb über den „Terms-of-

Trade-Effekt“ von einer begrenzten Aufwertung nur profitieren. Der Vorteil billigerer Importe würde den Nachteil einer etwas schlechteren Exportkonjunktur mehr als aufwiegen. Zum anderen könnte die Bundesbank eine exzessive Aufwertung verhindern, indem sie, ähnlich wie es die Schweizer Notenbank tat, eigene Währung gegen ausländische Wertpapiere verkauft. Deutschland ginge es dann wesentlich besser als heute, weil es statt bloßer Target-Forderungen echte marktfähige und gut verzinsliche Wertpapiere akkumulieren würde. **Ich betone aber von neuem, dass Deutschland dennoch nicht aus dem Euro austreten sollte, weil der Euro ein zentrales europäisches Integrationsprojekt ist und nach der Lösung der Krise potentiell nützliche Wirkungen für den innereuropäischen Handel haben könnte.**

Italien sollte den Euroraum nicht verlassen

Soros behauptet, dass ein Austritt der Südländer deren externes Schuldenproblem verschlimmern würde. Das Gegenteil ist der Fall. Natürlich würde ein Austritt nebst der nachfolgenden Abwertung die Schulden in Relation zum Bruttoinlandsprodukt erhöhen, doch würde eine reale Abwertung durch Deflation im Euroverbund genau dieselbe Wirkung haben. **Wenn man die Eurozone nicht inflationieren will, lässt sich die Wettbewerbsfähigkeit der Südländer nur durch eine offene Abwertung nach einem Austritt oder durch eine interne Abwertung durch Preissenkungen erreichen, und das wiederum ist der einzige Weg, die Leistungsbilanzüberschüsse strukturell zu verbessern und die Schulden auf geordnete Weise zurückzuzahlen.** So gesehen ist ein temporärer Anstieg der Schulden in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gar nicht vermeidbar, wenn ein Land Schulden tilgen und wieder auf ein tragfähiges Schuldenniveau kommen will.

Nach meiner Meinung sollten wir allerdings etwas mehr Inflation im Norden der Eurozone akzeptieren, um auf diese Weise einen Beitrag zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Südens zu leisten. Wenn wir jedoch die Ersparnisse des Nordens auf dem Wege über Eurobonds wieder in den Süden leiten würden, wo sie eigentlich nicht hinwollen, dann würden wir genau das Gegenteil erreichen, denn wir würden den deutschen Bauboom wieder zerstören, der gerade dabei ist, auf dem Wege über einen Rückgang der Arbeitslosigkeit zu höheren Lohnforderungen zu führen, und insofern potentiell auch eine gewisse Inflation in Deutschland hervorbringen könnte.

Soros erwähnt **Italien**. Ich sehe nicht, warum Italien den Euroraum verlassen sollte und warum es „unendlich besser“ dastünde, wenn stattdessen Deutschland austräte. **Italien hat ein sehr geringes Niveau an Außenschulden und eine sehr wettbewerbsfähige Wirtschaft im Norden.** Gemäß einer Studie von Goldman Sachs benötigt es gegenüber dem Durchschnitt der Eurozone nur eine Abwertung von höchstens 10 Prozent. Das lässt sich bewerkstelligen. **Wenn es wirklich stimmte, dass Deutschland durch einen Austritt wirtschaftlich litte, dann litte auch Italien, weil Italien und Deutschland durch industrielle Vorleistungsketten auf das engste verflochten sind. Die zwei Länder sind eher Komplemente als Substitute.**

Die Argumente von Soros stechen nicht

Soros weist auf **Japans** erfolglose Versuche hin, seine Probleme durch eine Austeritätspolitik nach deutschem Muster zu lösen, und er warnt davor, das japanische Experiment zu wiederholen. **Aber Japan hat nun wahrlich keine Austeritätspolitik betrieben, nachdem sein Bankensystem 1997 kollabierte.** Die Bank von Japan hat die Zinsen seitdem stets fast bei null gehalten. **Die Staatsschulden wuchsen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt von 99 Prozent im Jahr 1996 auf 237 Prozent im Jahr 2012, weil Japan ein exzessives keynesianisches Deficit Spending betrieb.** Davon abgesehen ließe sich die Wirkungslosigkeit einer Austeritätspolitik in einem Land mit flexiblem Wechselkurs ohnehin nicht auf ein Land innerhalb einer Währungsunion übertragen. Während der flexible Wechselkurs jeden Versuch, die Wettbewerbsfähigkeit durch eine Deflation zu stärken, kompensieren würde, wirkt eine Deflation in einer Währungsunion Wunder, wie das irische Beispiel gezeigt hat. **Die irische Wirtschaft hat ihr Preisniveau seit 2006 relativ zum Rest der Eurozone um 15 Prozent gesenkt, und es gelang ihr, sich auf diese Weise zu retten.**

Die Argumente von Soros stechen also nicht. **Wenn jemand aus dem Euroverbund austreten sollte, dann sind es die Länder, die mit dem Euro nicht mehr zurechtkommen.** Es ist nicht sinnvoll, **die deutsch-französische Achse** zu spalten und den Euro insgesamt aufzugeben, um diese Länder wieder wettbewerbsfähig zu machen.

Hans-Werner Sinn ist Präsident des Ifo-Instituts in München.

Lenbachhaus München

Die goldene Versöhnung

07.05.2013 · Nach vier Jahren Umbau eröffnet das Lenbachhaus in München wieder: Eine einzigartige Sammlung vereint die Tradition mit der Avantgarde. Der Besucher ist der Gewinner.

Von [Julia Voss](#)

78,66



© dpa Blick auf den neuen Eingang: Der Schriftzug an der Fassade stammt von Thomas Demand.

Vom 8. Mai an ist es wieder geöffnet, das [Lenbachhaus](#), „Münchens beliebtestes Museum“, wie es in der Presseerklärung zum Katalog heißt. Tatsächlich hat das mit dem Umbau beauftragte Architekturbüro Foster+Partners für diese Stellung in der städtischen Museumslandschaft eine Metapher von fast kindlicher Sorglosigkeit gewählt: Gold. Der Anbau des neuen Lenbachhauses, die Fassade, ist golden wie der Geldspeicher von Dagobert Duck oder wie ein Schatz im Märchen. Zu protzig, zu schrill, lautet die Kritik. Man muss den Architekten und Bauherren allerdings zugutehalten, dass man sich Mühe gegeben hat, den Eindruck des Klotzigen, Angeberhaften zu vermeiden.

„Lenbachhaus“ steht in blauer Schrift an der Fassade, der Entwurf stammt von Thomas Demand, und Buchstabe für Buchstabe ist eine alte Schrift des neunzehnten Jahrhunderts mit einer modernen ineinandergefaltet. Auch die fast neunhundert Metallröhren, aus denen sich die Fassade zusammensetzt, gehen auf Altes, auf die Tradition zurück: Ocker ist der Anstrich der Lenbach-Villa, das matte Gold nimmt den Ton auf und spielt ihn mit Lichtreflexen weiter. Die Form ist schlicht, fast technisch, der Neubau umschließt die Villa von der Rückseite fest wie eine große Wegfahrsperrung, als müsse man fürchten, sie könne sonst wegrollen. Das Gegenteil ist der Fall: Überrollt wurde das Museum zunehmend von Besucherströmen, die vor allem kamen, um die weltweit größte Sammlung von Kunst des „Blauen Reiters“ zu sehen, Franz Marcs „Blaues Pferd“ etwa, Wassily Kandinskys abstrakte „Improvisationen“ oder Gabriele Münters Landschaften und Porträts. 200.000 Besucher zählt das Haus durchschnittlich, 400.000 in Spitzenjahren. Man betritt bei der heutigen Eröffnung also die gebaute Erfolgsgeschichte der Moderne. Was sich vor hundert Jahren noch niemand vorstellen konnte, ist längst eingetreten: Aus Japan, China oder Amerika reisen Menschen an, um sich anzusehen, was die Künstler und Künstlerinnen hervorgebracht haben, die sich 1911 unter dem Namen „Blauer Reiter“ in München zusammenschlossen.

Ein Gang durch die Sprachen der Kunst

Mit dem Umbau ist eine architektonische und kunsthistorische Großzügigkeit eingezogen, die Franz von Lenbach (1836 bis 1904), dem ehemaligen Eigentümer und Namensgeber, selbst fernlag. Es war Lenbach, der Münchner Künstlerfürst und Bismarck-Porträtist, der sich das Haus von 1888 bis 1890 als Monument seines Erfolgs zu Lebzeiten erbauen ließ, toskanisch im Stil, fürstlich in der Anmutung, technisch avanciert in der Ausstattung. Er, der für den Unterhalt seiner Malerresidenz immer mehr und schneller malen musste, hatte für die „dreiste Kunstjugend“ nur Verachtung übrig, und seine dominante Stellung im Kunstsystem führte unter anderem dazu, dass sich um die Jahrhundertwende neue Künstlervereinigungen bildeten, in ihrer Gefolgschaft später der „Blaue Reiter“. Die Ironie der Geschichte brachte beide Jahrzehnte später in einem Museum zusammen: 1929 erwarb die Stadt München die Villa von Lolo von Lenbach, der Witwe; 1957 schenkte Gabriele Münter, die Malerin und Lebensgefährtin Kandinskys, dem Lenbachhaus mehr als tausend Werke des „Blauen Reiters“.



Die Lichtinstallation in der Eingangshalle hat der Künstler Olafur Eliasson geschaffen.

Von den einstigen Fehden und Streitereien ist heute nichts mehr zu spüren - im Gegenteil. Im Kosmos des neuen Lenbachhauses bilden die restaurierten Räumlichkeiten des herrischen Malers keine düstere Gegenwelt, sondern einen Teil der Vielfalt, die sich vor den Besuchern ausbreitet. Kunstgeschichte, so erhält man den Eindruck, wurde lange genug als ein Entweder-Oder erzählt, als eine Schlacht zwischen Stilen, die einander ausschließen, als richtig und falsch, gut und böse, modern oder regressiv. Der Gang durch das Lenbachhaus ist dagegen ein Weg durch die Sprachen der Kunst der letzten zweihundert Jahre, von der kleinformatigen Landschaftsmalerei eines Johann Georg von Dillis über die rauchigen historistischen Gemälde Lenbachs, die leuchtenden Bilder des „Blauen Reiters“ bis zu den Installationen von Joseph Beuys und in die Gegenwart zu Gerhard Richter, Wolfgang Tillmans, Isa Genzken oder Katharina Grosse. Dank des Engagements von Stiftern und Mäzenen konnte die Sammlung kontinuierlich wachsen: Gezeigt werden nun erstmals Werke aus der Christoph Heilmann Stiftung mit Malerei der deutschen Romantik und der Schule von Barbizon. Allein siebzehn Arbeiten von Joseph Beuys hat der Münchner Verleger Lothar Schirmer dem Haus vermacht; die KiCo Stiftung finanzierte schließlich zahlreiche Neuerwerbungen, unter anderem Werkgruppen von Monica Bonvicini oder Sarah Morris.

Aus allem wollten sie schöpfen

In der oft belächelten deutschen Malerei des neunzehnten Jahrhundert gibt es einige Entdeckungen zu machen, zwei Beispiele seien genannt: Für die Wolkenstudien, die Jakob von Dillis betrieb, ist ein traumhaft schönes Kabinett eingerichtet worden. Ein Stockwerk höher, in der Porträtsammlung, findet sich das minimalistische Bildnis eines kleinen Mädchens von 1826 aus der Hand der Künstlerin Maria Electrine Freifrau von Freyberg-Eisenberg. Der malerische Akzent liegt auf dem federweichen Haar und der durchsichtigen hellen Haut, die Kinder mit manchen Meeresbewohnern teilen. Auch das ist eine Geschichte, die ins Lenbachhaus Eingang gefunden hat: Als 1808 die „Königliche Akademie der Bildenden Künste München“ von König Max I. Joseph gegründet wurde, erlaubte man sich Freiheiten, die später wieder kassiert wurden. Eingerichtet hatte man eine Klasse für Landschaftsmalerei, und Frauen waren zum Studium zugelassen. Beides wurde abgeschafft, die bereits errungenen Möglichkeiten der Kunst wurden wieder eingedämmt, als 1826 die Klasse für Landschaftsmalerei gestrichen und 1839 den Frauen auch in München, wie im übrigen Europa, das Kunststudium untersagt wurde.



© VG Bildkunst Bonn

Leben unter Bildern: Gabriele Münters Gemälde „Im Zimmer“ von 1913 gehört zur weltweit größten Sammlung von Werken des „Blauen Reiters“.

Wie der „Blaue Reiter“ schließlich das Kunstverständnis veränderte, führt vielleicht kaum ein Bild so erzählerisch vor Augen wie Gabriele Münters „Im Zimmer“ von 1913, dem ein zentraler Platz in der neuen Hängung eingeräumt wurde: Ein Mädchen sitzt auf einem grünen Sessel, versunken in die Lektüre eines Textbogens, während die Bilder um sie herum ein Eigenleben zu führen scheinen. Sie bevölkern die Wände, den Boden, selbst das Teppichornament scheint sich wie ein Drache zu erheben. Es ist, so weiß man inzwischen, Münters elfjährige Nichte, die dort sitzt, die Bilder auf dem Boden, das Porträt und die Ansicht einer afrikanischen Skulptur hatte sie selbst gemalt. Gabriele Münter verwahrte sie in ihrem Nachlass, wo sie bis heute geblieben sind. Kein Stil eint den Bilderkosmos, in dem das junge Mädchen sitzt, keine Blickhierarchie leitet den Betrachter an, dem einen Bild mehr Wert beizumessen als dem anderen. Und eben für diese Öffnung, für die Anerkennung dieses Reichtums trat der „Blaue Reiter“ ein: Volkskunst, Hinterglasmalerei, Kinderzeichnungen, das Mittelalter, die Kunst der sogenannten „Primitiven“, der japanische Holzschnitt - aus allem wollten sie schöpfen, Künstler wie Künstlerinnen, um eine neue Bildsprache zu finden.

Kunst und höhere Erkenntnis

Auch daraus hat man bei der Neuhängung die Konsequenzen gezogen. Kandinsky und Marc haben zwar einen eigenen Raum erhalten, aber ihr Werk bildet keine Insel, Blickachsen verbinden den „Blauen Reiter“ mit dem Symbolismus oder der Neuen Sachlichkeit. Die Räume sind bunt gestrichen, fliederfarben, ocker, graublau, Kandinskys Werke der expressiven Abstraktion aus den Jahren 1911 bis 1914 hängen vor schwarzem Seiden-Moirée. Zum Vorbild hat man sich die dunklen Wandbehänge genommen, mit denen 1911/12 die Räume der Galerie Thannhauser für die erste Ausstellung des „Blauen Reiters“ verkleidet worden waren.

Vor mehr als hundert Jahren träumte Kandinsky selbst von einem neuen Museum. In „Über das Geistige in der Kunst“ von 1912 wollte er die Kunst hinter sich lassen, die beschriftet, benannt und erklärt werden müsse: „Alles ist sorgfältig in einem Buch gedruckt: Namen der Künstler, Namen der Bilder. Menschen haben diese Bücher in der Hand und gehen von einer Leinwand zur andern und blättern und lesen die Namen. Dann gehen sie fort, ebenso arm oder reich, wie sie eintraten.“

Kandinsky selbst glaubte, eine Kunst zu schaffen, die den Betrachter zur höheren Erkenntnis führe, zum Sehen von Musik oder geistigen Welten. Abstraktion hieß einer seiner Wege dorthin, er war nicht der Einzige, der ihn beschritt, in ganz Europa arbeiteten Künstler daran, im fernen Schweden etwa Hilma af Klint. An dem Anspruch, selbsterklärend zu sein, musste Kandinsky scheitern. Seine Gemälde sind häufig nicht weniger erklärungsbedürftig als die übrige Kunst seiner Zeit. Der Wert jedoch, sich mit ihnen auseinanderzusetzen, ist unbestritten.

Das neue Lenbachhaus unternimmt das Bestmögliche, damit wir reicher gehen können, als wir gekommen sind, und damit wir die Einladung, den wilden Reichtum der Sammlung kennenzulernen, annehmen. Den Besucher führt ein Holzboden durch das Haus, von der Vergangenheit bis in die Gegenwart. Durch ein neues System scheint natürliches Licht vorzuherrschen, die Räume muten privat an, ohne beengt zu wirken. Im Eingang schraubt sich eine Lichtskulptur von Olafur Eliasson von der Decke, die an die Lampenentwürfe des venezianischen Universalkünstlers Mariano Fortuny erinnert. Zwischen Künstlerfürst und Avantgarde ist Frieden eingekehrt. Den Gewinn hat der Besucher.

Financial repression and pensions

It doesn't work every time

May 8th 2013, 14:40 by Buttonwood

78,69

JUST caught up (via Zerohedge) with a Der Spiegel [interview](#) with Carmen Reinhart. It all fits in with your blogger's world view especially the point where she says that

You have to deal with the debt overhang one way or the other because the high debt levels are an impediment to growth, they paralyze the financial system and the credit process.

Inflate, stagnate or default has been the mantra here, since the debt [survey](#) published in 2010. Ms Reinhart mentions outright default but also - a term she helped coin - the prospect of financial repression, holding real interest rates negative as a way of transferring money from creditors to borrowers.

This is a problem (another recurring blog theme) for pension funds. As Ms Reinhart puts it

No doubt, pensions are screwed. Governments have a lot of leverage on what kinds of assets pension funds hold. In France, for example, public pension funds have shifted money from shares (on the stock market) to government bonds. Not because their returns are great, but because it is more expedient for the government. Pension funds, domestic banks and insurance companies are the most captive audiences, because governments can just change the rules of the game

Now, of course, the effect on corporate pension funds (and their employees) of financial repression is to lower investment returns, and thus increase the required contributions. Companies have responded by closing final salary schemes and by instituting defined contribution schemes, which tend to be less generous, not least because less is put in the pot. The cost of financial repression, in the long run, will be borne in part by current workers when they retire.

When it comes to funded public pension schemes (as opposed to pay-as-you-go), there is not much point in financially repressing them. What the government gains in lower bond yields, it will have to pony up in contributions and/or benefits (whatever the accounts say). Of course, governments could ask public sector workers to contribute more but there is a limit to their ability to pay, let alone their willingness to do so. (The UK's public sector pension reforms achieved [very little](#) in cost savings, in return for a lot of protest.) So this is one where current taxpayers gain, and future taxpayers lose; given the short-term nature of the electoral cycle, this is one trade politicians are happy to make.

By the way, the whole interview goes past without a mention of the 90% debt-to-GDP threshold. The article came before the paper questioning the Reinhart-Rogoff maths was published but it shows it was not the *idée fixe* of the duo.

04/10/2013 02:03 PM

Harvard Economist Carmen Reinhart

'The Crisis Isn't Over in the US or Europe'

In a SPIEGEL interview, Harvard economist Carmen Reinhart argues governments are incapable of reducing their debts and that central banks are now stepping up to resolve the crisis themselves. In the end, she argues, everyday savers will pay the price.

SPIEGEL: Ms. Reinhart, central banks around the world are flooding the markets with cheap money in order to spur economies and support governments. Are these institutions losing their independence?

Reinhart: No central bank will admit it is keeping rates low to help governments out of their debt crises. But in fact they are bending over backwards to help governments to finance their deficits. This is nothing new in history. After World War II, there was a long phase in which central banks were subservient to governments. It has only been since the 1970s that they have become politically more independent. The pendulum seems to be swinging back as a result of the financial crisis.

SPIEGEL: Is that true of the European Central Bank as well?

Reinhart: Less than for other central banks, but yes. And the crisis isn't over yet -- not in the United States and not in Europe.

SPIEGEL: But the danger of such a central bank policy is already well known: It can lead to high inflation.

Reinhart: True. But it is certainly more difficult for a central banker to raise interest rates with a debt to gross domestic product ratio of over 100 percent than it is when this ratio stands at 39 percent. Therefore, I believe the shift towards less independence of monetary policy is not just a temporary change.

SPIEGEL: As a historian who knows the potential long-term consequences very well, doesn't such short-sighted decision-making frighten you?

Reinhart: I am not opposing this change, I am just stating it. You have to deal with the debt overhang one way or the other because the high debt levels are an impediment to growth, they paralyze the financial system and the credit process. One way to cope with this is to write off part of the debt.

SPIEGEL: You mean some kind of haircut?

Reinhart: Yes. But we are in an environment where politicians are very reluctant to do write-offs. So what happens is that [money is transferred from savers to borrowers](#) via negative interest rates.

SPIEGEL: In other words: When the inflation rate is higher than the interest rates paid on the markets, the debts shrink as if by magic. The downside, though, is that this applies to the savings of normal people.

Reinhart: The technical term for this is financial repression. After World War II, all countries that had a big debt overhang relied on financial repression to avoid an explicit default. After the war, governments imposed interest rate ceilings for government bonds. Nowadays they have more sophisticated means.

SPIEGEL: Which means?

Reinhart: Monetary policy is doing the job. And with high unemployment and low inflation that doesn't even look suspicious. Only when inflation picks up, which is ultimately going to happen, will it become obvious that central banks have become subservient to governments.

SPIEGEL: Do you think it is wrong for Europe to focus on austerity measures with inflation at such a low level?

Reinhart: No. Restructuring, inflation und financial repression are not substitutes for austerity. All these measures reduce your existing stock of debt. Unless you do austerity you keep adding to the debt. There is no either-or. You need a combination of both to bring down debt to a sustainable level.

SPIEGEL: Is the new trend in monetary policies a good way of tackling debt problems?

Reinhart: There are no silver bullets. If central banks try to accommodate and buy debt, there are risks associated with it. Somewhere down the road you are going to wind up with higher inflation. That is a safe bet - even in Japan ...

SPIEGEL: ... which is currently dealing with the opposite phenomenon: deflation with sinking prices.

Reinhart: A further risk of such policies is that efforts to save will be delayed.

SPIEGEL: So what should be done?

Reinhart: The best way of dealing with a debt overhang is to never get into one. Once you have one, what can you do? You can pray for higher growth, but good luck! Historically it doesn't happen -- you seldom just grow yourself out of debt. You need a combination of austerity, so that you don't add further to the pile of debt, and higher inflation, which is effectively a subtle form of taxation ...

SPIEGEL: ... with the consequence that people are going to lose their savings?

Reinhart: No doubt, pensions are screwed. Governments have a lot of leverage on what kinds of assets pension funds hold. In France, for example, public pension funds have shifted money from shares (on the stock market) to government bonds. Not because their returns are great, but because it is more expedient for the government. Pension funds, domestic banks and insurance companies are the most captive audiences, because governments can just change the rules of the game.

SPIEGEL: We have seen 50 years of peace and democracy in Europe, but also 50 years of rising debt. Are democracies incapable of setting a budget and sticking to it?

Reinhart: No, but after World War II austerity was easier to pursue, because you had a younger population and therefore less entitlements. Furthermore, military expenditure was easier to reduce. So, the build-up in debt we have seen since the crisis is very rare. Usually you get that kind of build-up when there is a war.

SPIEGEL: But is it not a declaration of bankruptcy for democracy if central bankers, who haven't even been elected, have to step in to fix the problem in the end?

Reinhart: I think the biggest mistake that European policy-makers are now making is not to put debt restructuring more explicitly on the table.

SPIEGEL: Are you referring to Greece?

Reinhart: Greece has had its restructuring, that's history. But look at Ireland and Spain. Private senior bank debt has not been written off, despite the fact that underlying asset prices in those countries have collapsed and are still collapsing.

SPIEGEL: So closures of some banks would be helpful?

Reinhart: What is sacrosanct about bank debt?

SPIEGEL: Well, the bankruptcy of banks can have a considerable effect on the financial system.

Reinhart: Let me be a little blunter: A haircut is a transfer from the creditor to the borrower. Who would get hit by a haircut? French banks, German banks, Dutch banks -- banks from the creditor countries. So you can see why this is politically torched. This is why it is not done, it's a redistribution. But ultimately it is going to happen, because the level of debt is too high.

SPIEGEL: The United States is very highly indebted as well.

Reinhart: Yes, but who are the large holders of government bonds? Foreign central banks. You think the Bank of China is going to be repaid? The US doesn't have to default explicitly. If you have negative real interest rates, the effect on the creditors is the same. That is also a transfer from China, South Korea, Brazil and other creditors to the US.

SPIEGEL: And what happens if the creditors don't continue to play along and the interest rates on American government bonds climb? Do you see the danger of a debt crisis in the US?

Reinhart: Why do we have such low interest rates? The Federal Reserve Bank is prepared to continue buying record levels of debt as long as the unemployment situation isn't satisfying. And China's central bank will also continue to buy treasuries, because they don't want the renminbi to appreciate.

SPIEGEL: That sounds like a perpetual motion...

Reinhart: ... of course it is!

Interview conducted by Martin Hesse and Anne Seith

May 8

Public debt and the central bank's role: **"No doubt, our pensions are screwed!"**

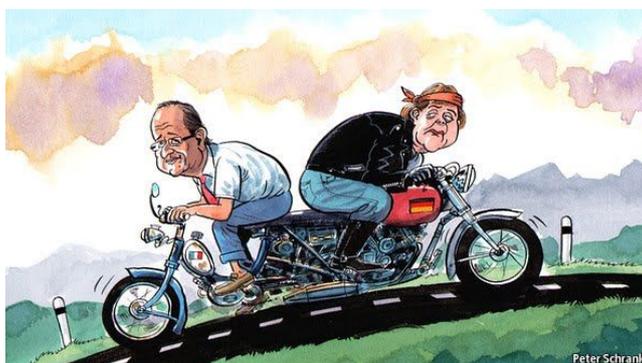
[Harvard Economist Carmen Reinhart: 'The Crisis Isn't Over in the US or Europe'](#) Spiegel International April 10

In a SPIEGEL interview, Harvard economist Carmen Reinhart argues governments are incapable of reducing their debts and that central banks are now stepping up to resolve the crisis themselves. In the end, she argues, everyday savers will pay the **price**.

[Financial repression and pensions: It doesn't work every time](#) The Economist, Buttonwood, May 8

May 4

France and Germany: **"Deep Frost"**



Copyright Peter Stamm, The Economist

[France and Germany: A tandem in trouble](#) The Economist May 4

The European Union is fretting over a widening gulf between the two partners that have always acted as its foundations...

[A Deep Frost in Franco-German Relations](#) Spiegel International Mat 1st

Progress in the European Union is stalled at the moment because France and Germany can't get along. Paris is hoping for a change of government in Berlin after elections this fall, but even that would do little to bridge growing differences between the countries...

[Deutsch-französische Beziehungen: Ein unersetzliches Gespann für Europa](#) FAZ, Günter Nonnenmacher, May 4

Die deutsch-französischen Beziehungen im modernen Europa sind ein Wechselbad von Weihestunden und Widerspruch. Doch die beiden Länder brauchen einander, und Europa braucht sie - gerade in ihrem ständigen Widerstreit.

Kommentar

Aufstocker-Panik ohne Grund

08.05.2013 · Es gibt in Deutschland nicht mehr Aufstocker. Der Skandal fällt aus. Deutschland braucht eine sachlichere Debatte - denn Panikmache hilft den Aufstockern am wenigsten.

Von [Sven Astheimer](#)

78,74

Mit den Aufstockern lässt sich prima Wahlkampf betreiben. Wer wäre nicht besorgt, wenn ihm das Schicksal drohte, trotz Vollzeitarbeitstelle seinen Lebensunterhalt nicht mehr selbst finanzieren zu können und zusätzlich auf Sozialhilfe angewiesen sein zu müssen?

Am Mittwochmorgen machten Medienberichte die Runde, die suggerierten, das Heer dieser Armutslöhner werde immer größer. Flugs verbreitete sich die Botschaft inklusive der Forderung nach einem allgemeinen Mindestlohn zur Beseitigung der Armutslöhne ungefiltert. Dabei zeigt eine nähere Betrachtung: [Die Aufstocker-Hysterie ist unberechtigt](#). Und gefährlich.

Kein massenhaftes Abrutschen von Beschäftigten

Aufstocker: Schon das Wort braucht eine Interpretation. Wer stockt eigentlich was auf? Geht es um Arbeitslose, die ihr Arbeitslosengeld II mit einem Erwerbseinkommen aufbessern? Oder sind es Beschäftigte, die ihr Existenzminimum nicht mehr allein sichern können und deshalb ergänzende Hilfen gerade für die steigenden Wohnkosten brauchen? Die Antwort lautet, dass es beide Gruppen gibt.

Grund zur Sorge wäre ein massenhaftes Abrutschen von Beschäftigten. Das lässt sich aber empirisch nicht belegen. Wohl aber die Wirkung der höheren Hartz-IV-Regelsätze der vergangenen Jahre. Es ist doch geradezu absurd, wenn man erst mehr Menschen einen Anspruch gibt und sich danach darüber aufregt, dass mehr Menschen ihren Anspruch wahrnehmen.

Insgesamt gibt es sogar weniger Aufstocker, die mehr als 800 Euro verdienen, also mehr als einen Mini- oder Midijob, als zum Beginn der Erhebung 2007. Alternativ kann man das Rezessionsjahr 2009 als Ausgangspunkt wählen, um eine niedrige Basis zu haben. Dann ergibt sich ein Anstieg um 20.000, aber der Anteil an allen Beschäftigten bleibt konstant. Der Skandal fällt also aus.

Warum stürzen sich alle auf die vermeintliche Nachricht?

Warum stürzen sich dennoch alle sofort auf die Nachrichten von den vermeintlich skandalösen Zuständen am deutschen Arbeitsmarkt? Obwohl die Löhne und Gehälter in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen sind? Obwohl die Erwerbstätigkeit so hoch ist wie nie und die Arbeitslosigkeit so niedrig wie kaum irgendwo anders in Europa? Obwohl gerade noch am Vortag bekannt wurde, dass [eine Million Zuwanderer](#) ihr Glück in Deutschland suchen, vor allem aus dem Süden des Kontinents?

Wahlkampf hin oder her: Es wird höchste Zeit, die Debatte wieder zu versachlichen. Warum kann man nicht sagen: Ja, es gibt eine Gruppe von rund 300.000 Menschen, mal mehr, mal weniger, die auf einen Kombilohn aus Erwerbs- und Transfereinkommen angewiesen sind. Wie kann deren Situation am Arbeitsmarkt verbessert werden?

Hilft es ihnen wirklich, sie mittels allgemeinem Mindestlohn auf ein Lohnniveau zu hieven, das von ihrer Produktivität womöglich nicht mehr gerechtfertigt wird und das sie dann ihre Stelle kostet? Oder ist es vielleicht hilfreicher, ihre Fähigkeiten mit Weiterbildung im Beruf zu verbessern, um so den Aufstieg in höhere Gehaltsklassen zu ermöglichen?

Politik und Gesellschaft müssen die Grundsatzfrage beantworten, ob staatlich bezuschusste Kombilöhne nicht das geringere Übel sind als eine verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit, wenn die Einstiegslohne zu hoch ausfallen.

All diese Fragen müssen sachlich diskutiert und die Argumente sorgsam abgewogen werden. An Paniknachrichten besteht dagegen kein Bedarf. Sie helfen niemandem, den Aufstockern am wenigsten.

05/09/2013 12:10 PM

'Can't Call That Savings'

German Central Bank Head Blasts France

German central bank head Jens Weidmann has strongly criticized French efforts to reduce its budget deficit, just days after the European Union granted Paris more time to meet EU requirements. He warns that French delays could damage the credibility of euro-zone rules.

France needs more time to get its budget deficit under control. That much was made clear last Friday when the European Commission announced it was granting Paris until 2015 to bring its budget deficit below the maximum 3 percent of gross domestic product allowed by European Union rules ensuring the stability of the euro.

But on Wednesday evening, Jens Weidmann, the president of Germany's central bank, the Bundesbank, said he is adamantly opposed to the move. "You can't call that savings, as far as I am concerned," he told the daily *Westdeutsche Allgemeine Zeitung* in an interview. "To win back trust, we can't just establish rules and then promise to fulfil them at some point in the future. They have to be filled with life," Weidmann said.

France had originally hoped to reduce its budget deficit below the 3 percent limit this year, but with its economy suffering, the deficit is likely to be closer to 4 percent and slightly higher in 2014.

As a euro-zone "heavyweight", Weidmann said, France must strive to set a positive example. "Particularly now, at a time when we have strengthened the rules regarding deficit reduction, we shouldn't damage their credibility by taking advantage of the built-in flexibility. What we need is trust in our ability to clean up state finances."

No Excessive Consolidation

Weidmann was referring to the European Fiscal Compact, the package of strengthened budgetary rules agreed to by euro-zone member states and most EU countries in late 2011. It went into effect at the beginning of this year. The pact includes stricter penalties for countries that do not meet the 3 percent budget deficit rule, but allows for exceptions in instances of economic weakness. The European Commission referred to France's struggling economy on Friday when it announced the two year extension of the budget deficit deadline for Paris.

Immediately following the announcement from Brussels, French Finance Minister Pierre Moscovici said that Paris planned to scale back its austerity measures. "We don't want excessive consolidation for our country, we don't want austerity beyond what is necessary," he said.

Weidmann's comments come at a time when France and Germany are struggling to convince the rest of Europe and the world that they are in fact on the same page when it comes to managing the euro crisis. French President François Hollande entered office last year promising he would focus more on economic stimulus than on deficit and debt reduction. German Chancellor Angela Merkel, on the other hand, remains a strict adherent of austerity as the best strategy to get the European debt crisis under control.

Just last week, SPIEGEL reported that Chancellery officials believe that Hollande is [waiting until after fall elections](#) in Germany to come to any far-reaching agreements with Merkel in the hopes that the new government in Berlin will be more to his liking. Last Friday, however, Hollande denied that to be the case. "That is wrong," he reportedly told Luxembourg Foreign Minister Jean Asselborn last Friday. "That is not my position."

'I Trust France'

German Finance Minister Wolfgang Schäuble likewise seems to be at pains to counter the widespread perception that France and Germany are at odds. "France is faced with a difficult process of consolidation," he said in an interview with the daily *Rheinische Post*, published on Thursday following his meeting earlier this week with Moscovici. "But they are on the right track. France is a strong country and is aware of its duties and responsibilities." Earlier this week, Schäuble said he found the two-year grace period for France to be "appropriate." "I trust the Commission," he said, "but most of all I trust France."

Still, not everyone in Merkel's party, the center-right Christian Democratic Union (CDU), is pleased. Party economics expert Kurt Lauk said earlier this week that France is in danger of "once again becoming the greatest transgressor of EU stability rules" and said it is "only a question of time before other highly-indebted countries demand concessions."

Pressure likewise came from the EU. Economic and Monetary Affairs Commissioner Olli Rehn said that the country must take immediate steps to improve its international competitiveness. European Council President Herman Van Rompuy also said earlier this week that the country must undertake far-reaching economic reforms.

cgh -- with wire reports

Wirtschaft fordert mehr Bafög und Studiengebühren

Die Welt, 26. April 2013

Mehr Bafög, Kindergeld direkt für Studierende, aber Gebühren für gut verdienende Absolventen: Führende Wirtschaftsverbände fordern eine radikale Reform der deutschen Hochschulfinanzierung.

Die deutsche Wirtschaft will die finanzielle Förderung von Hochschulen und Studenten neu ausrichten. Mehrere Wirtschaftsverbände legten am Freitag einen Zehn-Punkte-Plan vor, der unter anderem eine Bafög-Reform und eine dauerhafte Beteiligung des Bundes an der Hochschulfinanzierung vorsieht.

Gut verdienende Absolventen sollen sich demnach mit Studiengebühren an den Kosten ihres Studiums beteiligen.

Die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI), das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) und der Stifterverband der deutschen Wissenschaft setzen sich in ihrem Konzept unter anderem dafür ein, Studenten aus einkommensschwachen Elternhäusern besser zu fördern.

Studenten würden zwar mit fast zehn Milliarden Euro pro Jahr gefördert, davon würden aber nur 18 Prozent gezielt nach sozialen Kriterien vergeben, erklärten die Verbände.

Bafög soll mit Lebenskosten steigen

Die Wirtschaft drängt auch darauf, die Bafög-Sätze regelmäßig an die Entwicklung der Lebenskosten anzupassen. Außerdem sollen sich Bafög-Empfänger unabhängig von der erhaltenen Förderung nicht um mehr als 1000 Euro pro Semester beim Staat verschulden.

Zudem fordern die Verbände die Einrichtung eines zinsgünstigen Bundesstudienkredits. Sie schlagen auch vor, das Kindergeld, auf welches Studenten unter 25 Jahren Anspruch haben, direkt [an die Jungakademiker anstatt an deren Eltern](#) zu zahlen.

Die Verbände drängen auch grundsätzlich auf eine Neuausrichtung der Hochschulfinanzierung. Diese sei momentan "in der Forschung zu kurzatmig und setzt in der Lehre falsche Anreize", erklärte die Vorsitzende eines gemeinsamen Arbeitskreises von BDA, BDI und Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Marion Schick.

Der Zehn-Punkte-Plan sieht dafür unter anderem eine Verstetigung der bislang befristeten Bundesmittel aus dem Hochschulpakt vor. Diese sollen künftig je nach Absolventenzahlen direkt an die Universitäten und Fachhochschulen fließen.

Ziel ist es laut dem Papier, die Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der Lehranstalten zu stärken. Diese sei bislang von der jeweiligen Finanzstärke der Bundesländer abhängig. Mit der Ausrichtung der Finanzierung an den Absolventenzahlen sollten zudem Anreize geschaffen werden, die hohen Abbrecherquoten an einigen Fakultäten zu reduzieren.

Kritik vom Studentenwerk

Das Deutsche Studentenwerk (DSW) kritisierte vor allem die Forderung nach Studiengebühren. "Man kann nicht einerseits mehr Bafög fordern und andererseits die Studierenden durch Gebühren belasten; das wäre ein Nullsummenspiel", erklärte DSW-Generalsekretär Achim Meyer auf der Heyde.

Anderen Forderungen könne das DSW dagegen zustimmen. "Auch wir fordern, dass das Kindergeld direkt an die Studierenden ausbezahlt wird", sagte Meyer auf der Heyde.

Zudem unterstütze das Studentenwerk die Forderung nach einer dauerhaften Beteiligung des Bundes an der Hochschulfinanzierung.

Spardebatte in der EU

Das Prinzip Hoffnung genügt nicht

10.05.2013 · Es ist unlauter, Stabilitätsregeln als „Austeritätsdogma“ zu verunglimpfen. Vor allem Frankreich kann den gewährten Spar-Aufschub nicht mit einer unerwarteten Konjunkturschwäche rechtfertigen.

Von [Heike Göbel](#)

78,80



© dpa Sparen wird in der Währungsunion derzeit stark diskutiert

Neue Regeln hin, neue Regeln her - wieder winkt säumigen Haushaltssündern in der Währungsunion großzügiger Rabatt beim Schuldenabbau. [Die EU-Kommission will Frankreich und Spanien zwei Jahre mehr Zeit geben](#), um ihre neuen Schulden unter die Obergrenze von drei Prozent der Wirtschaftsleistung zu bringen. Die Kommission nennt das „wachstumsfreundliche Konsolidierung“ und **beteuert, die Lockerung halte sich im Rahmen der fiskalpolitischen Regeln.**

Das dürfte stimmen. Schnell bestätigt sich damit die Befürchtung, dass es mit der behaupteten Härtung des Europäischen Stabilitätspakts nicht weit her ist. Ende des Jahres 2011 hatten die Staats- und Regierungschefs neue Regeln unter klingenden Namen auf den Weg gebracht. Allen voran das „**Sixpack**“ - sechs Rechtsakte, die überschießender Kreditaufnahme durch Stärkung des „präventiven Arms“ vorbeugen sollen, die den Abbau überhöhter gesamtstaatlicher Schuldenquoten vorschreiben und quasi-automatische Sanktionen vorsehen.

Aktionistische Hochrüstung

Die aktionistische Hochrüstung des fiskalpolitischen Regelwerks hatte letztlich aber allein den Zweck, den Konflikt zwischen Befürwortern und Gegnern einer Politik strikter Haushaltssanierung zu übertünchen. Die Befürworter, allen voran die deutsche Öffentlichkeit, die für die Hälfte der Kredite und Bürgschaften an in Finanznot geratene Euroländer geradesteht, sollte glauben, endlich gebe es echte Handhabe gegen exzessive Staatsverschuldung. **Kritikern der Austeritätspolitik wurde signalisiert, das Dickicht der neuen Regeln lasse natürlich auch künftig Raum, um mit den Schulden nach Gusto verfahren zu können.**

Letzteres zeigt sich jetzt. Wie der alte Stabilitätspakt besteht auch das gehärtete Reglement schon den ersten Glaubwürdigkeitstest nicht. Über die Verlängerung der Defizitziele für Spanien kann man diskutieren: Das Land hat die Auflagen für die ihm gewährte Hilfe weitgehend befolgt; es verfehlt die Schuldenziele, weil die Wirtschaft stärker als erwartet schrumpft, zusätzliche Sparauflagen wären kontraproduktiv.

Paris passt die ganze Richtung nicht

Ganz anders stellt sich die Lage in Frankreich dar. Ein Spar-Aufschub lässt sich nicht mit unerwarteter Konjunkturschwäche rechtfertigen. **Die sozialistische Regierung Hollande hat ihre Möglichkeiten, den Haushalt zu konsolidieren und die Schulden entsprechend den Vorgaben zu begrenzen, mit Absicht nicht genutzt.** Stattdessen ließ sie durchblicken, dass ihr die ganze Richtung nicht passt. Die von der

Kommission in Aussicht gestellte Fristverlängerung bejubelte Finanzminister Moscovici denn auch offen als „das Ende des Dogmas der Austerität und einer bestimmten Form finanzpolitischer Orthodoxie“.

Die brüskierte Bundesregierung macht gute Miene zu einem Spiel, das sie gerade zu verlieren droht. Es lautete: Für das vertragswidrige Herauspauken der Euroländer, die durch übermäßige Schulden in Not geraten sind, unterwerfen sich diese strikten Spar- und Reformvorgaben. Zugleich zwingen härtere Schuldenregeln für alle insbesondere die Schwergewichte Frankreich und Italien zu Haushaltstugend, bevor auch sie Hilfe brauchen. Glaubhafte Regeln liefern der Europäischen Zentralbank zudem das Argument, ihrerseits noch mehr zu tun.

Haushaltsdisziplin ist kein Selbstzweck

Was die EZB betrifft, so ist das Kalkül aufgegangen. Kaum waren die neuen Defizitregeln in Kraft, warf sich EZB-Präsident Draghi den Marktspekulationen konsequent entgegen. Doch mit dem Sinken der Zinsaufschläge erlahmte in Frankreich und zuletzt auch in Italien der Wille, den Sparauftrag ernst zu nehmen. Die Regierungen beider Länder wollen, unterstützt von der EU-Kommission, einen Kurswechsel. **Statt der ungeliebten Austeritätspolitik möchte man den vermeintlich bequemeren angelsächsischen Weg gehen:** Danach soll die EZB noch mehr billiges Geld bereitstellen, zugleich sollen Euroländer ihre Verschuldungsspielräume - durch gemeinsame Ausgabe zinsgünstiger Eurobonds - noch weiter ausreizen, um der Wirtschaftsschwäche durch höhere Staatsausgaben zu begegnen.

Diese Sicht verkennt, dass ein Staat Wohlstand nicht kaufen kann. Für dauerhaftes Wachstum braucht es ein Umfeld, in dem private Unternehmen Chancen sehen und bereit sind, eigenes Geld zu riskieren. Die Voraussetzungen sind verlässliche Wettbewerbs- und Eigentumsregeln, offene Märkte, maßvolle Steuern und Abgaben sowie eine stabile Währung. **Haushaltsdisziplin ist kein Selbstzweck, sondern ein wichtiger Teil eines Programms zur Vertrauensbildung und damit zur Wachstumsförderung.**

Länder, die übermäßig Schulden machen, gefährden die Währungsunion

Wie schnell ausufernde Defizite und öffentliche Ausgaben in einer Währungsunion mit 17 Mitgliedern das Vertrauen der Wirtschaft und Märkte untergraben können, weiß man nach drei Jahren Euro-Krise. Auch ist nun klar, was geschieht, wenn jedes Land nach eigenen Regeln spielt: **Länder, die übermäßige Schulden machen, gefährden die Währungsunion.**

Zwar hat man sich entschlossen, die Schuldensünder herauszuhauen und dadurch - **gegen Versprechen und Verträge - einen Haftungsverbund hergestellt.** Doch auch dieser braucht auf Dauer respektierte Stabilitätsregeln, die verhindern, dass die Hilfsbereitschaft ausgenutzt wird. **Es ist unlauter, diese Regeln als „Austeritätsdogma“ zu verunglimpfen. Auf das Prinzip Hoffnung lässt sich eine Währungsunion nicht bauen.**

Eurokrise und ihre Folgen

Das Damoklesschwert der Euroaufwertung

10.05.2013 · Die Stärke der deutschen Wirtschaft beruht wesentlich auf dem durch die Krise schwachen Euro. Endet die Krise der Währungsunion, dann wertet die Gemeinschaftswährung stark auf - und viele Arbeitsplätze drohen verlagert zu werden.

Von Carl Christian von Weizsäcker

76,82

Ich beginne mit zwei Beobachtungen. Erstens: Das populärste Argument der deutschen Befürworter des Euro ist dieses: Wenn wir zur D-Mark zurückkehren würden, wäre diese auf dem Devisenmarkt so stark, dass unsere Exporte einbrechen würden und damit unsere gegenwärtige Prosperität zu Ende wäre. Zweitens: Seit dem Beginn der Finanzkrise 2008 kann sich der deutsche Fiskus zu einem negativen Realzins verschulden. Die Rendite von Bundesanleihen mit zehnjähriger Laufzeit liegt unter der Inflationsrate.

Hinzu kommt, dass der Fiskus auf die nominellen Zinseinnahmen seiner Gläubiger Steuern erhebt. Nach Steuern liegt die Realverzinsung von Bundesanleihen bei minus 1 Prozent oder noch darunter. Der Gläubiger bekommt weniger zurück, als er gegeben hat. Die Schuldner, also Bund, Länder und Kommunen, geben weniger zurück, als sie an Kredit erhalten haben. Es gibt zwei konkurrierende Hypothesen zur Erklärung dieser sehr niedrigen Zinsen. Die eine ist die, dass es sich um ein Krisenphänomen handelt, das mit der Überwindung der Staatsschuldenkrise im Euroraum und der Weltfinanzkrise wieder verschwinden wird.

Die andere Erklärung ist die, dass wir in ein neues Zeitalter eingetreten sind, in dem der private Sektor der Weltwirtschaft selbst bei einem Nullzins tendenziell einen Überhang der Ersparnisbildung über die Investitionstätigkeit aufweist, so dass bei der weltweit zu beobachtenden Anstrengung der Staaten, ihre Schulden nicht weiter anwachsen zu lassen, hohe Beschäftigung nur durch negative Realzinsen, also Inflation, gewährleistet werden kann.

Das Friedman- und das Keynes-Szenario

Diesen beiden konkurrierenden Hypothesen entsprechen gegensätzliche Rezepturen. Liegen gemäß der ersten Hypothese die niedrigen Zinsen an der Verunsicherung, die aus der Euro-Staatsschuldenkrise resultiert, dann ist es gerade der Abbau der Staatsschulden, der in den früheren Normalzustand zurückführt, in dem der Gläubiger einen Nettoertrag (nach Steuern) auf seine Staatsanleihen bekommen hat. Haben die Anhänger der zweiten Hypothese recht, so ist unter Bedingungen annähernder Preisstabilität eine Staatsschulden-Konsolidierungspolitik aller Staaten zum Scheitern verurteilt, weil dann der Überhang der privaten Ersparnis über die privaten Investitionen die Wirtschaft in eine Rezession führen muss, in der der Abbau der Staatsverschuldung erst recht nicht gelingen kann.

Bei der zweiten Hypothese ist auch zu erwarten, dass das von den Zentralbanken festgelegte Nominalzinsniveau auf Dauer bei null verharren wird, um die Konjunktur, soweit möglich, zu stützen. Im Folgenden stelle ich zwei Szenarien der Wechselkursentwicklung dar, die den beiden Erklärungshypothesen der niedrigen Zinsen entsprechen. Das orthodoxe Szenario nenne ich das Friedman-Szenario. Es entspricht der ersten Erklärungshypothese, die die Niedrigzinsphase als vorübergehendes Krisenphänomen erklärt. Das heterodoxe zweite Szenario nenne ich das Keynes-Szenario.

Es entspricht der Hypothese, dass es bei Preisstabilität ohne erhebliche und permanente staatliche Nettoneuverschuldung nicht möglich ist, Prosperität herzustellen. Bei weiter fortgeführter weltweiter Austeritätspolitik der Staatshaushalte können die Realzinsen nicht ansteigen, weil die Zentralbanken gegen den Überhang der Spartätigkeit über die Investitionstätigkeit dauerhaft ankämpfen müssen. Milton Friedman hat lange vor dem Zusammenbruch des Regimes fester Wechselkurse im Jahre 1973 schon flexible Wechselkurse propagiert. Im Friedman-Szenario ist ein Regime flexibler Wechselkurse durchaus sinnvoll.

Die Inflation muss nicht importiert werden

Es ist auch kompatibel damit, dass es Währungsgebiete gibt, die im Saldo Kapital exportieren, und dass es andere Währungsgebiete gibt, die im Saldo Kapital importieren. Die Gruppe A von Ländern mit Nettokapitalexporten verfügen auch über einen Exportüberschuss bei Waren und Dienstleistungen. Die zweite Gruppe B von Ländern mit Nettokapitalimporten weist auch einen Importüberschuss bei Waren und Dienstleistungen auf. So sind die Vereinigten Staaten seit langem ein Importüberschuss-Land mit Nettokapitalimporten, also ein B-Land, während Deutschland meistens ein Land war, das einen Exportüberschuss und einen Nettokapitalexport aufwies, also ein A-Land war.

Die B-Länder mit Importüberschüssen weisen in der Regel ein höheres Zinsniveau aus als die A-Länder mit Exportüberschüssen. Diese Zinsdifferenz schafft damit den Anreiz, Kapital vom Niedrigzinsgebiet in das Hochzinsgebiet zu exportieren. Davon profitieren beide Seiten: Die Kapitalanleger im A-Land können durch den Kapitalexport höhere Renditen erwirtschaften, während die Kapitalnehmer im B-Land durch den Kapitalimport zusätzliche Finanzierungsquellen erschließen können.

Im Friedman-Szenario flexibler Wechselkurse steuert jede Zentralbank den Zins so, dass ein befriedigender Kompromiss zwischen dem Risiko für die Konjunktur und dem Risiko für die Geldwertstabilität gefunden wird. Dabei können die Zentralbanken im Prinzip voneinander unabhängig handeln. Auch wenn im benachbarten Währungsgebiet eine stärker inflatorische Politik getrieben wird, kann die heimische Zentralbank durch eine restriktivere Politik dem Ziel der Geldwertstabilität Vorrang geben. Die Inflation muss nicht importiert werden, weil der Wechselkurs der eigenen Währung steigt, sodass sich in heimischer Währung die Importe nicht verteuern, obwohl sie sich in fremder Währung wegen der dortigen Inflation verteuern.

Überall droht Rezession

Diese Steuerung des Währungsschiffes zwischen der Skylla der Rezession und der Charybdis der Inflation funktioniert nur, wenn die Zentralbank das Zinsniveau sowohl anheben als auch senken kann. Das Normalzinsniveau muss daher positiv sein, sodass es zur Vermeidung von Rezessionen vorübergehend auch noch weiter vermindert werden kann. Diese Nebenbedingung hat man in der „klassischen“ Zeit flexibler Wechselkurse in den siebziger, achtziger und neunziger Jahren wie selbstverständlich vorausgesetzt.

Im Keynes-Szenario ist vieles anders. Stellen wir uns vor, dass weltweit daran gearbeitet wird, die staatliche Nettoneuverschuldung auf null zu fahren. Wenn nun unter Bedingungen der Prosperität weltweit auch bei einem risikofreien Realzins von null von den privaten Haushalten und den privaten Unternehmen mehr gespart als investiert wird, dann ist diese Weltprosperität nicht stabil. Überall droht Rezession. Jedes Währungsgebiet hofft, dass es die überschüssigen Ersparnisse im Ausland unterbringen kann, dass es also einen Warenexportüberschuss erzielt.

Daher wird die Zentralbank die Zinsen so niedrig wie möglich setzen, um so auch die eigene Währung zu schwächen. Das erleichtert die Exporte und erschwert die Importe. Es ist dann zu erwarten, dass das Zinsniveau in der Nähe von null bleibt. Vor uns zeigt sich dann das Gespenst eines Abwertungswettlaufs. Im Keynes-Szenario verlieren damit die Zentralbanken das Steuerungsinstrument der Zinssetzung. Alle Zentralbanken sind „am Anschlag“ des niedrigstmöglichen Zinses. Der Zins hat damit im Keynes-Szenario keine Steuerungswirkung mehr für die Wechselkurse. Wenn der Zins überall gleich ist, welche Faktoren steuern dann die Wechselkurse?

Staatsschulden müssen kein Bonitätsproblem bedeuten

Der wahrscheinlichste Kandidat ist die Leistungsbilanz. Die Staatsschuldenkrise hat uns gezeigt, dass nur solche Staaten ihre Bonität verlieren, die nicht nur vergleichsweise hohe Staatsschulden haben, sondern auch Leistungsbilanzdefizite aufweisen. Japan hat trotz sehr hoher Staatsschulden kein Bonitätsproblem; denn der Kapitalmarkt versteht, dass sich der japanische Fiskus im Saldo vollständig durch Inländer finanzieren kann, die ihre Ersparnisse in Yen anlegen möchten. Und diese Inländer können notfalls immer höher besteuert werden, wenn es mit der Refinanzierung der Staatsschulden eng werden sollte.

Ein Land wie Griechenland mit geringerer Staatsverschuldung als Japan, aber mit einem ehemals enorm hohen Leistungsbilanzdefizit verliert eines Tages das Vertrauen des Kapitalmarktes, weil es „über seine Verhältnisse“ lebt, was Japan bisher nicht tut. Japan kann sich „Abenomics“ leisten, Griechenland nicht. Man kann für das Keynes-Szenario somit erwarten, dass Währungsgebiete mit Leistungsbilanzüberschüssen eine Aufwertung ihrer Währung erleben, während Länder mit Leistungsbilanzdefiziten einer Abwertung ihrer Währung entgegensehen können. Damit aber werden die Leistungsbilanzsalden allmählich abschmelzen.

Die Aufwertung bei den A-Ländern erschwert deren Exporte und erleichtert deren Importe, so dass der Exportüberschuss zurückgeht. Die Abwertung bei den B-Ländern erschwert deren Importe und erleichtert deren Exporte, so dass der Importüberschuss zurückgeht. Die Außerkraftsetzung des Steuerungsinstruments „Zins“ im Keynes-Szenario trifft die verschiedenen Währungsgebiete mit unterschiedlicher Härte. Währungsgebiete mit wachsender Bevölkerung und unterdurchschnittlicher privater Spartätigkeit, wie zum Beispiel die Vereinigten Staaten, werden wesentlich weniger geschädigt als Währungsgebiete mit schrumpfender Bevölkerung und hoher privater Spartätigkeit, wie zum Beispiel der Euroraum.

Warum die Menschen eine Wiederkehr der D-Mark fürchten

Anders gesagt: Die B-Länder des Friedman-Szenarios haben es im Keynes-Szenario besser als die A-Länder des Friedman-Szenarios. Im Friedman-Szenario steuert das Zinsdifferential den Kapitalexport von den A-Ländern in die B-Länder. Im Keynes-Szenario verschwinden die Zinsdifferenziale und mit ihnen auf Dauer auch die Leistungsbilanzsalden zwischen den Währungsgebieten. Im Keynes-Szenario kann somit erwartet werden, dass der Euro stark aufwertet, sobald die Staatsschuldenkrise überwunden ist.

Denn in allen Ländern des Euroraums ist die private Spartätigkeit unter Bedingungen der Prosperität wesentlich höher als die dauerhaft zu erwartenden privaten Investitionen. Wenn es dann gemäß der Schuldenbremse auch keine Nettoneuverschuldung der Staaten gibt, dann kann die Prosperität nur aus den Exportüberschüssen, also aus dem Kapitalexport, kommen. Aber unter den Bedingungen des Keynes-Szenarios schmelzen die Exportüberschüsse weg, weil der Euro so lange unter Aufwertungsdruck steht, wie es diese Exportüberschüsse noch gibt.

Gelingt die Überwindung der Staatsschuldenkrise im Euroraum, gilt somit für den Euro, was die Menschen von einer wieder einzuführenden D-Mark heute schon fürchten: Er wird so stark aufgewertet, dass er die Prosperität des Euroraums zerstört. Anders ausgedrückt: Die gegenwärtige Prosperität der deutschen Wirtschaft ist gemäß dem Keynes-Szenario Folge eines schwachen Euro, der seinerseits auf die Staatsschuldenkrise zurückzuführen ist. Damit ist das Ziel einer Prosperität des Euroraums nicht zu erreichen: Entweder die Staatsschuldenkrise bleibt -, und damit eine Jugendarbeitslosigkeit von 50 Prozent in den mediterranen Ländern - oder diese wird überwunden, und dann vernichtet der hohe Eurokurs die Prosperität.

Welchem der beiden Szenarien entspricht die reale Welt?

Gemäß dem Keynes-Szenario steht damit dem Euroraum eine Art „Japanisierung“ ins Haus: Die Produktionskapazitäten sind chronisch unterausgelastet, sprich, es herrscht hohe Arbeitslosigkeit. Eine Art schleichende Deflation bei sinkender Bevölkerung macht Investitionen trotz sehr niedriger Nominalzinsen relativ unattraktiv. Welchem der beiden Szenarien, Friedman oder Keynes, entspricht die reale Welt? Mit Sicherheit kann das heute niemand sagen. Auch die Profession der Ökonomen ist hier gespalten.

Ich selbst bin der Meinung, dass das Keynes-Szenario realistischer ist. Mir ist bewusst, dass insbesondere in Deutschland die Mehrheit der aktiv forschenden Makroökonomien dem Friedman-Szenario zuneigt. Ich habe die Gründe für meine Auffassung in anderen Publikationen dargelegt, unter anderem in der F.A.Z. am 4. Juni 2010. Im angelsächsischen Bereich gibt es unter aktiv forschenden Makroökonomien einen wesentlich größeren Anteil, der dem Keynes-Szenario zuneigt, wenn er dort auch eine Minderheit bildet.

Der Kapitalmarkt zeigt durch seine Preisbildung, dass er an das Keynes-Szenario glaubt. Wenn die Nominalrendite für Bundesanleihen mit zehnjähriger Laufzeit bei 1,3 Prozent im Jahr liegt, dann prognostiziert der Kapitalmarkt ein Niedrigzinsumfeld für mindestens sieben bis acht Jahre. Andernfalls wäre eine Anlage in Bundesanleihen bei dieser schmalen Nominalrendite nicht zu rechtfertigen. Kann ein Währungsgebiet, wie das

des Euro mit hoher privater Sparneigung und schrumpfender Bevölkerung, der Aufwertungsfalle entgehen, indem es durch Devisenmarktinterventionen die Wettbewerbsfähigkeit aufrechterhält und somit hohe Exportüberschüsse „zementiert“?

Zwei Vorbilder

Hierzu gibt es insbesondere zwei Vorbilder: China und die Schweiz. Die sehr gut funktionierende Marktwirtschaft der hoch-industrialisierten Schweiz geriet in Gefahr, weil der Schweizer Franken als „Fluchtwährung“ in die Höhe zu schießen drohte. Schließlich griff die Schweizerische Nationalbank ein und verkündete, dass sie durch Devisenmarktinterventionen dafür sorgen werde, dass der Euro nicht unter 1,20 Franken sinkt. Das war wirksam - und es wurde politisch vom Ausland auch toleriert. Zwar gab es im Euroraum ein gewisses Naserümpfen, aber für die Vereinigten Staaten waren diese Aktivitäten der Schweizer willkommen, weil sie letztlich zu einer Stärkung des Euro gegen den Dollar beitragen.

Denn die Schweiz ist damit zumindest eine Art „Gast“ des Eurogebiets geworden und vergrößert so im Eurolager den Anteil der gut funktionierenden nationalen Volkswirtschaften. Das treibt zur Freude der Amerikaner den Euro nach oben. China stabilisiert den Renminbi gegenüber dem Dollar und dem Euro durch massive Devisenmarktinterventionen. Da Chinas Volkswirtschaft in einer ganz anderen Liga spielt als die Schweiz, kann diese Politik nur gelingen, wenn sie von umfangreichen Kapitalverkehrskontrollen begleitet wird.

Ohne diese gäbe es einen „Run“ auf den Renminbi, gegen den alle Devisenmarktinterventionen der chinesischen Zentralbank machtlos wären. Die Nichtkonvertibilität zwischen Renminbi und Dollar ist damit die Voraussetzung dafür, dass China seine sehr großen Exportüberschüsse aufrecht erhalten kann. Der Weg der Devisenmarktintervention zwecks Aufrechterhaltung eines Exportüberschusses steht dem Euroraum nicht offen. Denn es ist im Rahmen der weltweiten Wirtschaftsdiplomatie völlig undenkbar, dass der Euroraum die Freiheit des Kapitalverkehrs zwischen dem Euroraum und der übrigen Welt preisgibt.

Insbesondere die Vereinigten Staaten würden einen solchen Schritt nicht tolerieren. Bilden selbst im Keynes-Szenario nicht die Vereinigten Staaten eine gewichtige Ausnahme von dem Gesetz des Abschmelzens der Leistungsbilanzüberschüsse und -defizite? Weil der Dollar doch die Weltwährung und insbesondere die führende Anlagewährung für die Devisenreserven der Zentralbanken ist, weshalb wegen der entsprechenden Dollar-Nachfrage im Ausland kein Abwertungsdruck für den Dollar entsteht, auch wenn die Vereinigten Staaten ein Leistungsbilanzdefizit ausweisen.

Das ist richtig, jedoch für die Zukunft immer weniger relevant. In der Rezession der jüngsten Finanzkrise benötigten die Vereinigten Staaten selbst bei einer Niedrigzinspolitik der Zentralbank ein Haushaltsdefizit von rund 8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, um die Gesamtnachfrage zu stabilisieren. Da der politische Druck auf einen ausgeglichenen Haushalt sehr groß ist, muss jede amerikanische Regierung Mittel und Wege finden, wie sie der Bevölkerung Prosperität ohne Staatshaushaltsdefizite verschaffen kann. Die Antwort ist „Re-Industrialisierung“ der Vereinigten Staaten.

Die Industriegüter sollen in stärkerem Maße zu Hause produziert werden und in geringerem Maße importiert werden als bisher. Der Nachfrageausfall, der durch die Verminderung des bundesstaatlichen Defizits verursacht wird, soll durch einen Abbau des Importüberschusses kompensiert werden. Vieles, nicht zuletzt die Energiepolitik der Vereinigten Staaten und die ansteigende Sparneigung der Bevölkerung, spricht dafür, dass das amerikanische Leistungsbilanzdefizit vollständig verschwinden wird. Die traditionelle „Konjunkturlokomotive“ Amerika wird somit wegfallen.

Sollte das Keynes-Szenario das richtige sein, dann schwebt über dem Euroraum das Damokles-Schwert der Euroaufwertung. Noch sorgt die Unregierbarkeit Italiens für Unsicherheit über den Fortbestand des Euro. Noch gewährt die „Berlusconomics“ der deutschen Exportwirtschaft mit einem schwachen Euro einen Hoffnungsfaden, an dem das Damoklesschwert in der Schwebe gehalten wird. Wird das Ziel der Euro-Stabilisierung tatsächlich erreicht, muss wegen der Euroaufwertung mit massiven Arbeitsplatzverlagerungen aus Deutschland heraus gerechnet werden. Die Amerikaner und Chinesen werden weiter deutsche Autos kaufen, aber es sind dann nur solche, die in den Vereinigten Staaten und China hergestellt werden.

Der Autor Carl Christian von Weizsäcker arbeitet am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern in Bonn. Der 75 Jahre alte Ökonom ist Emeritus der Universität Köln, deren renommiertes Energiewirtschaftliches Institut er lange geleitet hat. Die Bundesregierung hat er von 1989 bis 1998 als Leiter der Monopolkommission in Wettbewerbsfragen beraten. Weizsäcker gehört zur Minderheit deutscher Makroökonomien, die den Abbau der Staatsverschuldung kritisch sehen. (hig.)

Quelle: F.A.Z.

Die Welt, 09. Mai 2013

Touristen-Umfrage

Die beliebtesten Sehenswürdigkeiten in Deutschland

Bei Touristen aus aller Welt ist Deutschland beliebt. Man rühmt die Gemütlichkeit, das Bier und vielfältige Kultur. Doch bei den Sehenswürdigkeiten schlagen Freizeitparks mitunter Kulturdenkmäler. Von [Michael Hegenauer](#)

15.000 ausländische Gäste wählten ihre sehenswertesten Favoriten in Deutschland. Auf **Platz 10** kam das Unesco-Welterbe **Museumsinsel Berlin**.

Nichts gegen deutsche Gastfreundschaft bei einem guten Essen und einem Glas Wein. Die "German Gemütlichkeit" beginnt zwischen Flensburg und Garmisch gleich nach dem Arbeitstag – wenn der "Feierabend" eingeläutet wird. Welche andere Sprache hält schon so ein anheimelndes Wort ebenfalls bereit?

Denn für Gemütlichkeit ist [Deutschland](#) in aller Welt bekannt, es muss ja nicht immer ein Festzelt wie auf dem [Münchner Oktoberfest](#) sein – ein guter Gasthof, ein kleines, feines Restaurant oder die nächste Eckkneipe tun es mitunter auch, um den Tag "gemütlich" ausklingen zu lassen. Und womöglich kommt man dabei auch noch mit anderen Menschen nett ins Gespräch.

Herausragende Zeugnisse der Menschheits- und Naturgeschichte, die wunderbarsten Stätten der Geschichte – ja, auch damit lockt Deutschland ausländische Besucher ins Land. Immerhin 37 Unesco-Welterbestätten warten hierzulande auf den Besuch.

In Museen wird Kultur zum Erlebnis. Und die deutsche Museenlandschaft kann sich sehen lassen. Ob Kunst oder Geschichte, Technik oder Architektur, Literatur oder Natur – rund 4000 Museen haben bundesweit tolle Konzepte und sehenswerte Exponate.

Bewertet wurden 700 touristische Höhepunkte

Doch welche Sehenswürdigkeiten finden internationale Gäste besonders attraktiv? Wo reisen sie hin, was schauen sie sich an? Die [Deutsche Zentrale für Tourismus](#) (DZT) hat zum zweiten Mal eine Umfrage (in 26 Sprachen verfügbar) bei ausländischen Touristen durchgeführt, um die beliebtesten Sehenswürdigkeiten in Deutschland zu ermitteln.

Ausländische Urlauber haben gewählt, vom 1. Juli 2012 bis Ende März 2013 konnten sie unter www.germany.travel/top100 ihre "Top- Sehenswürdigkeiten" angeben. 15.000 haben mitgemacht – und knapp 700 konkrete touristische Höhepunkte konnten somit ermittelt und bewertet werden.

Der Inbegriff der deutschen Sehenswürdigkeit schlechthin ist das [Schloss Neuschwanstein](#) – offenbar kommt seine idealisierte romantische Architektur, eingebettet in Allgäuer Bilderbuchlandschaft, bei ausländischen Gästen am besten an.

Auf Platz zwei ihrer Hitliste steht der Europa-Park in Rust – [Deutschlands größter Freizeitpark](#) verwies das Unesco-Welterbe [Kölner Dom](#) auf den dritten Platz.

Top 10 – Die beliebtesten Sehenswürdigkeiten

Platz 1: Schloss Neuschwanstein, Schwangau/ Füssen, Bayern

Platz 2: Europa-Park, Rust, Baden-Württemberg

Platz 3: Unesco-Welterbe Kölner Dom, Nordrhein-Westfalen

Platz 4: Brandenburger Tor, [Berlin](#)

Platz 5: Berliner Mauer (East Side Gallery, Mauerpark, Mauerweg etc.)

Platz 6: Loreley im Unesco-Welterbe Oberes Mittelrheintal, Rheinland-Pfalz

Platz 7: Naturparks im [Schwarzwald](#), Baden-Württemberg

Platz 8: Schloss Heidelberg, Baden-Württemberg

Platz 9: Bodensee mit Insel Mainau, dem Unesco-Welterbe Klosterinsel Reichenau, der Stadt Lindau, den prähistorischen Pfahlbauten und Burg Meersburg (Baden-Württemberg)

Platz 10: Unesco-Welterbe Museumsinsel Berlin

Unesco-Welterbestätten sind besonders beliebt

"Die ausgeglichene geografische Verteilung der hundert gewählten touristischen Highlights bestätigt, dass alle deutschen Bundesländer über attraktive Reiseziele aus Sicht der ausländischen Kunden verfügen", heißt es bei der DZT.

Besonders beliebt bei ausländischen Gästen sind die Unesco-Welterbestätten: Innerhalb der "TOP 100 Sehenswürdigkeiten" sind 19 von 37 Stätten vertreten.

Die neuen Ergebnisse fließen mit dem Update auch in die DZT-App "Deutschlands TOP 100" ein, die seit 2012 auf Englisch und Deutsch über den [App-Store](#) und als [Android-Version](#) verfügbar ist.

Reisende nach Deutschland sollen so bereits vor Reiseantritt die Möglichkeit haben, sich umfassend zu informieren und Anregungen für mögliche Reiseziele oder Ausflüge zu erhalten. Die App enthält zu jeder Sehenswürdigkeit eine Kurzbeschreibung, Fotos und Informationen zu Öffnungszeiten, Eintrittspreisen und Anfahrt.

Hollande und die französischen Intellektuellen

Angst vor Hunden

09.05.2013 · Im Wahlkampf engagierten sich die Intellektuellen stark für den blassen Sozialisten François Hollande. Ein Jahr später ist der Jammer groß. Was bleibt, sind Feindbilder und Klassenkampf.

Von [Jürg Altwegg](#), Genf

78,89



© REUTERS François Hollande: Die Intellektuellen stärken ihm nicht mehr den Rücken

Emmanuel Todd hatte 1995 Jacques Chirac mit der Diagnose vom „gesellschaftlichen Bruch“ das Stichwort zum überraschenden Wahlsieg geliefert. Vor einem Jahr prägte er den Begriff des „revolutionären Hollandismus“. Erstaunlich stark engagierten sich die Intellektuellen für den blassen Sozialisten. Nicht nur aus Überdruß an Sarkozy. Nach allen Debatten über die Irrtümer der Intellektuellen schienen sie gegen die ideologischen und revolutionären Illusionen, deren Rückkehr François Furet prophezeit hatte, gefeit zu sein. Sie setzten auf pragmatische Reformen, ihre Denkfabriken produzierten Vorschläge und Programme.

Ein Jahr später ist der Jammer groß. Kein bekannter Intellektueller wurde als Berater ins Elysée geholt. „Seit dem Mai 2012 habe ich Hollande nicht mehr gesehen“, bedauert Philippe Aghion, Professor in Harvard: „Seine Wirtschaftspolitik geht in die richtige Richtung, ist aber zögernd.“ Der Soziologe Michel Wieviorka hatte, wie er sagt, „sehr schnell begriffen, dass ich keinerlei Einfluss würde ausüben können“. Er fasst die Enttäuschungen zusammen: „Die Wirtschaftspolitik wird der Krise geopfert. Die Gesellschaftspolitik ist zurückhaltend. Die Außenpolitik ignoriert die Geisteswissenschaften, welche die militärischen Aktionen erhellen könnten.“

„Goodbye Hollande!“

Der Sieg der Sozialisten hatte den verlorenen Glauben der Intellektuellen an ihre Rolle wiederaufleben lassen, an den Dialog von Geist und Macht. Doch er wird der Rationalität der Technokraten geopfert, klagt Christophe Prochasson von der Fondation Jean Jaurès: „Ein Problem, eine Lösung.“ Prochasson kann sich eine Politik ohne Intellektuelle nicht vorstellen: „Wer nicht mehr an den Sinn der Geschichte glaubt, hat es mit Klempnern zu tun, die mehr oder weniger gut arbeiten.“

Die nochmalige Ernüchterung über den Niedergang der Intellektuellen verstärkt ihre Verbitterung. „Goodbye Hollande!“ proklamiert Todd zum Jahrestag des Wahlsiegs. Er zumindest war Gast im Elysée: „Hollande entdeckte gerade die Existenz eines protestantischen Europas und witzelte über die Finnen, die noch steifer seien als die Deutschen. Ich schlug ihm die Schaffung einer Kommission aus orthodoxen und kritischen Ökonomen vor. Allein ihre Existenz hätte die Deutschen eingeschüchtert und den Eurokurs gedrückt“, bedauert er. Die französischen Politiker, die mit ihrer Bevölkerung und ihren mittelständischen Unternehmen so hart umgehen, frönten der deutsch-französische Freundschaft mit einem Schmusekurs.

Der Klassenkampf erlebt eine historische Renaissance

Dass in der Enttäuschung seit Wochen die deutschen Feindbilder bemüht werden, kommt wenig überraschend. Auch der Klassenkampf erlebt eine rhetorische Renaissance: „Die Reichen sind keine Sündenböcke, sie sind das Problem“, erklärt Todd. Für den Historiker Marcel Gauchet bedroht die Umverteilung im Namen der Egalité hingegen den nationalen Zusammenhalt, die obere Mittelschicht fühle sich vom Staat ausgebeutet. Gauchet macht eine schleichende Steuerrevolte aus, die in eine offene Rebellion münden könnte. Die Franzosen, so fasst Gauchet die Stimmung zusammen, haben das Gefühl, „in einem System zu leben, in dem der Betrug zur Norm geworden ist“.

Auch Voltaire sei wohl schuld, wird nun gespottet: Voltaire war der Name von Hollandes Klasse in der Eliteschule ENA. Statt mit den Intellektuellen regiert er mit seinen Klassenkameraden. Frankreichs Elite ist zur Erneuerung nicht fähig, der gesellschaftliche Bruch zwischen ihr und dem Volk ist tiefer geworden. Es gibt keine Distanz zwischen Medien und Politik. Hollande regiere wie Sarkozy: „Auf Emotionen wird mit Emotionen reagiert.“ Eine Regierung dürfe sich nicht beeindruckt lassen: „Die Hunde bellen, die Karawane zieht vorbei. Aber Hollande hat Angst vor Hunden.“

Frankreichs Gesellschaft braucht eine Antwort auf die Krise, doch Marcel Gauchet zweifelt, ob Hollande sie geben kann. Für Jacques Julliard ist seine Aufgabe die „schwierigste, die es für einen Staatschef überhaupt gibt: sein Land im Niedergang zu begleiten“. Julliard erinnert an de Gaulle, der dies meisterhaft beherrschte. „Ich habe sie mit meinen Fahnen bei Laune gehalten“, hatte de Gaulle zu seinem Kulturminister André Malraux gesagt: „Den Abzug aus Algerien verklärte er zum Sieg, und Frankreichs Isolation in der Welt stilisierte er zur Garantie für die nationale Unabhängigkeit“ - so umschreibt der Historiker seine Leistung.

Und er fordert Hollande auf, aus seiner Karriere eine „historische Bestimmung“ zu machen. An sie scheint einzig Ulrich Beck zu glauben, der Hollande in „Le Monde“ Mut macht wie kein französischer Intellektueller: „Angesichts der aufkommenden Nationalismen sehe ich nur Hollande, der die Herausforderung meistern kann.“

Is France a ‘Peripheral’ Country?

by Jacob Funk Kirkegaard | May 8th, 2013 | 07:08 pm

78,91

A few weeks ago [Reuters reported](#) that the French finance Minister, Pierre Moscovici, fell asleep during the final late night negotiations over the Cypriot bank bailout on March 24. It apparently fell to the International Monetary Fund (IMF) managing director, Christine Lagarde—a former French finance minister herself—to wake him up. No doubt the grueling round-the-clock schedule of the Cyprus negotiations would have taxed the most vigorous participant, but that should not stop speculation about the meaning of what happened.

For any leading euro area finance minister to doze off during key negotiations to settle the economic future of another euro area member is an embarrassing dereliction of duty. Perhaps Mr. Moscovici was assured that his 70-year-old old German counterpart, Wolfgang Schäuble, would defend French taxpayers’ interests. Moscovici’s staff—which failed to wake him up—seemingly agreed. Or perhaps Paris simply viewed the German-led bail-in solution in Cyprus as a *fait accompli* about which they could do little. Or perhaps the French government’s support for costs imposed on creditors and uninsured depositors was stronger than it wished to acknowledge. Taking a nap during the negotiations could thus have been a subtle way of Moscovici stepping outside the door at the key decision moment.

The other euro area finance ministers could probably be forgiven for letting sleeping ministers lie. But by failing to wake Moscovici up, they effectively rendered France’s potential input as irrelevant. Probably to avoid that implication, Lagarde woke up her successor.

Whatever the underlying motives for Moscovici’s sidelining at the Cyprus negotiations are, the broader reasons for France’s evident loss of influence in the EU since the beginning of the crisis are several.

Paris has been hit by bad timing luck in European affairs. My colleague [John Williamson](#) once explained that a period of “extraordinary politics” follows serious crises, compelling leaders to establish new institutions, such as the so-called Permanent Five members (P-5) in the United Nations Security Council or the *de facto* clout wielded by U.S. and European members of the IMF Board resulting from their dominant global role in the 1940s. In European affairs today it matters for a country to be economically strong in a time of severe crisis.

Ironically, Chancellor Angela Merkel and Germany are reaping the unforeseen national benefits of reforms instituted by her predecessor, Gerhard Schröder, a decade ago in response to Germany’s status then as the “sick man of Europe.” Its weakness mattered little because nothing dramatic was happening at the time to the European institutional design following the collapse of the constitution treaty negotiated under the leadership of former French President Giscard de Estaing. Today Germany is strong when it matters, and able to play a leading role in the birth of important and permanent new European institutions like the updated fiscal surveillance framework (two-pack/six-pack, fiscal treaty), the European Stabilization Mechanism (ESM), and now the banking union. These redesigns have been largely devoid of obvious French fingerprints, even if France can take credit for helping to goad Germany into taking action at critical moments.

If Germany benefited from Schröder’s early reforms, France’s situation results from its profound misreading of the effects of the euro introduction, and the political dynamic of crises. Germany’s original agreement to give up the *Deutsche mark* for the euro back in the 1990s has historically been seen as a concession in return for France’s acceptance of German reunification. (Chancellor Helmut Kohl also saw the euro as a reunified Germany’s anchor in Europe.) With the euro’s advent, Paris was free from the yoke of having to pursue German monetary policies to defend the “Franc Fort” in the 1980s. The crisis, however, has bestowed disproportional political power to Germany, which as the euro’s anchor has been able to set the crisis response agenda.

For two decades, France has failed to reform its economy, yielding power to Berlin and the European Central Bank to demand domestic reforms in other euro area member countries. Meanwhile, the government of President Francois Hollande has done little to arrest France’s path of gradual decline since adoption of the

Maastricht Treaty in 1992. Neither Presidents Jacques Chirac nor Nicolas Sarkozy succeeded from the center right, and the consensus seeking socialist Hollande does not seem to have the political will to face down entrenched special interests blocking reforms either. The alleged left-right divide in France is obsolete. Both sides favor the status quo and are fearful of street protests blocking any serious attempts at reform.¹

The parallel with fears of “Arab street” protests blocking reforms in the Middle East is evident. But with its founding myth of storming the Bastille, France has embraced its identity as a place where farmers, truck drivers, and average citizens are easier to mobilize. By protesting, French citizens are engaging in an intrinsic element of being French. Like the National Rifle Association in the United States, French labor unions, public sector representatives and protected industries appeal to patriotic fervor to promote their political and economic interests. As a result, international competitiveness suffers, the size of the public sector continues to grow, unemployment rises and debt and deficits begin to approach damaging levels.

Unable to muster the political capacity to reform itself in the absence of a deep crisis, France fits the political definition of a peripheral country in the euro area, except that things have not gotten as bad as they have in Greece, Portugal, Ireland, and arguably Spain and Italy in recent years.

To be sure, France is far from an economic basket case. It has avoided the build-up of huge post-euro imbalances. It does not have Italy’s history of free-spending governments, and it enjoys some of Europe’s most favorable long-term demographics and a first-rate public infrastructure. Were it to experience a crisis, it is inconceivable that Germany (and the ECB) would not come to the rescue. As a result, despite the growing differentials in French and German economic competitiveness, unemployment and debt, France is likely to keep getting a pass from financial markets and tracking German interest rate levels closely.

Lacking financial market pressure, however, France’s status quo parties will likely continue to derive the functional equivalent of America’s “exorbitant privilege” and enjoy interest rates lower than its own economic fundamentals would dictate. France’s problem is not a sudden speculative attack, but rather continued malaise, stagnation, and decline.

Though he never used the word “malaise,” President Jimmy Carter [described the American mood](#) in 1979 in ways that seem suitable to the predicament in France: “The threat is nearly invisible in ordinary ways. It is a crisis of confidence. It is a crisis that strikes at the very heart and soul and spirit of our national will. We can see this crisis in the growing doubt about the meaning of our own lives and in the loss of a unity of purpose for our nation.” Hollande’s government continues to shun globalization by blocking foreign investments in France. The latest sad example is the blocking of Yahoo!’s proposed takeover of successful French internet start-up, [Dailymotion](#). He has, on the other hand, overseen some new labor market rules accepted by the social partners, and has committed to reforms of the social insurance system later this year in return for a two-year delay in [achieving a deficit target](#). But these consensus-driven steps are unlikely to shake France out of its paralysis or earn much respect elsewhere in the euro area, and especially not in Berlin.

The euro area’s required institutional reforms can be divided into two groups: one that is urgently required and one that takes the form of highly desirable institutional innovations. The most urgent steps that are needed to convince markets and voters that a euro collapse is not imminent include establishment of the ESM as a de facto European monetary fund to serve as a backstop if a euro area member loses market access; the ECB’s outright monetary transaction (OMT) program, serving as a conditional lender-of-last-resort; and the banking union, which will integrate banking supervision with resolution in cases of insolvent banks, and establish a system of deposit insurance. All these new institutions have been implemented under financial market pressure and in response to the political desires of Germany. France’s input has mattered little.

But neither financial markets, nor Brussels technocrats, nor central bank pressure can be factors in the other group of institutional reforms, such as deeper political and fiscal integration in the euro area and revisions of the EU Treaty. Only the democratically elected leaders of Europe can bring about these changes. These steps will be close to impossible to achieve without support and agreement from France and Germany, the two countries historically at the heart of the European integration project.

Regrettably, France's lack of domestic economic reforms will ensure that Germany will likely refuse to discuss deeper fiscal and political union in Europe for the foreseeable future. The road to any potential form of euro area fiscal integration, whether in the form of debt mutualization or an increased euro area fiscal capacity, will have to pass through a French reform-driven domestic economic revival first. Germany will not agree to permanent-burden sharing with a France that does not reform itself first.

This does not mean the collapse of the euro or the European project, only an end to most longer-term progress on the project. Just as the United States political system can stagger through political crises with one of the two large parties on the political fringes, the euro area can stagger on under de facto German leadership for as long as France's inaction exiles itself from real influence. As with the US fiscal negotiations, this state of affairs ensures that progress will be minimal, based on the least common denominator, rather than arrived at by a grand bargain between France and Germany.

France's inability to reform itself puts Europe at risk, in short, and condemns France to subpar influence in Europe and thwarted aspirations. For its own sake and Europe's, France must do better.

Note

1. I have benefited from many discussions with my colleague Nicolas Véron about the "status quo party" in France.

May 10, 2013, 10:16 pm

78,94

Europe's Careless Dithering

By [STEVEN RATTNER](#)

EUROPE'S economic problems are growing steadily worse, with unemployment in parts of the Continent now above the level reached in the United States during the Great Depression.

Meanwhile, policy makers dither over solutions. Last week, the European Central Bank cut interest rates by a meager quarter of a percentage point, akin to giving two aspirin to a patient with pneumonia. Meanwhile, pressure is growing to ease the emphasis on austerity and to allow larger budget deficits.

If it were only that simple.

Properly coupled with other new policies, fiscal stimulus can help, but on its own it is just an inadequate palliative.

The problems of the euro zone are not some routine cyclical downturn that can be rectified by traditional macroeconomic policy; they are deep structural flaws in both the design of the common currency and the economic policies of many of its members.

Most fundamentally, the design of the euro was ill conceived. A disparate group of 17 countries, ranging from the German powerhouse to weaklings like Greece, should never have been joined in a single currency without integrating their other economic policies.

As a consequence, while Germany grew ever more efficient, many other members allowed the cheap borrowing rates that accompanied the euro to lull them into complacency. Budget deficits expanded, wages rose rapidly and speculation in real estate ran rampant. Meanwhile, excessive regulation of business and labor made needed restructuring nearly impossible.

Take autos. The European automobiles industry resembles that of the United States, circa 2009: too many factories employing too many workers, able to make more cars than the market can absorb. And, doing it too inefficiently. A Fiat autoworker in Poland produces three times as many cars as a Fiat employee in Italy and is paid one-third as much. And yet, achieving an American-style restructuring in Europe is impossible. Closing a single plant, even in Germany, is an expensive and often unsuccessful effort.

When Peugeot ran into liquidity problems last fall, the French government provided up to seven billion euros in loan guarantees, but only if Peugeot spared some of the 8,000 jobs on its cutting board. Saving unproductive jobs is not a recipe for economic prosperity.

In contrast, there's Spain, where a more flexible labor market has led to higher productivity and competitiveness and in turn, to expanded production by a raft of automakers, including Nissan, Ford, Renault and Volkswagen.

Spain remains plagued by high unemployment and recession. But better competitiveness has led to rising exports and a workable base for future expansion.

Ireland has done even better in improving its competitiveness, and as a result its exports have boomed, growth has resumed and its double-digit unemployment rate has begun to tick down.

But two of the largest euro zone economies — Italy and France — seem paralyzed. For example, Italy, under the previous prime minister, Mario Monti, made modest reforms like higher retirement ages and more freedom for employers to shed workers. While the reforms did not go far enough, even Mr. Monti's small steps were soon watered down. He lost the most recent election, and his successor has been conspicuously silent about the needed structural changes.

Competitiveness is not the only problem. Banks, because of their own weak balance sheets and a fear of more losses, have been wary of lending to small and medium-size businesses, and when they do it's at a high interest rate. In Italy, where 80 percent of workers are employed by small or medium-size firms, borrowing costs are around 6 percent, compared with 3.5 percent in Germany. Nothing significant has been done to address this problem.

To be fair, the euro zone has been taking small steps toward the greater integration that is required. A banking union and single regulatory framework are under development. And discussions are under way over a deal in which the austerity regime would be relaxed for certain countries, including France, in return for structural reforms.

But incrementalism is an insufficient response. Europe should pursue full economic integration, much like the United States did in 1789, after the failed Articles of Confederation experiment. That would involve harmonized regulatory policies and a shared central government budget that would provide extra funds to troubled countries, just as America does for weaker states.

Europas Schuldenkrise

Nur die Krisenländer sparen - Frankreich macht nicht mit

11.05.2013 · Nur in Eurostaaten, die durch Hilfsprogramme dazu gezwungen sind, wird erheblich gespart. In anderen Ländern kann von strengem Sparen kaum die Rede sein. Eine Analyse.

Von [Werner Mussler](#), Brüssel

78,96

Für den französischen Finanzminister Pierre Moscovici gilt die normative Kraft des Faktischen. Seitdem klar ist, dass die Europäische Kommission Spanien und Frankreich mehr Zeit zur Senkung ihres Staatsdefizits gibt, lobt er die politische „Kurskorrektur“ im Euroraum, die er schon immer gefordert hatte und die - anders als die bisher scheinbar allgemein praktizierte „Austerität“ - angeblich das Wachstum im Euroraum ankurbeln werde. Unabhängig von der Frage, ob seine vulgärkeynesianische These stimmt, unterschlägt Moscovici, dass sein Land anders als diverse südliche Eurostaaten in den vergangenen Jahren gar nicht erst versucht hat, seine Staatsausgaben zurückzufahren.

Während „Programmländer“ wie Griechenland, Portugal und Irland, aber auch Spanien und Italien erhebliche Anstrengungen unternommen haben, ihr Staatsdefizit zurückzufahren, hat sich in Frankreich wenig getan. Dass die Kommission Spanien und Frankreich zur selben Zeit gleich weit entgegenkommt, ist insofern unverständlich.

Ohnehin ist die Behauptung bestreitbar, dass die vergangenen Jahre generell von „Austerität“ geprägt gewesen seien. Dass „Sparen“ zumindest mittelfristig die Erzielung von Haushaltsüberschüssen bedeuten müsste, galt in der Währungsunion noch nie. Etliche Staaten hätten nach dem Maastricht-Kriterium für die Schuldenquote (60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts) den Euro erst gar nicht einführen dürfen, und schon 1999 betrug die Staatsschuld im Durchschnitt des Euroraums 71,6 Prozent des BIP.

Schuldenländer müssen auch Überschüsse erzielen

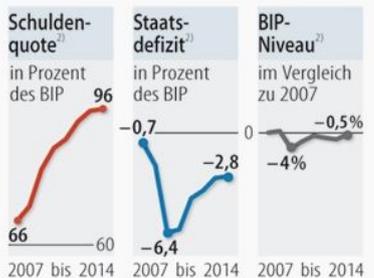
2012 lag sie nach den jüngsten Eurostat-Berechnungen schon bei 90,6 Prozent, und nach der Frühjahrsprognose der Kommission wird sie bis 2014 auf 96,0 Prozent steigen (Grafik). In absoluten Zahlen wird die Staatsschuld demnach 2014 fast 9,5 Billionen Euro betragen - und sich damit seit dem Beginn der Währungsunion mehr als verdoppelt haben.

In der aus der Finanzkrise erwachsenen Euro-Krise ist die Staatsverschuldung aus mehreren Gründen besonders stark gewachsen. Der Konjunkturerinbruch nach der Lehman-Pleite 2008 ließ die Staatseinnahmen schrumpfen, die folgenden staatlichen Ausgabenprogramme rissen zusätzliche Löcher in die Staatshaushalte. Viele Staaten mussten außerdem hohe Milliardenbeträge zur Rettung ihrer Banken aufwenden. Freilich ist die Staatsverschuldung schon vor der Krise stetig gestiegen. Denn fast immer haben die Staaten mehr ausgegeben als eingenommen und die Differenz durch Schuldenmachen finanziert.

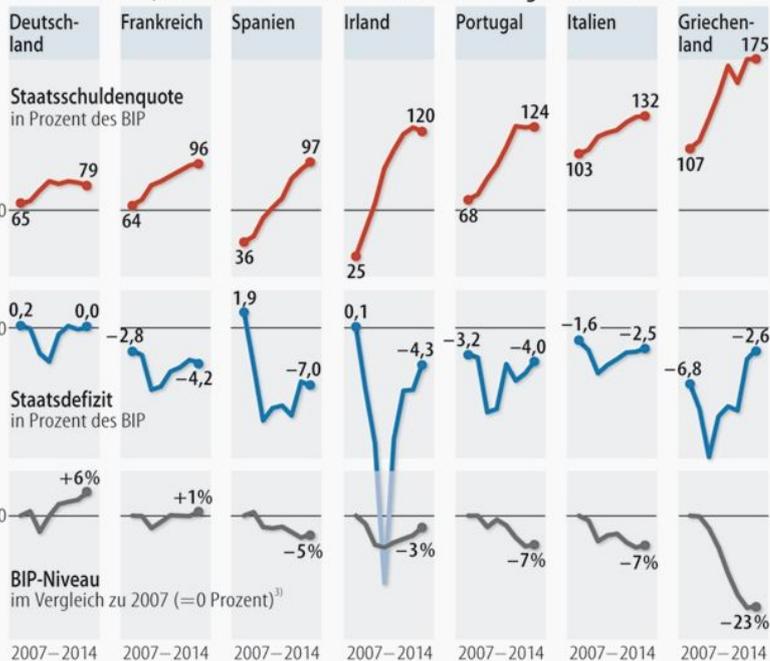
Entwicklung von Schulden und Konjunktur im Euroraum

Schulden wachsen schneller als das BIP

Euroraum, in Milliarden Euro¹⁾



Staatsschulden, Staatsdefizit und BIP-Wachstum in Mitgliedsstaaten



Angaben für 2013 und 2014: Kommissionprognose. 1) Euroraum der 17 Mitglieder. In jeweiligen Preisen. 2) Euroraum. 3) Reale Veränderung. Quellen: Eurostat; Europäische Kommission / F.A.Z.-Grafik Brocker

Entwicklung von Schulden und Konjunktur im Euroraum

Eine Zeitlang sah es so aus, als könnte der drohende Staatsbankrott mehrerer Eurostaaten die Erkenntnis wachsen lassen, dass es so nicht weitergehen kann - dass die Staaten also nicht nur weniger Schulden machen müssen als bisher, sondern auch Überschüsse erzielen müssen. Denn nur so kommt ein Land von seinem hohen Schuldenstand auch wieder herunter. Eine Zeitlang schien sich auch die Erkenntnis durchzusetzen, dass hohe Schulden dem Wachstum schaden. Unabhängig von der aktuellen Kontroverse um die Rogoff-Reinhart-Studie ist es unter Ökonomen kaum strittig, dass eine Schuldenquote von fast 100 Prozent des BIP nicht wachstumsfördernd, sondern -hemmend ist.

Staatsausgaben der Kreditnehmer sinken

Die 2011 beschlossene Verschärfung des Stabilitätspakts sollte dieser Erkenntnis Rechnung tragen. Sie sieht vor, dass gegen ein Land nun schon ein Defizitverfahren eingeleitet werden kann, wenn sein strukturelles, also um Konjunktoreinflüsse bereinigtes Haushaltsdefizit 0,5 Prozent des BIP übersteigt - oder wenn sein Schuldenstand mehr als 60 Prozent des BIP beträgt und nicht ausreichend zurückgeht.

Umgekehrt bleibt es freilich möglich, gegenüber jenen Ländern vorübergehend Nachsicht walten zu lassen, deren schlechte Konjunktur eine schnelle Haushaltskonsolidierung nicht zulässt. Von einer europäisch oktroyierten „Austerität“ konnte also schon bisher nicht die Rede sein. Der „neue“ Pakt krankt wie der alte daran, dass er von politischen Erwägungen überlagert ist. Der EU-Kommission bleibt ein breiter Ermessensspielraum in der Beurteilung der Sparsbemühungen einzelner Länder.

Und dem Bundesfinanzminister, der sich zwischenzeitlich in der Rolle des europäischen Sparkommissars gefiel, ist im Ernstfall der politische Schulterschluss mit Frankreich allemal wichtiger als die Frage, ob die französischen Staatsfinanzen wirklich konsolidiert werden. Von Sparen kann dort nicht wirklich die Rede sein: Die Staatsausgaben werden nach der jüngsten Kommissionsschätzung in diesem Jahr von 56,6 auf 57,2 Prozent des BIP steigen, das ist im Euroraum der höchste Wert. Dass das Staatsdefizit nicht weiter steigt, geht ausschließlich auf Steuererhöhungen zurück.

Anders sieht es in den Eurostaaten aus, die auf internationale Kredithilfe angewiesen sind. Aufgrund der internationalen Sparauflagen werden dort die Staatsausgaben laut Kommissionsprognose in diesem Jahr teils erheblich sinken. Am schärfsten wird der Rückgang in Griechenland sein: Wenn die beschlossenen Sparschritte

greifen, werden die Ausgaben um mehr als 10 Prozentpunkte des BIP - von 54,7 auf 47,3 Prozent - zurückgehen.

Mittelfristiger Abbau der Staatsschuld

Irland hat diese Einschnitte schon hinter sich: Dort sanken die (vor allem aus der Bankenrettung resultierenden) Ausgaben vom Rekordwert von 66,1 Prozent im Jahr 2010 über 48,2 Prozent (2011) auf 42,2 Prozent im Jahr 2012. In Spanien ist für 2013 ein Rückgang von 47,0 auf 43,3 Prozent prognostiziert. Die Staatseinnahmen sind in diesen Ländern konjunkturbedingt wenig oder gar nicht gestiegen, obwohl überall die Steuern erhöht wurden.

In den internationalen Hilfsprogrammen ist insofern tatsächlich ein Austeritätselement enthalten. Es zeigt sich auch daran, dass die Programmländer Griechenland, Irland, Portugal und Zypern früher oder später einen Primärüberschuss (Haushaltsüberschuss ohne Schuldendienst) erzielen müssen. Doch gibt es dazu eine Alternative?

Ein mittelfristiger Abbau der Staatsschuld lässt sich nur so erreichen. Dieser wiederum ist die Vorbedingung für die Beteiligung des Internationalen Währungsfonds (IWF) an den Programmen. Im Stabilitätspakt gibt es diese scharfe Verpflichtung nicht. Vielleicht ist das der Grund dafür, dass die EZB und die EU-Kommission den IWF mittelfristig nicht mehr am Euro-Krisenmanagement beteiligen wollen.

Etre propriétaire serait mauvais pour l'emploi

Le Monde.fr | 10.05.2013 à 18h17

78,99

Par Audrey Fournier

La France, pays de chômeurs propriétaires ? Le paradoxe n'est qu'apparent, semble [indiquer une étude du Peterson Institute \(Massachusetts, Etats-Unis\)](#), qui montre qu'un fort taux de propriété dans un Etat donné est "précurseur d'une forte hausse éventuelle du taux de chômage dans cet Etat". Et dans des proportions plutôt inquiétantes : selon l'étude, "un doublement du taux de propriété est suivi, sur le long terme, d'une hausse du chômage de plus du double". De quoi [donner](#) des sueurs froides aux politiques qui ont largement soutenu l'accès à la propriété – dans les années 2000 en France et aux Etats-Unis, notamment.

A l'appui de leur démonstration, les auteurs de l'étude, David G. Blanchflower (Université de Dartmouth, Etats-Unis) et Andrew J. Oswald (Université de Warwick, [Royaume-Uni](#)) ont mis en évidence une hausse de 6,3 % du chômage dans les cinq Etats (Alabama, [Géorgie](#), Mississippi, Caroline du Sud et Virginie occidentale) qui ont vu leur taux de propriété le plus [augmenter](#) entre 1950 et 2010. Cela ne veut pas [dire](#) que le taux de chômage est plus fort parmi les propriétaires immobiliers, nuancent-ils, mais qu'il existe une corrélation entre atonie du marché du travail et fort taux de propriété.

Les explications avancées à ce phénomène sont encore balbutiantes et restent à vérifier, mais la plus évidente serait que l'accès à la propriété tend à [diminuer](#) la mobilité des salariés et à leur [imposer](#) de longs et coûteux temps de transport s'ils doivent [travailler](#) loin de leur domicile. L'attachement à une maison, à un quartier peut [constituer](#) un frein à la carrière d'une personne en lui faisant [manquer](#) des opportunités.

INTERFÉRENCE

Autre hypothèse insuffisamment explorée, écrivent les auteurs : l'évolution du marché [immobilier](#) affecterait négativement le tissu économique et [social](#). Ainsi, les propriétaires seraient davantage conservateurs et tendraient à [faire](#) pression pour empêcher l'implantation de nouvelles [entreprises](#) près de chez eux. Par ailleurs, une ville de propriétaires est peu accueillante pour les ouvriers, les employés du bas de l'échelle sociale, qui ne peuvent [payer](#) qu'une location. Ce manque de main d'œuvre bon marché serait perçu comme un handicap pour une entreprise qui souhaiterait s'[installer](#) dans la ville en question.

Ce seul facteur ne peut bien évidemment pas à lui seul [expliquer](#) la dégradation du marché de l'[emploi](#), reconnaissent les économistes, mais ils soulignent que cette corrélation, qu'ils qualifient "d'interférence" du marché de l'immobilier sur celui de l'emploi, est observable sur une longue période. Pourquoi ne pas l'[avoir](#) identifiée avant ? Parce qu'elle ne se voit que sur un temps long, répondent les auteurs, à [partir](#) de cinq à dix ans de compilation de données.

Même si l'étude se borne à des données américaines, les chercheurs soulignent que ses conclusions "pourraient [aller bien au-delà](#)" du champ national. Ils citent à l'appui les cas, diamétralement opposés de l'[Espagne](#) (80 % de propriétaires, plus de 20 % de chômeurs) et de la [Suisse](#) (30 % de propriétaires, 3 % de chômage).

The Postcolonial

By *SUSAN RUBIN SULEIMAN*

ALGERIAN CHRONICLES

By Albert Camus

Translated by Arthur Goldhammer

Edited by Alice Kaplan

224 pp. The Belknap Press/Harvard University Press. \$21.95.

Albert Camus was that rare writer who enjoyed a celebrity usually reserved for rock stars, even while being taken very seriously as an artist and a public intellectual. His first novel, “The Stranger,” published in 1942 when he was 29, made him famous; after that came more novels, plays, lyrical essays, short stories, two major philosophical works (“The Myth of Sisyphus” and “The Rebel”), and countless newspaper articles, editorials and political commentaries. In 1957, at age 44, he was awarded the Nobel Prize in Literature, the second-youngest writer ever to receive the prize (after Rudyard Kipling). Less than three years later, in January 1960, he was killed in a car crash; people the world over mourned.

Camus was born in Algeria in 1913, into a poor French family that had settled in the colony generations earlier. His father, an employee at a winery, was drafted at the outbreak of World War I and died soon after. His mother, deaf and illiterate, supported her two sons by cleaning houses. (Camus draws a loving portrait of her in his unfinished autobiographical novel, “The First Man,” published in 1994.) Although he never lived in Algeria after 1942, he returned there regularly to visit his family. He maintained warm friendships with childhood friends and cordial relations with a number of Arab intellectuals.

When the Algerian war for independence broke out in 1954, Camus was devastated. For years he had voiced strong criticism of French colonial policy in Algeria, and was forced to leave the country in 1940 after the authorities shut down the newspaper where he had published his most critical articles. He considered himself Algerian. In 1954, one million French citizens lived in Algeria, three-quarters of them born there. Even the poorest of them enjoyed privileges not extended to the nine million Arabs and Berbers who also lived there, often in horrifying poverty, as Camus had shown in his 1939 series of articles on “The Misery of Kabylia.” With other left-leaning intellectuals, Camus argued for economic and political reforms; in the 1940s he supported the Arab leader Ferhat Abbas, who called for political representation for Algeria’s Muslims in a federation with France. When even such modest proposals were scuttled by hard-line French settlers and the French government, power among Arabs shifted to the independence movement, which had concluded that only violence could make the French budge. The bloody war that ensued lasted eight years; terrorism and brutal repression — including the torture of militants by the French Army — reinforced each other in a deadly cycle. Even a regime change in France, with Charles de Gaulle returning as president of the Fifth Republic in 1958, could not stop the bleeding for another four years.

Camus was caught in the middle: a passionate believer in justice for all, he supported Arab aspirations for political rights but could not give up his own love of, and claim to, Algeria. Above all, he felt outrage and horror at the blood being shed on both sides. In 1955, when Arab moderates were still calling for dialogue, Camus’s friend Aziz Kessous, a socialist close to Ferhat Abbas, asked him to write in support of a newspaper he had founded. Camus responded with his “Letter to an Algerian Militant,” printed on the front page of the first issue. This text, heartbreaking in many ways, shows both Camus’s hopeful vision for the country and his growing awareness that it was becoming unrealizable.

Just weeks before, on Aug. 20, a new escalation had occurred: Arab guerrillas in the north attacked and killed French settlers, along with some Muslim civilians; the army responded by massacring thousands of Arabs. Camus begins his letter by roundly condemning the massacre, which has put him “on the edge of despair.” He continues, “You and I, who are so alike, who share the same culture and the same hopes, who have been brothers for so long . . . know that we are not enemies.” Yet this hopeful note is soon followed by a negative one: “I know from experience that to say these things today is to venture into a no man’s land between hostile armies. It is to preach the folly of war as bullets fly.”

This letter was included in Camus’s “Chroniques algériennes,” a selection of texts, mostly newspaper articles, written over a period of 20 years and published in 1958, shortly after de Gaulle’s return to power. It was the last book Camus published in his lifetime, and it appears now in its entirety for the first time in English, expertly translated by Arthur Goldhammer. The editor, Alice Kaplan, has added six texts to Camus’s original selection in an appendix, to further illuminate Camus’s relation to Algeria. (I wish, though, there were a few more editorial notes to give readers background information. Camus’s allusions to contemporary events like the August 1955 massacre were obvious to most of his French readers in 1958 but not to English speakers today.)

As the writings in “Algerian Chronicles” make clear, Camus’s position in “no man’s land” left him increasingly isolated: hated by the right for his condemnation of government policies, scorned by the left for his inability to imagine an independent Algeria from which the French would be absent.

Kaplan’s introduction traces the evolution of Camus’s positions on the Algerian conflict, as well as the ups and downs of critics’ judgments of them. While Camus’s first readers saw him as a philosopher concerned with universal questions of human existence, some influential critics writing after the 1970s considered him a typical *pied noir* (the usual, sometimes pejorative designation for French people from Algeria), whose works present a colonialist perspective. In recent years, however, the pendulum has swung back; Kaplan notes that the bloody civil war of the 1990s in Algeria has made many Algerian intellectuals appreciate Camus’s steadfast rejection of violence, even when it is committed in the name of high principles. Obviously, this does not apply only to Algeria.

Some of the most memorable pages here restate an argument Camus had already developed at length in “The Rebel”: not all means are acceptable, even when employed for noble ends; terrorism and torture destroy the very goals they are supposed to serve. This position was criticized as “idealist” (it was the reason for the famous break with Sartre), but Camus sticks to it — admirably, in my opinion: “Although it is historically true that values such as the nation and humanity cannot survive unless one fights for them, fighting alone cannot justify them (nor can force). The fight must itself be justified, and explained, in terms of values.”

Even more eloquent, perhaps, are his remarks on the responsibility of intellectuals in times of hatred: “It is to explain the meaning of words in such a way as to sober minds and calm fanaticisms.” Great writer that he was, Camus placed hope in the calming power of language carefully used, and of reason; in the preface, he asks his readers to “set their ideological reflexes aside for a moment and just think.”

And that, of course, is the best reason for reading these articles today. Algeria never did become the peaceful federation Camus dreamed of, where *pieds noirs* and Arabs, Berbers and Jews lived together. As Kaplan points out, we cannot know how he would have reacted to the final years of the war, or to the independence that followed. We do know that his ethical positions are still meaningful, worldwide.

Susan Rubin Suleiman, a professor of French and comparative literature at Harvard, is the author of “Crises of Memory and the Second World War” and co-editor of “French Global: A New Approach to Literary History,” among other books.

'Violation of Treaties'

Berlin Wary of ECB Plan to Help Southern Europe

The European Central Bank would like to encourage banks in Southern Europe to issue more loans. But Berlin is concerned that a planned move to trigger such lending could violate EU treaties. German Finance Minister Wolfgang Schäuble has hit the brakes.

German Finance Minister Wolfgang Schäuble and European Central Bank head Mario Draghi have never seemed particularly eager to avoid conflict with one another. Just in January, the two got into a mini war-of-words over the need to bail out Cyprus, with Schäuble openly questioning whether the country was systemically relevant.

Now, the two are at odds again. SPIEGEL has learned that Schäuble is deeply critical of an ECB idea to purchase asset-backed securities, fearing that the plan could be little more than "obscured state financing," a no-no for the ECB. Schäuble made his remarks at a breakfast of conservative lawmakers last Wednesday, according to sources present. Schäuble said that such a plan would violate European Union treaties.

The motivation for considering such a move is clear. The ECB is eager to stimulate bank lending, particularly in Southern European countries where the debt crisis has made banks wary of issuing loans. But Schäuble is concerned that an ECB program of buying asset-backed securities could amount to the bank taking over some €70 billion in debt owed by Italy to private creditors.

Schäuble was backed on Monday by Hans Michelbach, the top conservative in the Finance Committee in parliament. "After the extremely questionable ECB purchase of sovereign bonds, this would be a clear violation of European treaties," Michelbach said, according to German news agency DPA. There are, he said, apparently some people in the ECB leadership "who consider the ECB to be the Bad Bank of Southern Europe."

Banking Union Challenges

Over the weekend, Draghi indicated that the plan is still under consideration. At a G-7 meeting near London on Sunday, Draghi said: "We looked at a variety of things, one of which was this ABS. We're still looking at that, it's one of many options. We don't have a position, certainly, on that."

Asset-backed securities got a bad name in the financial crisis and US housing crash in 2008. They were a key element in the housing bubble and served as a tool to bundle sub-prime mortgages -- investments which ultimately proved toxic for the banks that bought large quantities of them. They also, however, can be an important tool in freeing up capital to allow banks to lend more.

Schäuble, however, is not just concerned about the threat Draghi might pose to EU treaties. He also on Monday voiced his concern that efforts to push ahead a bloc-wide banking union could be in violation of EU rules. In a contribution for the *Financial Times*, Schäuble proposes a "two-step approach" that would leave bank bailouts in the hands of national authorities for now. The plan of having a super-national authority for the entire euro zone, he writes, require treaty changes before they have the necessary legal foundation.

Germany has long been pursuing a "banking union" as a way to prevent a repeat of the euro crisis in the future. Euro-zone leaders would like a separate bank bailout fund, the ability to wind down banks that run into significant difficulties and clear rules regarding when and if taxpayers must be responsible for a bailout.

"The EU does not have coercive means to enforce decisions," Schäuble writes. "What it has are responsibilities and powers defined by its treaties. To take them lightly, as is sometimes suggested, is to tamper with the rule of law."

Threat to the EU

German Exceptionalism Poses a Challenge

A Commentary by Bruce Stokes

Southern Europeans have grown impatient with Germany's self-imposed role as Europe's iron fist in recent months, but their criticism seems to have left the majority of Germans unfazed. A new study reveals the growing rift in public opinion on the state of the European Union.

The euro crisis has exposed a range of intra-European problems long hidden from the harsh light of day. Not the least of these is **German exceptionalism**. Over the last two generations one goal of the European project has been to narrow the differences between Germany and the rest of Europe. But recent economic difficulties have only amplified those dissimilarities.

The contrast between German sentiment today and that of other Europeans could not be more stark, according to a new Pew Research Center survey of eight European Union nations. Germans feel better than others about the economy (by 66 points over the EU median), about their personal finances (by 26 points), about the future (by 12 points), about the European Union (by 17 points), about European economic integration (by 28 points) and about their own leadership (by 48 points). And in some cases - in their attitudes about the economy and about the EU - these differences between German and other European sentiment are growing.

Such German exceptionalism may only complicate Europe's efforts to deal with its current troubles because Germans have different concerns, different priorities and favor different solutions.

High Hopes for the Economy

Not surprisingly given Germany's relatively good overall economic performance in the last year, the economy and Germans' sentiment about economic issues is what most prominently sets them apart from other Europeans. Three-quarters (75 percent) of the German population thinks their national economy is doing well, compared with nine percent in the rest of Europe who feel good about domestic economic conditions.

Germans are also less concerned about individual economic problems than are other Europeans. Just 28 percent of Germans think the lack of employment opportunities is a *very* big problem compared with a median of 80 percent in other EU nations. Only 37 percent of Germans fret about public debt. Fully 71 percent of their fellow Europeans are *very* concerned. And 31 percent of Germans are *very* worried about inflation, while 68 percent of others are.

What Germans (51 percent) are most worried about is the growing gap between the rich and the poor. They want fixing this problem to be the Berlin government's priority economic concern. No other European people place such an emphasis on reducing inequality.

Calls for a Stronger Europe

It is the growing gulf between Germans' perception of the European Union and the sentiment of other Europeans that may pose the greatest threat to the European Project.

Belief that economic integration would strengthen national economies was the founding principle of what became the European Union. And 54 percent of Germans still hold to that belief. In no other European country does a majority now agree.

Similarly, 60 percent of Germans look favorably on the European Union as an institution. While such positive sentiment is down eight points in Germany since 2007, that decline is the smallest of any nation surveyed. Moreover, about half of the Germans (51 percent) would like to see Brussels have more decision-making power to deal with Europe's economic woes. Nowhere else in Europe is the public so supportive of centralizing more power in the European Union.

Cultural Bias Clash

If anything, the euro crisis has only reinforced cultural stereotypes that other Europeans have about Germans and that Germans have about their fellow Europeans.

The prominent role Germany has played in Europe's response to the euro crisis has evoked decidedly mixed emotions. In six of the eight nations surveyed people see the Germans as the least compassionate people in Europe. And publics in five of the eight countries think Germans are the most arrogant.

In the wake of the strict austerity measures imposed in Greece, which many Greeks blame on Berlin, Greek enmity toward the Germans knows little bound. Greeks consider the Germans to be the least trustworthy, the most arrogant and the least compassionate.

At the same time, in every country, except Greece, people consider Germans to be the most trustworthy. This comports with the 2012 Pew Research finding that most other Europeans thought the Germans were the hardest working and the least corrupt of Europeans.

No Room for Self-Doubts

The Germans bear their own preconceptions that separate them from their neighbors. They think the Greeks and the Italians are the least trustworthy, that the French are the most arrogant and that the British are the least compassionate.

Self-criticism is also in short supply. Germans, like every other nationality surveyed, see themselves as the most compassionate people in Europe. They also see themselves as the least arrogant and the most trustworthy.

Germany's economic dynamism, its geographic centrality and its history have long posed problems for Europe. And now it is the exceptionalism of German public opinion that is a challenge. As Europeans struggle to jointly overcome the euro crisis, the burgeoning differences between German attitudes and those held by people in the rest of Europe complicate the quest for common ground in the face of Europe's current existential threat.

Bruce Stokes is director of global economic attitudes at the Pew Research Center.

Ja zum Euro, nein zur EU

14.05.2013 · Den Euro wollen die Europäer behalten - die Europäische Union aber lehnen viele Bürger ab. Vor allem in Frankreich sinkt die Zustimmung zur EU, zeigt eine Umfrage - die Deutschen sind optimistischer.

Der Euro mag weiter in der größten Krise seiner Geschichte stecken - auch wenn es Anzeichen dafür gibt, dass der Höhepunkt der Krise überschritten sein könnte. In vielen Mitgliedsländern der Währungsunion entwickelt sich die Wirtschaft seit Monaten dennoch schwach, die Arbeitslosigkeit ist vielerorts hoch, vor allem unter jungen Menschen. Der Währung selbst scheinen die Menschen das aber eher weniger anzukreiden. Knapp zwei Drittel der Deutschen, Italiener, Spanier, Franzosen und beinahe 70 Prozent der Griechen wollen die Gemeinschaftswährung behalten - trotz der Krise. Das ist das Ergebnis einer [Befragung in acht europäischen Ländern, die das Pew Research Center](#) gerade veröffentlicht hat. Zumindest für Deutschland deckt sich die im März erhobene Umfrage mit anderen Befragungen, die ebenfalls zeigen, dass das Vertrauen der deutschen Bürger in die Gemeinschaftswährung eher wächst. Zumindest im Vergleich mit dem Sommer des vergangenen Jahres.

Anders nehmen die Menschen hingegen die Europäische Union - vulgo: Brüssel - wahr. Die Mehrheit der Befragten äußert sich mittlerweile ablehnend über die EU, während ihr im vergangenen Jahr noch rund 60 Prozent zustimmend gegenüber standen. Vor allem Spanier und Franzosen versagen „Brüssel“ demnach offenbar zunehmend ihre Unterstützung. In Frankreich sank die Quote der EU-Unterstützer von 60 auf 40 Prozent, in Deutschland verminderte sie sich von 68 auf 60 Prozent. In Italien, Großbritannien und Polen blieb sie ungefähr gleich, in der Tschechischen Republik legte sie leicht zu.

Gerade in Frankreich sinkt die Zustimmung zur EU

Die Autoren der Umfrage bringen diese Entwicklung in engen Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Situation in den jeweiligen Ländern. Gerade in Frankreich glauben mittlerweile mehr als 90 Prozent der Menschen, dass die Wirtschaft alles andere als rund läuft - und sehen sich durch steigende Arbeitslosenzahlen und geringe Wachstumsraten bestätigt.

In Deutschland hingegen, dessen Wirtschaft der Konjunkturflaute in der Nachbarschaft bisher trotzt und wo die Erwerbstätigenquote mittlerweile Rekordwerte erreicht hat, sind die Menschen nicht nur zuversichtlicher in die EU, sondern auch in ihre eigene Regierung. Die Bundeskanzlerin sticht in der Frage, ob sie gute Arbeit leistet, im Vergleich mit den übrigen europäischen Regierungschef denn auch heraus. Zudem können sich die Deutschen am ehesten mit weiteren Rettungsmaßnahmen arrangieren oder sind bereit, Kompetenzen an Brüssel abzugeben.

Wenig erstaunlich ist überdies, dass die Mehrheit der Befragten als drängendstes Problem die Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit einschätzt. Sie wollen aber nicht, dass dies durch höhere Ausgaben der Staaten erreicht wird. Knapp 60 Prozent der Befragten in allen acht Ländern finden, die Staaten sollten ihre hohe Verschuldung zurückführen. In Frankreich fordern das sogar 80 Prozent und damit ein wesentlich größerer Bevölkerungsanteil als in allen anderen Ländern.

Demographie

Deutsche wissen Kinder weniger zu schätzen

14.05.2013 · Auf dem Demographiegipfel betont die Kanzlerin den Wert von Familie. Eine lautlos veröffentlichte Studie für die Regierung zeigt aber: Für viele Deutsche sind Kinder nur noch eine Option unter vielen.

Von [Christoph Schäfer](#)

78,106

Für Altkanzler Konrad Adenauer war die Sache klar: „Kinder kriegen die Leute immer“, sagte er Ende der fünfziger Jahre. Auch der spätere Regierungschef Gerhard Schröder tat Familienthemen 1998 noch als „Gedöns“ ab. Inzwischen hat sich der Wind gedreht. Von August an erhalten alle Kinder, die zumindest ein Jahr alt sind, einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz.

Auf dem zweiten Demographiegipfel stellte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nun sogar in Aussicht, dass Mütter und Väter, die in Teilzeit arbeiten, einen Anspruch auf die Rückkehr in eine Vollzeitstelle erhalten. „Hier werden wir mit Sicherheit einiges weiter auch gesetzlich regeln müssen“, sagte Merkel am Dienstag in Berlin. Ferner kündigte sie an, die Effizienz der rund 180 familienpolitischen Leistungen zu prüfen.

Die Kanzlerin vergaß darauf hinzuweisen, dass diverse Forschungsinstitute im Auftrag der Regierung genau dies seit vier Jahren machen. Die Ergebnisse werden dieser Tage so lautlos wie möglich veröffentlicht, weil die derzeitige Familienministerin Kristina Schröder (CDU) den großen Wurf scheut (F.A.Z. vom 30. April). So blieb bislang völlig unbemerkt, dass das Hamburgische Weltwirtschaftsinstitut (HWWI) vor kurzem die von der Regierung bestellte Studie veröffentlichte, wie sich die familienpolitischen Leistungen in Deutschland auf die Kinderzahl auswirken.

„Im Zweifel wird das Kind gestrichen“

Die Bestandsaufnahme fiel ernüchternd aus: „Deutschland gehört zu den europäischen Ländern mit der niedrigsten gewünschten Kinderzahl“, schrieben die Autoren. Viele Jahre lang wünschten sich die Deutschen im Durchschnitt 1,75 Kinder, faktisch geboren wurden statistisch gesehen pro Frau dann nur knapp 1,4 Kinder. Zuletzt gingen die Zahlen leicht nach oben, allerdings ist noch unklar, ob der jahrzehntelange Sinkflug der Geburtenrate damit tatsächlich beendet ist. **Eines der grundlegenden Probleme sei nämlich, dass viele potentielle Eltern den Wert von Kindern verlernt hätten**, sagte die Forschungsdirektorin am HWWI, Christina Boll, der F.A.Z. „Früher gehörten Kinder dazu. **Insbesondere von jungen Leuten werden alternative Modelle heute aber als gleichwertig oder sogar höherwertig wahrgenommen.**“ **Viele Frauen glaubten, sie müssten sich in Deutschland zwischen Kindern und Karriere entscheiden.** „**Und im Zweifel wird das Kind gestrichen.**“

Politisch brisant sind vor allem jene Teile, in denen die Forscher einzelne staatliche Leistungen bewerten. Besonders schlecht schneidet das **Betreuungsgeld** ab, das im Sommer eingeführt werden soll. Davon seien „wenn überhaupt, **positive Fertilitätseffekte bei nichterwerbstätigen Müttern mit niedriger Bildung zu erwarten**“. Das politisch derzeit heftig umstrittene Ehegattensplitting sehen die Wissenschaftler ebenfalls skeptisch. Voll des Lobes sind sie hingegen für den **Ausbau der staatlichen Kinderbetreuung**. Dieser wirke sich insbesondere auf die Entscheidung zum ersten Kind positiv aus. Um die prinzipielle Bereitschaft für Kinder zu beeinflussen, brauche die Politik indes in jedem Fall „einen langen Atem“.

As Culture Moves Online, France Tries to Follow It With a Tax

By [DAVID JOLLY](#)

PARIS — **France's "cultural exception"** — the policy that creative works like books, music and movies deserve protection beyond what is accorded ordinary goods — is in line for a digital update.

A government adviser has suggested that manufacturers pay a 1 percent levy on the price of smartphones and tablet computers to help keep funding for such works alive, as more and more end up online and beyond the reach of existing taxes.

The tax, **"painless for the consumer,"** could also be used to ensure that artists are remunerated at a time when so much is downloaded free, [said the report](#), which was presented Monday to President François Hollande and his culture minister, Aurélie Filippetti.

"Considering the weight of cultural content in connected devices, it is legitimate that those who make and distribute the equipment contribute to the financing of its creation," according to the report, produced under the guidance of a former television executive and journalist, Pierre Lescure.

"L'exception culturelle" is no trifling matter: Nicole Bricq, the French trade minister, warned in March that it was **"a red line"** that could not be crossed in talks with the United States on a proposed free-trade area. France and 13 other European Union member nations insisted in a [letter](#) this week that the audiovisual sector must be left out of those talks, setting up a possible confrontation with the British prime minister, David Cameron, who has said that everything should be on the table.

In practice, the cultural exception means broadcasters must meet quotas for French music and television programming, for example, and prices for books are set by regulators. The effort stretches throughout the economy, requiring a system of taxes and subsidies for its upkeep, perhaps most visibly in the country's film industry, which gets hundreds of million euros each year in subsidies — raised from taxes on movie tickets, television stations and Internet service providers — to defend itself from the Hollywood juggernaut.

But technology threatens to render such measures irrelevant, the report noted. The nature of Internet commerce means foreigners can have access to the French market without having to pay the levies that support French culture. And as more content is streamed online or stored in the cloud, a tax on recording media like blank compact discs and memory sticks will raise less money — and that is where the smartphone tax comes in.

Gilles Vercken, an intellectual property lawyer, acknowledged that streaming and the cloud would bring down those levies, which he estimated currently raise about €200 million, or \$260 million, a year to support French authors, composers, actors, musicians and the like. But he expressed skepticism that the smartphone tax would see the light of day.

"I wonder what could be the legal grounds for such taxes," he said, noting that the connection between hardware manufacturers and end users might prove a difficult one to defend in court. "I really don't see it."

Monica Horten, a visiting fellow at the London School of Economics who studies the politics of intellectual property rights, said that, in principle, such levies were possible under E.U. law, but that "the problem is in the implementation."

The first issue would be drafting a law acceptable to the European Court of Justice, while another would be in actually getting device makers on board to pay the tax. "I think you can expect them to [filibuster](#)," she said.

The report seeks to address a problem that is as old as the Internet, which has shifted the balance of power away from content creators in favor of newer actors like Google, Amazon and peer-to-peer downloading services, even as it gives creators previously unimagined opportunities to be seen or heard.

In addressing such matters, France has sometimes chosen to fight battles that other governments have shied away from. For instance, [Google agreed](#) in February to set up a €60 million fund to help French newspaper and magazine publishers develop their digital business, though it managed to fend off demands that it pay for the right to link to their content.

And the Lescure report comes less than two weeks after Arnaud Montebourg, the minister for industrial renewal, put the [kibosh](#) on a sale to Yahoo of a majority stake in Dailymotion, a French rival to YouTube, because the government had singled out the company as a national champion and did not want control falling into foreign hands.

The Lescure report also suggests that France throw out a “three-strikes” anti-piracy law that Nicolas Sarkozy, Mr. Hollande’s predecessor, had held up as one of his signature achievements and one that had been hailed by the global entertainment industry. Under [the Hadopi Law](#), as it is known, illegal downloaders were to have their Internet access cut off if they failed to heed three warnings; violators were also to be subject to criminal sanctions and large fines. In practice, there has been little enforcement action, though proponents credit the law with helping to reduce Internet piracy.

If Mr. Lescure’s recommendations are followed, law enforcement will focus on the worst violators, and most people would face minimal fines. A proposed “Hadopi authority” would be eliminated, and responsibility for enforcement would revert to the national media regulator, the Conseil supérieur de l’audiovisuel.